

Verantwortung



**Friedenstüchtig
werden – ethisch
und theologisch,
ökonomisch
und ökologisch**

Zeitschrift,
herausgegeben im Auftrag von
„Martin-Niemöller-Stiftung und
Dietrich-Bonhoeffer-Verein e.V.“

39. Jahrgang / Nr. 75
Juni 2025
ISSN 0936-7454

75

Friedenstüchtig werden – ethisch und theologisch, ökonomisch und ökologisch

„Fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“, zeigten sich die Vereinten Nationen bei ihrer Gründung im Jahr 1945. Um „den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren“, sollten „internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts“ bereinigt oder beigelegt werden.

„Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“, hat der Weltkirchenrat bei seiner Gründung im Jahr 1948 erklärt. Jetzt wollte man endlich ernst machen mit der Bitte an den Gott Israels: „Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens!“ (Lk 1,79) Zu lange hatte man überhört, dass Jesus die „Pazifisten“ – diejenigen, die Frieden machen – glücklich gelesen hatte, „denn sie werden Gottes Kinder heißen“ (Mt 5,9). Denn: „Statt kriegstüchtiger und starker Truppen genügt Gott der Mund von Kindern, um die Gottlosen zu richten“ (J. Calvin zu Psalm 8,3).

„Nie wieder Krieg!“ Welche unserer Regierungen und welche unserer Kirchenleitungen nimmt heute noch die pazifistischen Zielsetzungen aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ernst? Gewiss, alle sind für den Frieden; dieser soll aber wie einst durch „allseitige friedliche Aufrüstung“ (D. Bonhoeffer, 1934), Militarisierung der Gesellschaft im Innern und militärische Abschreckung nach außen erreicht werden. Doch: „Wer den Frieden will, muss die Verständigung mit dem Gegner wollen“ (M. Niemöller, 1953); andernfalls ist sein Friedenswillen nicht glaubwürdig. Stattdessen wird heute schon der Ruf nach mehr Diplomatie als weltfremd, naiv und verantwortungslos diffamiert. Von einer gegen die Einstimmung auf Kriegstüchtigkeit protestierenden Friedensbewegung ist kaum etwas zu vernehmen.

In dieser heillos verfahrenen Lage, in der die friedensethischen Erkenntnisse von einst für überholt erklärt werden, laden wir erneut zu einer gemeinsamen Tagung vom 7. bis 9. März 2025 nach Erfurt ein, auf der die friedensethischen Herausforderungen der Gegenwart zur Sprache gebracht werden sollen. Dabei wird es insbesondere um die Zusammenhänge gehen, die zwischen der ökologischen Krise (Klimakatastrophe), den ökonomischen Interessen (Militärisch-industrieller Komplex, Waffenexporte), und einer Politik bestehen, die auf eine Militarisierung der Gesellschaft im Sinne der Kriegstüchtigkeit zielt. Angesichts einer Kirche, die die angebliche „Zeitenwende“ mit lautem Schweigen begleitet, stellen wir die Frage: Wie können wir wieder friedentüchtig werden?

(Auszug aus dem Ankündigungstext für die Tagung)

Inhalt:

Friedenstüchtig werden – ethisch und theologisch, ökonomisch und ökologisch
Tagung der Martin-Niemöller-Stiftung und des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins
für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung e. V.
Augustinerkloster zu Erfurt, 7. bis 9. März 2025

► Prof. Dr. Andreas Pangritz: Editorial	4
► Dr. Uwe-Karsten Plisch: Begrüßung	5
► Prof. Dr. Hajo Funke: Die Chance für Frieden nach drei Jahren Ukraine-Krieg	7
► Dr. Angelika Claußen: Highway to Hell – Road to Peace: Was hilft, um die gleichzeitigen ökologischen und Kriegskatastrophen zu überwinden?	16
► Pfarrer i. R. Dr. theolog. Wolfgang Gern: Leidenschaftlich für soziale Gerechtigkeit – Ökumenische Impulse in sechs Schritten	20
► Prof. Dr. Franz Segbers: Kanonen statt Butter. Von der militärischen zur sozialstaatlichen Wende?	28
► Prof. Dr. Franz Segbers: Sozialstaat und sozialer Friede (Impulsreferat für einen Workshop)	35
► Prof. Dr. Andreas Pangritz: Dietrich Bonhoeffer, Krieg und Frieden (Impulsreferat für einen Workshop)	36
► Pfr. i. R. Michael Karg: Martin Niemöller, seine Haltung und sein Handeln für den Frieden (Impulsreferat für einen Workshop)	41
► Prof. Dr. Dr. h. c. Margot Käßmann: Glauben, Theologie, Gewaltfreiheit, Pazifismus, Frieden	43
► Prof. Dr. Dr. h. c. Margot Käßmann: »Wachet, steht im Glauben, seid mutig und seid stark! Alle eure Dinge lasst in der Liebe geschehen!«	53
► Pfr. i. R. Reinhard Müller: Klage, Tagesgebet und Fürbitten	57
► Dr. Uwe-Karsten Plisch: Tagungsrückblick	59
► Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	62

Editorial

Prof. Dr. Andreas Pangritz

Liebe Leserinnen und Leser,

»Friedenstüchtig werden – ethisch und theologisch, ökonomisch und ökologisch« – unter diesem Motto wurde vom 7. bis zum 9. März 2025 eine Tagung der Martin-Niemöller-Stiftung und des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins im Augustinerkloster in Erfurt durchgeführt. Durch die wenige Tage vor Beginn der Tagung bekannt gewordene Wende in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten, was die Antwort auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine betrifft, hatte das Tagungsthema eine Brisanz erhalten, die bei der Planung zwar bereits erahnt werden konnte, aber in ihrer aktuellen Relevanz noch nicht so deutlich vor Augen gestanden hatte.

In der Einladung zur Tagung hatte es u. a. geheißen:

»Fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren«, zeigten sich die Vereinten Nationen bei ihrer Gründung im Jahr 1945. Um »den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren«, sollten »internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts« beigelegt werden. »Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein«, hat der Weltkirchenrat bei seiner Gründung im Jahr 1948 erklärt. Zu lange hatte man überhört, dass Jesus die Pazifisten – die »Friedensmacher« – glücklich preist (Mt 5,9).

»Nie wieder Krieg!« Welche unserer Regierungen und welche unserer Kirchenleitungen nimmt heute noch die pazifistischen Zielsetzungen aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ernst? Gewiss, alle sind für den Frieden; dieser soll aber wie einst durch »allseitige friedliche Aufrüstung« (Dietrich Bonhoeffer, 1934), Militarisierung der Gesellschaft im Innern und militärische Abschreckung nach außen erreicht werden. Doch: »Wer den Frieden will, muss die Verständigung mit dem Gegner wollen« (Martin Niemöller, 1953); andernfalls ist sein Friedenswillen nicht glaubwürdig. Stattdessen wird heute schon der Ruf nach mehr Diplomatie als weltfremd, naiv und verantwortungslos diffamiert.

In dieser heillos verfahrenen Lage, in der die friedensethischen Erkenntnisse von einst für überholt erklärt werden, und angesichts einer Kirche, die die angebliche »Zeitenwende« mit lautem Schweigen begleitet, wurde auf der Erfurter Tagung die Frage gestellt: Wie können wir wieder friedenstüchtig werden? In Plenumsvorträgen suchten Fachleute unterschiedlicher Disziplinen Antworten auf die wachsende Gefahr: Der Politikwissenschaftler Hajo Funke fragte: »Was heißt Friedenspolitik in den Zeiten von Kriegen und Demokratiegefährdung?« Die Ärztin Angelika Clausen beschrieb die Ökologie- und Klimakatastrophen als »Highway to Hell« und fragte nach ihrer möglichen Überwindung. Der evangelische Theologe Wolfgang Gern berichtete von »ökumenischen Impulsen«, die sich »leidenschaftlich für soziale Gerechtigkeit« einsetzen. Der Sozialethiker und Theologe Franz Segbers beschrieb die akute Gefahr, dass sich die »militärische Zeitenwende« als »sozialstaatliche Wende« herausstellen werde: »Kanonen statt Brot«. Die ehemalige Ratsvorsitzende der EKD Margot Käßmann umschrieb die Stichworte »Glauben, Theologie, Gewaltfreiheit, Pazifismus« als Wegmarken auf dem Weg zum »Frieden«. Ergänzt wurden die Plenumsvorträge durch knappe Impulse in unterschiedlichen Arbeitsgruppen sowie durch einen Abschlussgottesdienst in der Evangelischen Augustinerkirche in Erfurt. Umrahmt wurde die Tagung durch ein Grußwort und einen Rückblick von Uwe-Karsten Plisch, des Vorsitzenden der Martin-Niemöller-Stiftung und des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins.

Angesichts der rasanten innen- und außenpolitischen Entwicklungen in den letzten Wochen ist es unvermeidlich, dass die Vorträge seit der Tagung in Erfurt in manchen Details durch die Tagesaktualität schon wieder »überholt« sind. Die darin angesprochenen Grundlinien sind aber nach wie vor gültig; ihre kritischen Pointen haben sich eher noch verschärft.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich eine anregende Lektüre, die ihre Friedenstüchtigkeit und Kritikfähigkeit im Blick auf die von Kriegen geprägte internationale Lage stärken möge. D

Begrüßung

Dr. Uwe-Karsten Plisch

Ein herzliches Willkommen allen, die sich ins schöne Erfurt und an diesen geschichtsträchtigen Ort aufgemacht haben, um an der Friedenstagung teilzunehmen, die unter dem Motto steht »Friedenstüchtig werden – ethisch und theologisch, ökonomisch und ökologisch«. Alle reden vom Krieg, wir reden vom Frieden.

Im Oktober des letzten Jahres haben sich die Martin-Niemöller-Stiftung und der Dietrich Bonhoeffer-Verein zu einem gemeinsamen Verein zusammengeschlossen, um Kräfte zu bündeln und gemeinsam stärker in die Gesellschaft hinein zu wirken. Diese Tagung ist nun also die erste, die von unserem neuen Verein mit dem noch sperrigen Titel »Martin-Niemöller-Stiftung und Dietrich-Bonhoeffer-Verein für Frieden, Demokratie, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung e.V.« verantwortet wird und gewissermaßen die erste Nagelprobe, wie gut es mit der Bündelung der Kräfte läuft.

Eine solche Tagung hat natürlich einen gewissen Vorlauf für inhaltliche Planung, Anfrage von Referent:innen und Logistik – dem Titel »Friedenstüchtig werden« können Sie schon entnehmen, wann ungefähr die Planungen begonnen haben. Der Titel nimmt natürlich die Forderung des noch amtierenden und vielleicht auch künftigen Verteidigungsministers Boris Pistorius auf, wir müssten wieder »kriegstüchtig werden«, eine Forderung, die völkerrechtlich mindestens bedenklich ist. Hätte er »verteidigungsfähig werden« gemeint, wie er zu seiner Verteidigung vielleicht vorbringen würde, hätte er es sagen sollen.

Welche Relevanz eine Tagungskonzeption nach einem halben Jahr dann noch hat, lässt sich vielleicht abschätzen, aber nicht wirklich planen. Die Relevanz unserer Tagung hat durch die Entwicklung der letzten Monate nun freilich rasant zugenommen. Das ist gut für die Tagung, aber eine schlechte Nachricht für die Welt. Wir konnten nicht wissen, dass die Tagung zwei Wochen nach einer vorgezogenen Bundestagswahl stattfinden würde und dass die mutmaßliche künftige Bundesregierung noch vor ihrer Konstituierung endlich die Schuldenbremse abräumen würde – aber ausschließlich zur Finanzierung von Militärausgaben. Manche haben es vielleicht insgeheim befürchtet, aber doch nicht wirklich geglaubt, dass die Wähler:innen in den USA Donald Trump

ein zweites Mal zum Präsidenten wählen würden, und zwar diesmal sogar mit der Mehrheit der people's vote! Vielleicht war seine Ankündigung im Wahlkampf: »Ihr müsst nur noch einmal wählen!« für manche sogar ein Anreiz. Wir sind Augenzeugen, wie ein charakterloser, amoralischer Unhold gut vorbereitet Ernst macht und den Imperialismus des 19. Jahrhunderts zurückbringt – in Gestalt einer TV-Sitcom, wie mein Sohn spöttisch anmerkte. Dieser mein Sohn ist gerade 19 Jahre alt geworden und hat zwei Pässe, einen deutschen und einen US-amerikanischen. Sollte die Bundesrepublik Deutschland tatsächlich die Wehrpflicht wieder einführen, kann er sich überlegen, ob er ihr entgeht, indem er sich in die von Trump geführten Vereinigten Staaten absetzt. Manche Pointen der Weltgeschichte haben einen Hang zur Obszönität. Mehr Angst als vor Trump sollten wir aber vor seinem Vize J. D. Vance haben, der über Jahre von autoritären, milliardenschweren Tech-Oligarchen wie Peter Thiel als *ihre Mann* aufgebaut wurde. Für seine brutale Offenheit oder vielmehr offene Brutalität müssen wir ihm dankbar sein, weil sie jede Illusion über eine »transatlantische Wertegemeinschaft« pulverisiert. Vances Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz – eine private Tagung so wie unsere – hat mir ein altes Bonmot von Charles de Gaulle in Erinnerung gerufen: »Der Staat, der seinem Namen gerecht wird, hat keine Freunde – nur Interessen.« Wahrscheinlich nimmt de Gaulles Satz einen Gedanken von Bismarck auf: »Staaten haben keine Freunde.« So kommt es zur Kurzfassung: Staaten haben keine Freunde – nur Interessen. Sind es gemeinsame Interessen, sind sie Verbündete, sind sie es nicht, sind sie Konkurrenten und im schlimmsten Falle Feinde. Feinde aber müssen verhandeln, denn dafür wurde das Verhandeln erfunden; Freunde gehen einfach miteinander ein Bier trinken.

Im Vorfeld der Tagung wurde auch Kritik an ihrer Konzeption laut, manche bedenkenswert, manche eher beleidigend. Daher möchte ich die Konzeption der Tagung noch einmal kurz skizzieren, obwohl Sie natürlich alle den Tagungsflyer vor sich haben. Der Titel der Tagung »Friedenstüchtig werden – ethisch und theologisch, ökonomisch und ökologisch« spricht im Grunde für sich. Wir wollen über Frieden reden, über seine theologische Grundlegung, seine ökonomischen Voraussetzungen und ökologischen Folgen. Das schließt

das Nachdenken über die ökonomischen und sozialen Konsequenzen von Kriegen mit ein – wer profitiert, wer zahlt die Zeche? Wir folgen also der Spur des Geldes. Obwohl der russische Angriffskrieg gegen das souveräne Nachbarland Ukraine gar nicht Thema der Tagung ist – natürlich steht er im Hintergrund, so wie andere gegenwärtige Kriege auf der Welt, die wir entweder ignorieren (Sudan), als Fußnote behandeln (Kongo) oder deren Brutalität wir aus Staatsräson geflissentlich übergehen –, wurde z.B. kritisiert, dass wir nicht explizit und geschlossen hinter der Ukraine und ihrer militärischen Unterstützung stünden und sich hier eben die üblichen christlichen Friedensfreunde versammelten, die entweder dumm, naiv und/oder putinhörig seien. Eine Mail empfahl uns, direkt aus Erfurt eine Delegation zu Friedensverhandlungen nach Moskau zu schicken.

Nachvollziehbarer fand ich den Hinweis, dass solche Tagungen natürlich die Gefahr in sich bergen, dass sich nur die Guten gegenseitig ihres Gutseins versichern und es nicht viel zu lernen gebe. Was das Dazulernen angeht, bin ich angeichts unserer Referent:innen allerdings optimistisch. Und weil ich noch nicht genug zu tun hatte, haben mir die Planer:innen die Aufgabe des Tagungsbeobachters zugedacht, der am Ende noch einmal zusammenfassen darf, was wir gelernt haben werden. Das hat den schönen Nebeneffekt, dass ich hier nicht nur das erste Wort habe, sondern auch das letzte.

Uns allen wünsche ich eine spannende und lehrreiche Tagung und mir möglichst viel zum Mitschreiben. Herzlich willkommen! D

Die Chance für Frieden nach drei Jahren Ukraine-Krieg¹

Prof. Dr. Hajo Funke

Der Tagung geht es um nichts weniger als um die Zusammenhänge einer Politik, die auf eine Militarisierung der Gesellschaft im Sinne ihrer Kriegstüchtigkeit zielt und die zugleich als demokratische Gesellschaft von inneren Spaltungen und der Missachtung der individuellen Rechte v. a. der Schwächsten in ihrem demokratischen Kern bedroht ist. Wir sind menschenfeindlichen Dynamiken ausgesetzt, deren Zusammenhang darin besteht, dass durch beides das Recht des einzelnen Menschen auf das Recht, Rechte zu haben, wie es Hannah Arendt formuliert hatte, angegriffen wird. Mit dem kapitalistisch forcierten Raubbau an Mensch und Natur sehen wir uns der Verletzung der sozialen Menschenrechte und der Gefährdung der Schöpfung konfrontiert. Dies hängt unmittelbar mit der Überausbeutung der fossilen Stoffe zusammen und trifft diejenigen, die am wenigsten von dieser Ausbeutung haben und doch am ehesten im Wortsinn absaufen. *Friedenstüchtig werden* hieße zu prüfen, wie dieser Zusammenhang existiert und ob und wie unsere Gesellschaft Initiativen und gar Mehrheiten dafür zustande bringt, diese Herausforderungen anzugehen und zu bewältigen.

Als jemand, der als Politikwissenschaftler – nicht als Theologe – der Frage nachgeht, wie Friedenspolitik möglich ist, sind für mich die Haltung, vor allem aber das Handeln von Martin Niemöller und Dietrich Bonhoeffer angesichts erschütternder innen- und außenpolitischer Herausforderungen von größter Aktualität. Die beiden Namensgeber des Veranstalters (Martin-Niemöller-Stiftung und Dietrich-Bonhoeffer-Verein) haben ihre Erfahrungen vor und im Zweiten Weltkrieg erlebt und für sich reflektiert.

Ich beschränke mich im Folgenden auf die Gefährdung durch gegenwärtige Kriege und die parallele Demokratiegefährdung und beziehe mich hierbei auf Dietrich Bonhoeffer, als er 26-jährig am 27. Juli 1932 vor dem Hitler-Nationalismus warnte und die Christen zum Widerstand gegen die Errichtung der Diktatur aufforderte. Ihm war dabei die konkrete historische Analyse wichtig.

»Die hitlernationalistische Partei missbraucht die demokratischen Möglichkeiten und strebt nach Errichtung einer Diktatur. Gerade die nächsten Tage werden entscheidend sein, wieweit die antihitlerischen Parteien imstande

sein werden, die Übernahme der Regierung durch die Nazisten zu verhindern. [...] Der Sieg der Hitlerpartei hätte unabsehbare Folgen nicht nur für die Entwicklung des deutschen Volkes, sondern auch für die Entwicklung der ganzen Welt. Die Christen müssen sich im Kampfe gegen die Kräfte vereinen, welche die Völker zu einem falschen Nationalismus verführen, welche den Militarismus fördern und die Welt mit einer Unruhe bedrohen, aus welcher ein Krieg entstehen könnte.«²

In dieser Passage integriert Bonhoeffer die Kritik an Rassismus und Totalitarismus mit der Abweisung eines aus solchen Ideologien entstehenden möglichen Kriegs, der sieben Jahre später als Vernichtungskrieg 65 Millionen Menschen das Leben kostete, unter ihnen sechs Millionen Jüdinnen und Juden. Was wir an diesen Äußerungen von Bonhoeffers Denken sehen, ist, dass es ihm um den Zusammenhang von Krieg, Menschenverachtung und Totalitarismus geht. Sein strategischer Pazifismus prüft, ob und unter welchen Bedingungen eine Ordnung der Wahrheit und Gerechtigkeit präventiv verteidigt werden kann.

Die Absicht dieses Vortrags besteht darin, in die Skizze von Krieg und Frieden 80 Jahre nach dem Ende des deutschen Vernichtungskriegs die Entwicklung der Spannungen, historisch-politisch einzutragen, die schließlich zum Ukrainekrieg führten.

1. Das Nachkriegs-Versprechen: Nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz

Mit großer Legitimation war nach dem Kriegsende als Konsequenz des Zweiten Weltkriegs und der Verbrechen des Holocaust das Versprechen: »Nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz« formuliert worden.

Der Gehalt von »Nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz« kam in den internationalen und nationalen Institutionen zur Geltung, im Friedensgebot der Vereinten Nationen wie im Friedensgebot des Grundgesetzes und seines Menschenwürde-Artikels. »Fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren«, zeigten sich die Vereinten Nationen bei ihrer Gründung im Jahr 1945. Um »den Weltfrieden

und die internationale Sicherheit zu wahren«, sollten »internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts« beigelegt werden.

Dies waren Versprechen, die für Mehrheiten in Deutschland wie in den internationalen Gremien leitend wurden, aber umkämpft blieben.³ Mit dem Vietnamkrieg und seinem erkämpften Ende; mit dem Wettrüsten in den achtziger Jahren und seiner Unterbrechung durch Reagan und Gorbatschow – zugleich dem Ende des kalten Kriegs.

Die Erfolge dieser Entspannungspolitik, die sich schon nach der Kubakrise abzeichnete, wurde durch den Triumphalismus des westlichen Siegs über den Kommunismus, der politischen und militärischen Schwächung Russlands und schließlich durch immer neue Spannungen vor allem unter George W. Bush (Bush junior) beiseitegedrängt. Ohne diese Vorgeschichte wäre es nicht zu dem von Russland begonnenen Angriffskrieg gegen die Ukraine im Februar 2022 gekommen. Erneut sind wir nach drei Jahren furchtbaren Kriegs und der Verfeindungen herausgefordert, nach Bedingungen für ein Ende des Krieges und einer kooperativen Sicherheitsordnung in Europa zu suchen.

2. Spannungen um die Ukraine nach Ende des kalten Krieges. George Kennans Warnung vor der Osterweiterung der NATO

Nach dem Ende des kalten Kriegs hätte es nahegelegen, ein neues Sicherheitssystem jenseits von NATO und Warschauer Pakt zu verabreden. Sowohl Michail Gorbatschow wie Boris Jelzin sahen sich prowestlich eingestellt. Es war Reagan und Gorbatschow 1987 gelungen, zu einem weitreichenden Abrüstungsvertrag, dem INF-Vertrag von 1987, zu kommen, in dem 2.692 Mittelstreckenwaffen wechselseitig vor Ort kontrolliert verschrottet wurden. Man hatte mit der Einigung Deutschlands der russischen Regierung versprochen, die NATO nicht nach Osten auszudehnen. In der Euphorie des Siegs über die Sowjetunion ist das dann eben doch geschehen. Auf der Tagung der NATO im Juli 1997 wurden Polen, Tschechien und Ungarn Beitrittsverhandlungen angeboten, die bis 1999 erfolgreich abgeschlossen worden sind. Damit geschah der Bruch eines Gorbatschow gegebenen Versprechens. Der Historiker George Kennan erklärte damals warnend:

»Die NATO-Erweiterung wäre der folgenschwerste Fehler der amerikanischen Politik seit dem Ende des kalten Krieges. Es ist damit zu rechnen, dass diese Entscheidung nationalistische, antiwestliche und militaristische Tendenzen in der russischen Öffentlichkeit, einen neuen kalten Krieg in den Ost-West Beziehungen auslöst und die russische Politik in eine Richtung drängt, die überhaupt nicht unseren Wünschen entspricht« (*New York Times*, 5. Februar 1997).

Triumphalismus und Kriegs-Außenpolitik unter Bush junior seit 2000

Aber in diesen Jahren waren die Vereinigten Staaten zunächst unter Clinton, dann unter Bush junior daran interessiert, die eigene Vorherrschaft nicht angetastet zu sehen. Sie hatten kein Interesse an einer vernünftigen ausgleichenden kooperativen Sicherheitspolitik gegenüber Russland, sondern folgten dem Motto Brzezińskis von der »einzigsten Weltmacht«. Man hatte zwar noch klugerweise den NATO-Russland-Rat eingerichtet und durchaus kooperative militärische Erfahrungen mit der russischen Regierung gemacht. Aber das Interesse der Vereinigten Staaten daran ließ nach, erst recht mit dem Machtantritt von Bush junior im Jahr 2000. Die wachsende Entfremdung zwischen den Vereinigten Staaten und Russland zeichnete sich nach einem langen Jahrzehnt der Kooperation bereits Ende der 90er Jahre ab und wuchs in den folgenden Jahren, als Bush junior 2001 nach *Nine Eleven* die Konsequenz zog, die Täter nicht durch polizeiliche Mittel internationaler Institutionen zu identifizieren, sondern ein ganzes Land, Afghanistan, anzugreifen und mehr noch in der Logik der neokonservativen aggressiven Weltordnungs-Außenpolitik wenig später einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak anzuzetteln.

Wie sinnvoll eine kooperative Sicherheitsordnung als Ziel US-amerikanischer Außenpolitik gewesen wäre, zeigt auch der Umstand, dass Russland nach den Jelzin-Jahren mit dem Ausverkauf seiner ökonomischen und politischen Ressourcen unter ihm in eine tiefe Krise geriet, die offenkundig nur noch durch die rabiaten Maßnahmen unter Putin ab 2000 hatten aufgefangen werden können. Putin war in jener Zeit darum bemüht, die Kooperation mit dem Westen in ökonomischer, politischer und auch militärischer Hinsicht auszustalten, wurde aber de facto immer stärker insbesondere durch Bush junior abgewiesen.

Der völkerrechtswidrige Angriff auf den Irak 2003

In der Nacht vom 19. auf den 20. März 2003 kam es zum völkerrechtswidrigen Angriff einer Koalition der Willigen unter Führung der Vereinigten Staaten auf den Irak mit dem Ergebnis der Zerstörung einer ganzen Region. Der Krieg gegen den Irak hat im Ergebnis zu über 1 Million Toten, den Spätfolgen des islamistischen Terror des IS und zur Zerstörung von großen Teilen des Nahen Ostens geführt. Heute sehr viel später ist man sich sicher, dass diese Form des Krieges gegen den Terror den Terror und Krieg keineswegs eingedämmt hat.

2008 wurde zum Schlüsseljahr

Gewissermaßen als seine Erbschaft hat Bush junior gegen die entschiedenen Bedenken der Deutschen und Franzosen mit dem lauten Widerstand von Frank-Walter Steinmeier die NATO-Beitrittsperspektive für die Ukraine und Georgien durchgesetzt. 2008 wurde das Jahr einer sicherheitspolitischen Wende, der Abwendung Putins von den Interessen einer kooperativen Entwicklung in den internationalen Beziehungen. Anfang April hatte die NATO in Bukarest auf Basis eines immensen Drucks von Bush junior zwar nicht die unmittelbare Perspektive eines NATO-Beitritts der Ukraine und Georgiens, wohl aber einen Kompromiss beschlossen, der von der damaligen Bundeskanzlerin Merkel eingebbracht worden war, zwar nicht jetzt, aber perspektivisch einen solchen NATO-Beitritt zu wollen. Für die einflussreiche außenpolitische Expertin Fiona Hill war es das schlechteste denkbare Ergebnis dieser Konferenz. Damit war nun alles offen, auch und gerade für das Interesse nicht zuletzt der Nationalisten in der Ukraine auf einen solchen Beitritt und für ihre Bereitschaft, um ihn zu kämpfen.

Zwischenfazit: Die Hybris neokonservativer Außenpolitik seit 2000

Mit Bush junior ist ein beispielloser Triumphalismus in der westlichen Vormacht und eine damit verbundene Freund-Feind-Beschwörung durchgesetzt worden. Neokonservative wie Wolfowitz, Kristol oder Rumsfeld betrieben eine missionarisch aggressive, teils kriegerische Außenpolitik des angeblich guten imperialen Welt-Hegemon. Da war hinsichtlich Irak, Iran und Nordkorea von der »Achse des Bösen« die Rede. Man führe einen »Krieg gegen den Terror«, griff Afghanistan und den Irak an und verheerte im Ergebnis eine ganze Region. Im Zentrum des Interesses stand zugleich die Schwächung Russlands durch eine raumgrei-

fende NATO-Osterweiterung, das Vorschieben von Raketenabwehrsystemen an die Grenze zu Russland und die schrittweise Aufkündigung von Rüstungskontroll- und Sicherheitskooperations-Verträgen. Von besonderer Bedeutung erschien und erscheint bis heute das Interesse an einem westlichen Vorposten Ukraine, um so im klassisch-imperialen Sinn Russland in seiner Macht einzudämmen und weiter zu beschränken (vgl. Funke 2006: *Gott Macht Amerika*).

3. Der Ukraine-Krieg war vermeidbar⁴

Man wird die Eskalation in den Ukraine-Krieg hinein nicht ohne diese systematische Verschärfung der Spannungen verstehen können.

Was in den neunziger Jahren an Sicherheitskooperation in Europa entwickelt worden ist, war ja schon lange vor Kriegsbeginn erschüttert worden. Westliche Staaten hatten die OSZE, die alle europäischen Staaten einbezogen hatte, abgewertet, Rüstungskontrollabkommen gekündigt oder geschwächt, sodass die vereinbarte Sicherheitsbalance zunehmend ausgehöhlt und schließlich ein Wiederaufflammen militärischer Konflikte in Kauf genommen wurde. Nichts rechtfertigt den Angriffskrieg Moskaus – wichtig ist aber, dass die Beendigung des Krieges eng mit der Lösung des geopolitischen Konflikts verknüpft ist. Eine neue stabile Sicherheitsordnung kann erst dann entwickelt werden, wenn es zu Verhandlungen, Waffenstillstand und einer Friedensregelung in der Ukraine kommt (vgl. Wolfgang Richter 2024: 39f.).

Die Eskalation der Spannungen in der Ukraine, die später zum Krieg geführt haben, hat entscheidend mit dem Jahr 2014 zu tun

Am 20. Februar 2014 war es zu einem Putsch gegen den damaligen Präsidenten der Ukraine und drei Tage danach zur Auseinandersetzung auf der Krim und am 16. März 2014 zum Anschluss der Krim an Russland gekommen. So sehr die Besetzung der Krim 2014 zu kritisieren ist – auch sie hatte seinen Vorlauf in der Eskalation der Maidanproteste im Februar 2014 und dem Entfernen der bisherigen demokratisch gewählten Regierung Janukowytsch. Zur Eindämmung der Eskalation in der Ukraine gab es dann die Verhandlungen der Vierergruppe Russland, Ukraine, Deutschland und Frankreich mit dem Minsk I und dem Minsk II-Prozess in den Jahren 2014 und 2015. Insbesondere mit Minsk II war ein völkerrechtlich bindender Vertrag beschlossen worden, nach dem eine Verfassungsänderung für eine

größere Autonomie der russischsprachigen, vor allem in der Ostukraine lebenden Ukrainer vorgesehen war. Es ist indes den Garantiemächten nicht gelungen, Minsk II 2015 angemessen durchzusetzen. Sie scheiterten am ukrainischen Parlament, das sich schon Mitte 2015 aufgrund breiter Proteste in der ukrainischen Öffentlichkeit weigerte, einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Über acht Jahre meldete die OSZE-Beobachtungsmission den Bruch des Waffenstillstands von beiden Seiten.

Der neu gewählte Präsident Selenskyj (ab 2019) hatte zwar zunächst seine Wahlkampagne mit der Absicht verbunden, für Frieden zu sorgen. Als bald jedoch kam es zur Verschärfung der Politik und damit faktisch zum Ende des Minsk II-Prozesses. Er entschied sich zu einer unbedingten Politik des NATO-Beitritts.

Es gab eine Kette an Schlüsselereignissen, die zur steten Erhöhung der Spannungen und schließlich zum Krieg geführt hat. Die Spannungen wuchsen insbesondere im Jahr 2021, als jeweilige Manöver der Russen einerseits, der Ukraine andererseits nicht mehr gegenseitig transparent gemacht werden konnten, da die konventionelle Rüstungskontrolle weitgehend kollabiert und die Verabredung der neunziger Jahren im Grunde aufgegeben und lediglich ein schwaches Dokument der OSZE noch in Funktion war. Der bis 2014 übliche Dialog zwischen NATO und Russland war weitgehend abgebrochen worden. Russlands Interesse richtete sich zunehmend auf Stationierungsbeschränkungen in den östlichen NATO-Staaten und vor allem auf die Verhinderung eines NATO-Beitritts der Ukraine und Georgiens. Es waren dann vor allem die Manöver Russlands im Frühjahr 2021, die schon unter verschärften Spannungen mit Kiew stattfanden, während die ukrainische Regierung ihrerseits eine Strategie zur Be- freiung des Donbass und der Krim konzipiert, die militärische Zusammenarbeit mit westlichen Partnern vertieft und die prorussische Opposition ausgeschaltet hatte (vgl. Richter 2024: 42f.). Hinzu kamen gemeinsame Manöver mit NATO-Staaten, die Ausbildung ukrainischer Truppen durch westliche Staaten, auch auf US-Truppenübungsplätzen in Deutschland sowie militärische Ausrüstungshilfen durch die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Türkei, die Lieferung von Artillerieortungssystemen und insgesamt eine erhebliche Effizienzsteigerung der ukrainischen Armee. Im Oktober 2021 initiierten Kiew, London und Warschau ein formelles Bündnis und erklärten, die Krim zurückzuerobern; am 31. August unterzeichneten die Verteidigungsminister der

USA und der Ukraine das *US-Ukraine Strategic Defense Framework* (ebd., 45).

In Stichpunkten:

- Am 7. Februar 2019 hatte das ukrainische Parlament mit einer Mehrheit von 334 der 450 Abgeordneten in der Verfassung eine strategische Orientierung der Ukraine zum vollständigen Beitritt zur EU und zur NATO eingefügt.
- Im September 2020 erklärte Selenskyj: Schnellstmöglich müssen wir die Anpassung der Streitkräfte der Ukraine an die entsprechenden Strukturen der Allianz erreichen.
- Am 22. November 2020 sind die Vereinigten Staaten aus dem Transparenzabkommen *Open Sky* ausgestiegen, während die START-Verhandlungen zwischen USA und Russland 2021 offenkundig aus starken eigenen Interessen der Vereinigten Staaten noch weitergingen. Der *Open Sky*-Vertrag aus dem Jahre 1992 diente dazu, gegenseitig Territorien auf festgelegten Routen zu überfliegen und Lagebilder durch Beobachter und mittels technischer Sensoren zu erstellen – eine vertrauensbildende Maßnahme zur Sicherung von Vereinbarungen der Rüstungskontrolle sowie der Konfliktverhütung.
- Am 24. März 2021 hat Selenskyj per Dekret erklärt, die Krim zurückzuerobern zu wollen.
- Am 31. August 2021 wurde zwischen der Ukraine und den Vereinigten Staaten zur Modernisierung der seit 2017 verstärkt gelieferten Waffen und zur Ausbildung ein Militärabkommen geschlossen.
- An der *Rapid Trident*-Militärübung nahmen im September 2021 rund 6.000 Soldaten aus 15 Ländern teil.
- Am 9. November 2021 erklären die Vereinigten Staaten zusammen mit der Ukraine ein strategisches Partnerschaftsabkommen, nach dem die Ukraine alle Gebiete zurückzuerobern solle, einschließlich der Krim.
- In den folgenden Wochen wurden im Süden und Südosten zunächst 80.000 ukrainische Soldaten, später nach Schätzungen bis zu 400.000 zusammengezogen, sodass der Eindruck schon verständlich war, dass diese Konzentration die Vorbereitung einer Invasion sein könne. Umgekehrt erwarteten Ende November

2021 die Vereinigten Staaten ihrerseits einen Angriff Russlands auf die Ukraine.

- Wenig später, am 17. Dezember bot Russland ein Abkommen an, das alsbald von der NATO-Botschafterkonferenz abgelehnt wurde.
- Zuvor, am 7. Dezember schrieb der langjährige Herausgeber der *Zeit*, Theo Sommer, dass man im Ukraine-Konflikt dringend Kommunikation brauche, statt auf Militäraktionen zu setzen, die das Verhältnis zwischen den USA und Russland vergiften.
- Am 10. Januar 2022 kommt es zur strategischen Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und der Ukraine und zur weiteren Erhöhung der Spannungen.
- Am 24. Februar 2022 kommt es zum russischen Angriff.

Die Auffassung der russischen Führung verfestigte sich, dass Kiew nicht mehr beabsichtigte, die politischen Bestimmungen des Minsker Abkommens umzusetzen, sondern seine Armee sich darauf vorbereitete, die Ostukraine zurückzuerobern (Richter 2024: 46). In der Sicht Moskaus zeichnete sich eine potentielle militärische Bedrohung ab, die das geopolitische und strategische Gleichgewicht zum Nachteil Russlands verschieben könnte. Dies insbesondere deswegen, weil Moskau die NATO vor allem als ein nukleares Bündnis betrachtete, das von der atomaren Weltmacht USA dominiert wird, und nun dieses Gleichgewicht durch die geographische Annäherung der NATO an das russische Kernland unterminiert sah: Die Stationierungsräume für westliche Kurzstreckenwaffen und konventionelle Kräfte hätten es ermöglicht, im Konfliktfall das russische Kernland und Ziele von strategischer Bedeutung unmittelbar angreifen zu können. Dazu gab es Abstimmungsversuche mit Washington, ohne jedoch in der Ukraine-Frage weiterzukommen. So dürfte man auch die Mitte Dezember 2021 von Russland unterbreiteten Vertragsentwürfe lesen, nach denen vor allem der Westen darauf verzichten sollte, sich weiter nach Osten auszudehnen oder gar die Ukraine in die NATO aufzunehmen. Russland forderte, dass die NATO sich auf die NATO-Russland-Grundakte von Mai 1997 zurückziehen solle und damit die US-Raketenabwehrsysteme in Rumänien und perspektivisch in Polen aufgebe. Dies blieb ohne Ergebnis.

Diese Einschätzung entspricht durchaus den Beobachtungen von Angela Merkel in ihren Memoiren *Die Freiheit*. Sie erinnert sich, dass der russische Präsident bis etwa 2020 die Hoffnung nicht aufgegeben hatte, dass durch die Umsetzung von Minsk II die Spannungen abgebaut werden könnten. Im Jahre 2021, so beobachtete Angela Merkel Putin, war das nicht mehr der Fall.

4. Verpasste Chancen im Krieg: Die NATO hat den Krieg wenige Wochen nach Kriegsbeginn eskaliert und den Istanbul-Kompromiss von Russland und der Ukraine verworfen

Selbst kurz nach dem furchtbaren Angriff Russlands bot sich die Chance, in den Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine ab Ende Februar 2022 auf der Basis des Communiqués von Istanbul zum Ende des Krieges zu kommen. Danach sollte die Ukraine ihre Neutralität erklären, Russlands Truppen sich zurückziehen, der Status der Krim 15 Jahre ohne militärische Intervention offenbleiben, Luhansk und Donezk eine erweiterte Autonomie von der Ukraine erhalten und eine Reihe von Garantiemächten, unter anderem Russland, China, Israel, Großbritannien und Deutschland den Waffenstillstand sichern.

Die Entfesselung des Kriegs erfolgte durch die Entscheidung der NATO von Ende März 2022, auch mit Zustimmung der deutschen Bundesregierung:

- Laut britischem Guardian vom 28. April 2022 habe Premier Johnson den ukrainischen Präsidenten Selenskyj angewiesen, keine Zugeständnisse an Putin zu machen.
- Die britische Außenministerin Liz Truss begründete in einer Grundsatzrede, dass der Sieg der Ukraine für uns alle eine strategische Notwendigkeit sei und daher die militärische Unterstützung massiv ausgeweitet werden müsse.
- Am 25. April 2022 erklärte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin nach einem Besuch in Kiew, die USA wollten die Gelegenheit nutzen, um Russland im Zuge des Ukraine-Kriegs auf Dauer militärisch und wirtschaftlich zu schwächen. »Wir wollen Russland so sehr geschwächt sehen, dass es nicht mehr in der Lage sein wird, Dinge wie diese zu tun, die es mit der Invasion der Ukraine getan hat« (Richter 2024: 62).
- Bei dem von Austin einberufenen Treffen von Verteidigungsministern der NATO-

Mitglieder und weiterer Staaten in Ramstein gab der Pentagonchef den militärischen Sieg der Ukraine als strategisches Ziel vor.

Offenkundig haben die Vereinigten Staaten und Großbritannien die Chance, zu einem Kompromiss und zum Ende des Krieges zu kommen, blockiert und die NATO und den ukrainischen Präsidenten auf eine Kriegslinie verpflichtet.

5. Die gegenwärtige Bedrohungs-»Analyse« von Bundeswehr, BND und »Experten« ist Spekulation. Sie macht auf Panik und Angst – und eskaliert

Zu Sönke Neitzel, Carsten Breuer und Carlo Masala

Ende März 2025 wird von sogenannten Militärexperten einschließlich des Generalinspekteurs der Bundeswehr fahrlässig von einer drohenden großen Kriegsgefahr durch Russland gesprochen. Ähnlich von Bruno Kahl, Chef des Bundesnachrichtendienstes (BND), bereits Anfang März bei der Deutschen Welle (DW) – eine Einschätzung allerdings, die von seinem Vorgänger August Hannig nicht geteilt wird. Da heißt es, dass spätestens 2029 Russland durch seine Aufrüstung und Kriegswirtschaft zu einem Angriff auf die NATO fähig sei. Das wird dann allerdings durch Äußerungen von Sönke Neitzel und Sabine Adler (in der Sendung mit Caren Miosga) dadurch überboten, dass sie die Kriegsgefahr bereits für den Herbst 2025 erklären.

»Rationale Sicherheitspolitik statt Alarmismus«; Gegen »einen Rausch, sekundiert von nicht nachvollziehbaren Geheimdienstenschätzungen«

In einer Stellungnahme führender Sicherheitspolitiker und Transatlantiker verwahren sie sich gegen den verbreiteten Alarmismus in Teilen der Politik und der Medien und dem Fehlen einer seriösen Bedrohungsanalyse. Die Stellungnahme *Rationale Sicherheitspolitik statt Alarmismus* ist datiert vom 30. März 2025. Zu den Unterzeichnern gehören u. a. die Professoren Michael Brzoska, Christian Hacke, Götz Neuneck, August Pradetto, Michel Staack, Herbert Wulf und Johannes Varwick. Ein nüchterner Blick auf die ökonomischen und militärischen Kapazitäten wie auch die realisierbaren Intentionen Russlands zeigt, dass wenig dafür spricht, dass

»Russland sich mit der NATO militärisch anlegen und deren Territorium angreifen könnte oder nur wollte. Ein Russland, das große

Schwierigkeiten hat, seine Ziele in der Ukraine zu erreichen, ist eine beherrschbare militärische Bedrohung. Zudem ist die NATO heute und auf absehbare Zeit in praktisch allen militärischen Belangen ungleich stärker als Russland. Das gilt selbst dann, wenn man nur die Ausgaben bzw. die Ausstattung der europäischen Staaten inklusive Großbritannien addiert.«

Statt der verbreiteten Panikstimmung gelte es,

»den Krieg in der Ukraine mithilfe kluger politischer Kompromisse über Verhandlungen zu beenden und danach auf der Basis vorhandener Stärke eine Stabilisierung der europäischen Sicherheitsarchitektur anzustreben, in der nicht nur Aufrüstung und Kriegsvorbereitung, sondern auch die 2. Säule der Sicherheitspolitik – Rüstungskontrolle, vertrauensbildende Maßnahmen und Diplomatie – wieder eine zentrale Rolle spielen.«

Sie gehören neben den führenden Militärexperten Oberst Wolfgang Richter, General Harald Kujat, General Erich Vad oder Oberst Reisner zu denen, auf die sich die öffentliche Debatte und entsprechende Urteilsbildungen ebenfalls beziehen müssten.

2024 stellten sieben Geheimdienste der USA in einem gemeinsamen Bericht fest, dass ein russischer Angriff auf ein NATO-Land mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auszuschließen sei.

6. Die Verhandlungen im Frühjahr 2025 sind trotz Kriegszerstörung und Misstrauen eine späte Chance – Angela Merkel: Putin verstehen. Jürgen Habermas: Kritik des Bellizismus

Angela Merkel hat sich in der *Berliner Zeitung* vom 14. März 2025 zum Krieg in der Ukraine geäußert und das erste Mal von der ukrainischen Regierung die Bereitschaft zu Verhandlungen mit Russland und die Mitwirkung der internationalen Partner der Ukraine in einem möglichen Friedensprozess eingefordert. Sie findet wichtig zu verstehen, was Putin macht und sich in ihn hinein zu versetzen. »Wann die Stunde der Diplomatie geschlagen hat, kann nicht allein Präsident Selenskyj entscheiden, sondern die Ukraine nur gemeinsam mit ihren Unterstützern«, sagte Merkel mit Blick auf den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskij. Eine abwertende Verwendung des Schlagworts »Putin-Versteher« lehnte Merkel grundsätzlich ab. »Zu verstehen, was

Putin macht, sich in ihn hineinzuversetzen, ist nicht falsch«, so Merkel. Dies sei eine grundle- gende Aufgabe der Diplomatie und etwas anderes als Putin zu unterstützen. Der Vorwurf »Putin-Versteher« sei ein Totschlagargument, so die Alt- kanzlerin, die von 2005 bis 2021 regierte. Ihrer Wahrnehmung nach gehe es Putin sehr um Aner- kennung – »gerade von Amerika«. Dieses Denken komme noch aus der Zeit des Kalten Krieges. Für Putin seien die relevanten Größen nicht Deutsch- land oder die Europäische Union, sondern die USA, so Merkel (*Berliner Zeitung*, 14.03.2025). Das sind Äußerungen von Angela Merkel, die jedenfalls nicht automatisch einem Feindbild Putin gleichen.

Jürgen Habermas hat im Wissen um die Nicht- Gewinnbarkeit des Ukrainekriegs mehrfach die Motive reflektiert, die zum Angriffskrieg geführt haben und verlangt, diese Motive in der Strategie- findung für einen Waffenstillstand und Friedens- verhandlungen einzubeziehen. Er hatte schon kurz nach Beginn des Angriffskriegs auf die Ukraine zentrale Motive versammelt, die es mehr als drei Jahre danach noch mehr als zuvor zu beden- ken gilt, und er hat dies zu einem Zeitpunkt ge- tan, als der intensive Vermittlungsversuch von Selenskyj und Putin trotz weitreichender Fort- schritte in Friedensverhandlungen nicht zuletzt in Istanbul durch die starre Haltung Großbritanniens und der Vereinigten Staaten vorschnell abgebro- chen wurde.⁶ Statt Putin als wahnhaft getriebenen Geschichtsnostalgiker zu begreifen, sollte man prüfen, warum ein im KGB geschulter rational kalkulierender Machtmensch zum Mittel des Krieges gegriffen hat. War es »die frustrierte Ant- wort auf die Weigerung des Westens, über die geopolitische Agenda des russischen Präsidenten zu verhandeln?« Und: »Kann der Westen Krieg nur unter der Alternative von Sieg und Niederlage sich vorstellen statt zu wissen, dass Kriege gegen eine Atommacht nicht mehr im herkömmlichen Sinn gewonnen werden können?« (*Süddeutsche Zeitung*, 29.04.2022). Habermas hat Anfang 2023 erneut politisch-moralisch gefragt, ob nicht durch die »zermalmende Gewalt« des Krieges, und nicht zuletzt dieses Krieges, es verstärkt zu einer politisch-moralischen Frage wird, nicht weitere Hun- derttausende an Toten und Verletzten hinzuneh- men, sondern auf Verhandlungen zu dringen (*Süddeutsche Zeitung*, 14.02.2023). Diese Fragen haben nach über drei Jahren furchtbaren Kriegs und der immer weiteren Zerrüttung der Ukraine noch mehr an empirischem und politisch- moralischem Gewicht gewonnen.

Noch einmal ein kurzes Zeitfenster für Frieden in Europa. Die Zeit drängt, auch für Putin

Trotz des destruktiven Eklats von Trump gegen- über Selenskyj vom 1. März 2025 im Oval Office kommt es zu ersten Annäherungen zwischen der Ukraine und den Vereinigten Staaten um eine Beilegung des Krieges in der Ukraine. Die militä- rische Kooperation zwischen den Vereinigten Staaten und der Ukraine wird offenkundig fortge- setzt. Inzwischen wird unter anderem in Saudi- Arabien verhandelt, ohne heute zu wissen, ob es trotz des Willens aller drei Beteiligten zu einem vernünftigen Prozess von Vorverhandlungen, Waffenstillstand und Friedensverhandlungen kommt.

EU-Europa hat auf absehbare Zeit keine Chance, ohne die Vereinigten Staaten gegenüber Russland ein eigenes souveränes Gewicht zu gewinnen. Es wäre gut beraten, sich, gegebenenfalls zusammen mit China, für Verhandlungen und einen schnel- len Waffenstillstand und für die staatliche Unab- hängigkeit und Souveränität der Ukraine, die nationale Verteidigungsfähigkeit der Ukraine oh- ne NATO-Mitgliedschaft und die Verankerung eines späteren EU-Beitritts einzusetzen. Und dies mittelfristig gesehen ohne Konfrontation mit Moskau, sondern im Interesse Europas mit Initia- tiven zur Rüstungskontrolle. Es wäre auch eine Aufgabe der Bundesregierung, solche Initiativen zu unterstützen, die Menschenrechte in der Ukra- ine und die Freizügigkeit in den besetzten Gebie- ten zu garantieren und umgekehrt Kiew aufzu- fordern, auf einen Kampf gegen prorussische Elemente – daran ist Minsk gescheitert – zu verzichten. Die Sicherheit gegen ein Wiederaufflam- men des Krieges sollten Truppen aus Drittstaaten wie Indien, Südafrika und Brasilien unter einem UN-Mandat garantieren.

Zum Versagen EU-Europas gehört, dass es über drei Jahre nicht vermocht hat, eine eigene Initia- tive zur Deeskalation zustande zu bringen und sich bereitwillig dazu entschieden hat, den Krieg zu eskalieren, nachdem er vor knapp drei Jahren in Istanbul hätte erfolgreich beendet werden kön- nen. Dass nun erneut einige der größeren Staaten Europas diese Chance nicht ergreifen, sondern in einem womöglich jahrelangen Prozess den Krieg fortsetzen wollen, um angeblich die Ukraine in eine Position der Stärke zu bringen, ist ein histo- risch entscheidendes Dementi des Friedenspreis- trägers Europa.

Die Mehrheit der Menschen in Deutschland, in den europäischen Ländern und in der Ukraine

wollen ein Ende des Krieges und das nicht erst in einer unbestimmten Zukunft, womöglich in mehreren Jahren, indem man glaubt, dann militärisch genügend gerüstet zu sein. Auf dieser Perspektive liegt kein Segen.

Längst ist die Debatte darüber unter kompetenten Experten wie Oberst a. D. Wolfgang Richter, General Erich Vad, General a. D. Harald Kujat oder dem US-amerikanischen Experten Samuel Charap in *Foreign Affairs* eröffnet.⁷ Unter anderem wird erörtert:

- Einfrieren entlang der Frontlinie, keine Anerkennung der besetzten Gebiete durch Kiew und die internationalen Gemeinschaft, aber Sicherung und UN-Überwachung der Menschenrechtslage;
- Erhalt der ukrainischen Souveränität und nachhaltige hinreichende Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit;
- die Hinnahme einer *de facto*-Kontrolle der besetzten Gebiete ohne juristische Anerkennung;
- kein NATO-Beitritt und keine Präsenz von NATO-Truppen in der Ukraine;
- ein späterer EU-Beitritt, auf der Basis der Normalisierung der EU-Russland-Beziehungen;
- die Befähigung der Ukraine zur Selbstverteidigung ohne »Demilitarisierung«;
- die schrittweise Aufhebung der Sanktionen gegen Russland;
- eine internationale Überwachung des Waffenstillstands auf der Basis eines Sicherheitsratsmandats mit politisch und regional ausgewogener Zusammensetzung entsprechender Truppen, etwa aus Indien, Südafrika oder Brasilien;
- Perspektive einer allmählich zu verbessern den, stabileren Koexistenz gegenüber Russland, und Entwicklung einer Sicherheitsarchitektur.

Diese einigermaßen realistischen Kompromisse sind gegenwärtig noch nicht erreicht. Anfang April 2025 sind die Gespräche um einen Waffenstillstand in der Ukraine ins Stocken geraten. Die drei Großen in ihrem Kampf um Einflussvermehrung – die Vereinigten Staaten, Russland und

China – sind sich in den Verhandlungen nicht einig.

Es ist nur zu hoffen, dass die US-Regierung in Verhandlungen mit Russland alsbald einen fairen Ausweg findet, auch wenn das Gebietsabtretungen faktisch oder formell einschließt. Die Gefahr der Fortdauer des Krieges und eines seit 1945 nicht bekannten Wettrüstens ist die unmittelbare Gefahr, die es 80 Jahre danach zu vermeiden gilt. Wie in gesellschaftlichen Bewegungen gegen den Vietnamkrieg in den sechziger Jahren oder der Friedensbewegung der achtziger Jahre können gesellschaftliche Bewegungen und zivilgesellschaftliche Initiativen die Gefährdung der Demokratie und unsere Gefährdung durch Krieg aufzubrechen versuchen. Es sind über 2/3 der deutschen Bevölkerung und ähnlich in Europa und auch Mehrheiten in der Ukraine, die um des Lebens der Menschen willen und zur Begrenzung der ungeheuren Traumata für ein Ende des Kriegs eintreten.

Literatur:

Hajo Funke 2006: Gott Macht Amerika. Ideologie, Religion und Politik der US-amerikanischen Rechten. Berlin.

Brandt/Funke/Kujat/Teltschik 2023: »Den Krieg mit einem Verhandlungsfrieden beenden. Legitime Selbstverteidigung und das Streben nach einem gerechten und dauerhaften Frieden sind kein Widerspruch«. Zeitgeschehen im Fokus. 28. August 2023.

Hajo Funke 2023: Ukraine – Verhandeln ist der einzige Weg zum Frieden. Berlin.

Harald Kujat 2024: Die Rivalität der großen Mächte, der Ukraine Krieg und die Selbstbehauptung Europas. Vortrag an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. 5. Dezember 2024.

Angela Merkel 2024: Freiheit. München.

Heribert Prantl 2024: Den Frieden gewinnen. Die Gewalt verlernen. München.

Wolfgang Richter (Berliner Zeitung vom 25.12.2024): »Gefährden die neuen US-Raketen in Deutschland das nukleare Gleichgewicht? Die künftigen US-Mittelstreckenraketen in Deutschland bedrohen die russische Zweitschlagfähigkeit. Warum will kein anderes Land sie haben? Ein Gastbeitrag«.

Wolfgang Richter 2024: Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine: Vorbereitung – Kriegsverlauf – Ressourcen – Risiken – Folgerungen, in: Götz Neuneck (Hg.): Europa und der Ukraine-Krieg. Halle (Saale).

Günter Verheugen und Petra Erler: Der lange Weg zum Krieg: Russland, die Ukraine und der Westen. München 2024.

Anmerkungen:

¹ Überarbeiteter und aktualisierter Vortrag. Ich danke Harald Kujat, Hilde Schramm, Ulrich Jossner und Gerd Bauz für anregende und weiterführende Diskussion.

² Dietrich Bonhoeffer: Auszug aus einem Grußwort in *Ciernohorské Kúpele* (Nachschrift von Adolf Mádr), in: ders., Ökumene, Universität, Pfarramt 1931–1932, hg. v. Ernst Amelung u. Christoph Strohm, Gütersloh 1994 (DBW 11), 349.

³ Der Zusammenhang »Nie wieder Auschwitz, nie wieder Krieg« ist mit dem völkerrechtswidrigen Angriff auf Jugoslawien 1999 ausgerechnet durch den damaligen Außenminister Joschka Fischer auseinandergerissen worden: 1998 hatte Slobodan Milošević nicht mehr die Bosnier, sondern den Kosovo mit seinen Einheiten drangsaliert und tödlich gefährdet. Auf internationalen Druck hin kam es im Oktober 1998 zu einem Kompromiss zwischen dem amerikanischen Repräsentanten Richard Holbrooke und Milošević: Eine Beobachtermission sollte diesen Waffenstillstand kontrollieren. Das war der amerikanischen Administration, vor allem Madeleine Albright, nicht genug, und sie entschied sich für Krieg gegen Milošević. Die neue rot-grüne Regierung unter Schröder und Fischer wurden zur Teilnahme verpflichtet. In diesem Zusammenhang, der Unterstützung des Kriegs hat Joschka Fischer es gewagt, mit dem Spruch »Nie wieder Auschwitz« die Unterstützung zu begründen und damit das Verbrechen von Auschwitz für akute politische Zwecke zu instrumentalisieren. Es war ein völkerrechtswidriger Krieg, der überflüssig war, nachdem man durch die Verab-

redung zwischen Holbrooke und Milošević diplomatisch eine Regelung erreicht hatte.

⁴ Vgl. Hajo Funke: Ukraine – Verhandeln ist der einzige Weg zum Frieden. Berlin 2023; sowie bis dato die beste und umfassendste Analyse: Wolfgang Richter: Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine. Vorbereitung – Kriegsverlauf – Ressourcen – Risiken – Folgerungen, in: Götz Neuneck (Hg.): Europa und der Ukraine-Krieg. Chance und Herausforderung für eine zukünftige Friedens- und Sicherheitspolitik. Halle (Saale) 2024.

⁵ In: Annual Threat Assessment 2024: 14.

⁶ Michael von der Schulenburg, Hajo Funke, General a.D. Harald Kujat: Ukraine-Krieg: Wie die Chance für eine Friedensregelung vertan wurde. Hätte der Krieg in der Ukraine bereits in seinem Anfangsstadium gestoppt werden können? Es gibt eine Chance für den Frieden, in: Berliner Zeitung, 19.11.2023. Vgl. auch: Hajo Funke und Harald Kujat: warum-draengt-die-zeit-fuer-einen-verhandlungsfrieden, in: Frankfurter Rundschau, 23.10.2023. – Charap/Radchenko: The Talks That Could Have Ended the War in Ukraine. A Hidden History of Diplomacy That Came Up Short—but Holds Lessons for Future Negotiations, in: Foreign Affairs, 16.04.2024: »What happened on the battlefield is relatively well understood. What is less understood is the simultaneous intense diplomacy involving Moscow, Kyiv.«

⁷ Samuel Charap: A Pathway to Peace in Ukraine. Trump Needs a Realistic Game Plan, Strong Incentives, and Patience, in: Foreign Affairs, 24.12.2024: »For those seeking to end Russia's devastating war in Ukraine, the election of Donald Trump presents a crucial opportunity. In direct contrast to U.S. President Joe Biden, whose administration has held to a policy of unwavering support for Ukraine without pushing for a defined endgame to the war, Trump has focused almost exclusively on that endgame. He has long made clear his intention to bring the two sides to the negotiating table soon after he takes office and maybe even before that.« – Vgl. schon Brandt/Funke/Kujat/Teltschik: Den Krieg mit einem Verhandlungsfrieden beenden. Legitime Selbstverteidigung und das Streben nach einem gerechten und dauerhaften Frieden sind kein Widerspruch, in: Zeitgeschehen im Fokus. 28.08.2023. Vgl. auch Funke: Ukraine – Verhandeln ist der einzige Weg zum Frieden. Berlin 2023.

D

Highway to Hell – Road to Peace: Was hilft, um die gleichzeitigen ökologischen und Kriegskatastrophen zu überwinden?

Dr. Angelika Claußen

Nationale und internationale Klimaschutzprogramme werden zurzeit ausgebremst. Der Grund: Trumps Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen, die Zugeständnisse der EU-Kommission an die fossile Industrie und ein zukünftiger Kanzler Friedrich Merz, der sich massiv für Aufrüstung einsetzt. Ob Friedrich Merz sich jemals mit dem CO₂-Fußabdruck des Militärs in Kriegszeiten und in Friedenzeiten beschäftigt hat, ist fraglich. Am kommenden Petersberger Dialog (einer Vorbereitung zur nächsten Klimakonferenz in Brasilien) nimmt er im Gegensatz zum noch im Amt befindlichen Bundeskanzler Scholz nicht teil.

UNO-Generalsekretär Guterres fordert die Menschheit seit langem auf, den »Highway to hell« endlich zu verlassen. Damit meint er nicht nur die Klimahölle, sondern ebenso das atomare Wettrüsten, das die Gefahr eines Atomkriegs erhöht. Die Wissenschaftler der Organisation »Bulletin of the Atomic Scientists« stellten die Weltuntergangsuhr 2025 auf 89 Sekunden.

Krieg bringt Tod und Zerstörung – für die Menschen, für die Umwelt, für das Klima. Das führen uns der Ukraine-Krieg und der Gaza-Krieg drastisch und bitter vor Augen. Eine altbekannte Erfahrung für uns Menschen. Die kriegsführenden Regierungen ordnen ihrem Machtstreben alle anderen Aspekte des Lebens unter, insbesondere dass unser Planet für alle Menschen die Lebensgrundlage bildet. Die Erde kann ohne uns Menschen weiterexistieren, wir Menschen jedoch sind abhängig, untrennbarer Teil der Natur und unserer Umwelt. Diese Zusammenhänge beschreibt das Konzept der planetaren Gesundheit.

Damit bin ich bei menschlichen und ökologischen Grundsätzen unseres Lebens angelangt: Wir streben ein Leben in Frieden für alle Menschen auf unserer Erde an, wir wollen auf einem gesunden Planeten leben in seinen ökologischen Belastungsgrenzen. Das bedeutet: Leben und Gesundheit für alle, ohne Ausnahme.

Damit erteilen wir falschen Sicherheitsversprechen eine entschiedene Absage. Sicherheit ist menschliche Sicherheit – sie gilt für alle. Wir sind der Friedenslogik¹ verpflichtet und wenden uns

gegen die gegenwärtige Kriegslogik, so wie sie im »Operationsplan Deutschland«² zum Ausdruck kommt. Die Kriegslogik und die mit ihr zusammenhängende Sicherheitslogik behauptet, dass der Wille zum Frieden nur durch Aufrüstung, durch militärische Drohpotentiale und durch Abschreckung erreicht werden kann. Dem setzen wir Menschen unseren Widerstand und unser Handeln für menschliche Sicherheit entgegen.

Das Leben auf der Erde und die Gesundheit ihrer Bewohner*innen ist im 21. Jahrhundert doppelt bedroht – durch die fortschreitende Klimakatastrophe und die zunehmende Atomkriegsgefahr. Zu beiden trägt die aktuelle globale Aufrüstungsspirale mit 2,4 Billionen Dollar weltweit für 2023 in erheblichem Maß bei.³ Sie produziert Emissionen und Umweltverschmutzung, bindet dringend benötigte Finanzmittel und führt zur Renaissance von Abschreckungsstrategien. Gleichzeitig haben Erderhitzung, Biodiversitätsverlust und die Übernutzung unserer Lebensgrundlagen schon jetzt massive Folgen für unsere Gesundheit und für die menschliche Sicherheit.⁴

Aus der Perspektive der IPPNW ist es falsch, die gegenwärtige und wachsende Atomkriegsgefahr einseitig mit den russischen Drohungen für einen möglichen Einsatz von taktischen Atomwaffen zu begründen. Gleichwohl erkennen wir an, dass Russland mit diesen nuklearen Drohungen im Ukrainekrieg das nukleare Tabu in Frage stellt. Die westlichen Atommächte USA, Großbritannien und Frankreich tragen mit ihrer Doktrin des nuklearen Ersteinsatzes und der Modernisierung ihrer Atomwaffen ebenfalls zur Erschütterung des nuklearen Tabus bei. Einzig die Atommacht China verzichtet in ihrer Einsatzdoktrin auf den Ersteinsatz mit Atomwaffen.⁵ Die IPPNW fordert, dass die vier Atommächte, die Veto-mächte im UN-Sicherheitsrat sind, ebenfalls diesen Verzicht als ersten Schritt auf dem langen Weg zu nuklearer Abrüstung gemeinsam erklären.

Aus friedenslogischer Perspektive müssen die humanitären Folgen eines Atomkriegs und ebenso eines einzigen Atomwaffeneinsatzes, z. B. auf Berlin, im Zentrum der aktuellen politischen Entscheidungen der jeweiligen Regierung stehen.

Diese humanitäre Perspektive einzunehmen bedeutet, dass ein Atomkrieg und auch ein Einsatz nur einer einzigen Atomwaffe unbedingt verhindert werden müssen. Ein Atomkrieg würde infolge eines plötzlichen globalen Temperatursturzes fast alle Ernten vernichten und so eine nukleare Hungersnot auslösen, die mindestens zwei Milliarden Menschen betrifft.⁶ Ein einziger Atombombenabwurf z. B. auf Berlin würde 25.000 Soforttote und 47.000 Menschen mit schwersten Brandverletzungen verursachen, denen kein Gesundheitssystem mehr helfen kann.⁷

Dieser Perspektivwechsel, auf die humanitären Folgen eines Atomkriegs zu orientieren, ist in der geltenden, staatszentrierten Sicherheitsdoktrin dringend notwendig, allem voran, was die Gefahr durch einen Atomkrieg betrifft. Die weltweite Friedensbewegung hat zusammen mit vielen atomwaffenfreien Staaten den Atomwaffenverbotsvertrag durchgesetzt,⁸ eine neue gültige Rechtsnorm, die auf die Abrüstung aller Atomwaffen zielt. Der Atomwaffenverbotsvertrag trat 2021 in Kraft. 94 von insgesamt 193 UNO-Staaten haben den Vertrag inzwischen unterzeichnet, auch so bedeutende Staaten des globalen Südens wie Brasilien, Südafrika und Indonesien, 73 Staaten haben ihn ratifiziert.

Der Atomwaffenverbotsvertrag enthält auch Verpflichtungen für die medizinische Unterstützung der Atomtestopfer (es wurden bis 1989 mehr als 2.000 Atomtests durchgeführt). Damit eröffnet er eine Perspektive der Wiedergutmachung und auch eine antikoloniale Perspektive, denn die Atomtests wurden auf den Gebieten der indigenen Völker durchgeführt, ohne dass diese überhaupt gefragt wurden.

Kriege und Konflikte hängen direkt oder indirekt mit den sich zusätzlichen ökologischen Krisen zusammen.⁹ Dabei sind Militär und die Rüstungsindustrie als angebliche Garanten für Sicherheit und Wohlstand nicht Teil der Lösung, sondern des Problems: Sie heizen die Klimakatastrophe weiter an und schwächen unsere Anpassungsmöglichkeiten erheblich.

Im Bereich der Klimaforschung werden die Auswirkungen der Klimakrise auf den zivilen Sektor und auf den militärischen Sektor bislang als voneinander getrennt analysiert, – eine Art Denken in Silos.

So haben sich im zivilen Sektor die Kritik und die Handlungsvorschläge um die Begriffe Übernutzung der Erde, Kapitalismuskritik und

»Degrowth« entwickelt. Die Forschung im militärischen Bereich hinkt hier eher nach. Notwendige Datengrundlagen werden oft geheim gehalten. Es geht um Forschungen zum CO₂-Fußabdruck des Militärs in Zeiten von Frieden (ohne direkte kriegerische Auseinandersetzung) und die Beschreibung des CO₂-Fußabdrucks sowie toxischer Umweltfolgen durch Bombardierung, Zerstörung von Chemiefabriken und Kraftwerken sowie weitreichende Brände während des Krieges, z. B. um den Einsatz von toxischen Entlaubungsmitteln wie »agent orange« im Vietnam-Krieg, oder um den CO₂-Fußabdruck der benutzten Panzer, Flugzeuge sowie weiteren Militärgeräts.

Akribisch beschrieben wurden die Auswirkungen des Ukrainekrieges.¹⁰ Die Studienautoren kamen zu dem Ergebnis, dass drei Jahre Krieg auf die Ukraine 230 Millionen t CO₂-Äquivalent verursacht hatten. Das ist so viel wie die jährlichen Emissionen der vier Staaten Österreich, Ungarn, Tschechien und Slowakei zusammen. Mehr als die Hälfte der kriegsbedingten Emissionen (57%) sind der unmittelbaren Kriegsführung und den von den Kampfeinsätzen verursachten Waldbränden zuzurechnen.

Auch der Krieg in Gaza hat nicht nur zu einer sehr hohen Anzahl der Toten und Verletzten in der Zivilbevölkerung geführt (48.503 Tote, 111.927 Verletzte laut UNOCHA¹¹). Die Umweltzerstörung und die Hungersnot in Gaza ist immens¹²: 39 Millionen t Kriegstrümmer, das ist fünf Mal mehr als beim Krieg um Mossul, Irak. Wasser- und Abwasserversorgung sowie Müllentsorgungsanlagen sind völlig zerstört. Munition, die toxische Schwermetalle enthält, verseucht die Böden, die Zerstörung der unterirdischen Tunnel der Hamas birgt die Gefahr der Grundwasserverseuchung. Immer wieder wurden die Lebensmittelversorgung durch das Welternährungsprogramm der UNO unterbrochen, so dass Hungersnot droht. Besonders die Kinder sind durch die jetzt erneuten Kämpfe in Gefahr.¹³

Doch auch im Frieden tötet alleine schon die immense Rüstungsproduktion: Die britischen Forscher Stuart Parkinson und Linda Correll schätzen, dass mindestens 5,5 % der weltweiten Emissionen dem Militär zuzuordnen sind.¹⁴ Die US-amerikanische Professorin Neta Crawford von der Brown-Universität berechnete den CO₂-Fußabdruck des amerikanischen Militärs.¹⁵ Sie kam zu dem Ergebnis, dass das US-Verteidigungsministerium 2017 allein mehr CO₂-Äquivalente verbrauchte als Dänemark und Schweden zusammen. Doch in den jährlichen nationalen Be-

richten an das UNFCCC-Klimasekretariat bleibt das Militär ausgespart.

Das ist auch die Ursache, warum die Datenlagen über den militärisch bedingten CO₂-Fußabdruck so schlecht ist. Die Emissionen, die bei der Produktion von militärischen Gütern entstehen, bleiben geheim. Dagegen erfahren wir über den sprunghaften Anstieg der Rheinmetall-Aktie viel mit dem Ziel, noch mehr Waffen zu produzieren. Der CO₂-Fußabdruck der Rheinmetall-Panzer, -Mörsergranaten und ihrer Flugabwehr-Systeme bleibt im Dunkeln. Nur der Sprit-Verbrauch von Flugzeugen und Panzern ist bekannt: Z. B. produziert der F 35-Atombomber pro Flugstunde 28 t CO₂-Äquivalent. Das ist so viel wie 70 Menschen in Kenia in einem ganzen Jahr verursachen. Der Kampfpanzer Leopard II verbraucht auf 100 km 530 l Diesel, so viel wie 100 Kleinwagen.

Wie sehen die Lösungsvorschläge der IPPNW aus?

1. Atomwaffen

- a. Aus der nuklearen Teilhabe (US-Atomwaffen in Büchel, Deutschland) Schritt für Schritt aussteigen gemeinsam mit den anderen europäischen Ländern der nuklearen Teilhabe Niederlande, Belgien, Italien.
- b. Kauf der US-Atombomber F 35 rückabwickeln.
- c. Dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten, Beobachter-Position beim Verbotsvertrag stärken und Engagement für Atomtestüberlebende.
- d. Atomwaffenstaaten Großbritannien, Frankreich, USA und Russland für eine Doktrin gegen den Ersteinsatz von Atomwaffen gewinnen.
- e. Deutsche Regierung muss sich aktiv für Rüstungskontrollverhandlungen zwischen USA und Russland einsetzen, dazu eigenständige Gesprächskanäle mit Russland eröffnen. Im zweiten Schritt atomare Abrüstung fordern.
- f. Deutsche Regierung setzt sich dafür ein, dass Nicht-Atomwaffenstaaten des globalen Südens wie Brasilien und Südafrika einen ständigen Sitz mit Vetorecht im UN-Sicherheitsrat bekommen.

2. Klima und militärisch bedingter Fußabdruck, Verbesserung der UN-Strukturen

- a. Bei den Klimakonferenzen Transparenz bezüglich des militärisch bedingten Fußabdrucks fordern.
- b. Deutschland tritt dem Bündnis »Fossil Fuel Non-proliferation Treaty« bei.
- c. Tatbestand Ökozid soll zusätzlich in die Anklagerechte des Internationalen Gerichtshofs aufgenommen werden.
- d. Deutschland bekräftigt Ziele seiner Friedenspolitik: Stärkung des Völkerrechts und der Menschenrechte, Stärkung der Demokratie.

3. Klima und Kriegsbeendigung

- a. Deutschland erkennt an, dass Kriege die Klimakrise erheblich verschärfen, und es setzt sich aktiv für die Beendigung des Ukraine-Krieges und des Krieges in Gaza ein.
- b. Dazu eröffnet es mit anderen europäischen Ländern, z. B. Österreich und Schweiz, gemeinsame Zentren und Schulen für die Diplomatie der Beendigung von Kriegen.

Anmerkungen:

¹ Hanne Margret Birkenbach (2023): Friedenslogik verstehen. Frieden hat man nicht. Frieden muss man machen. Frankfurt a. M.

² »Geheimer »Operationsplan Deutschland« betrifft uns alle« – Generalleutnant: »Ab 2025 in Kraft«, ntv-Nachrichten, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=vstvRwdyGO0>

³ Vgl. Oliver Pieper, SIPRI: 2,4 Billionen Dollar weltweite Militärausgaben, Deutsche Welle, 22.04.2024, URL: <https://www.dw.com/de/sipri-24-billionen-dollar-weltweite-militärausgaben/a-68866613>

⁴ Jan Barnett u. W. Neill Adger, Climate change, human security and violent conflict, in: Political Geography 26 (2007), 639–655. URL: <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S096262980700039X>

⁵ Philipp Wolf u. Patrick Zoll, Wie locker sitzen die Atombomben?, NZZ, 22.08.2024. URL: <https://www.nzz.ch/pro/wie-locker-sitzen-die-atombomben-ld.1814708>

⁶ Matt Bivens, Nukleare Hungersnot. Selbst ein »begrenzter« Atomkrieg würde das Klima zerstören und eine weltweite Hungerkatastrophe auslösen, hg. v. IPPNW – Deutsche Sektion, Berlin 2022. URL: https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomwaffen/2022_Nukleare_Hungersnot_final_web.pdf

⁷ Oda Becker, *Auswirkungen einer Atombombe auf Deutschland*, i. A. v. Greenpeace Deutschland, Hamburg 2020. URL: https://www.greenpeace.de/publikationen/s03021_gp_auswirkungen_atombombe_d_studie_07_2020_fly_fin_neu.pdf

⁸ Der Vertrag über das Verbot von Atomwaffen. ICAN = Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen. URL: <https://nuclearban.de/der-vertrag/>

⁹ Conflict and Climate (12 July 2022). United Nations. Climate Change. URL: <https://unfccc.int/news/conflict-and-climate>

¹⁰ Lennard de Klerk u. a., *Climate Damage caused by Russia's war on Ukraine* (24 February 2022 – 23 February 2025). URL: https://en.ecoaction.org.ua/wp-content/uploads/2025/02/20250224_ClimateDamageWarUkraine36monthsENprelim-1.pdf

¹¹ Israel / Palästinensische Autonomiegebiete: Anzahl der Todesopfer und Verletzten im Krieg zwischen Hamas und Israel seit dem 7. Oktober 2023, veröffentlicht von Statista Research Department. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1417316/umfrage/opferzahlen-im-terrorkrieg-der-hamas-gegen-israel/> (aufgerufen am 23.03.2025).

¹² Environmental Impact of the Conflict in Gaza: Preliminary Assessment of Environmental Impacts (18 June 2024). UN environment programme. URL: <https://www.unep.org/resources/report/environmental-impact-conflict-gaza-preliminary-assessment-environmental-impacts>

¹³ Gaza: Kinder leiden unter unzureichendem Zugang zu grundlegender Hilfe. Update 17. März 2025, 14.00 Uhr. Deutsches Komitee für UNICEF e.V. URL: <https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/-/lage-kinder-in-gaza-besorgniserregend-unicef/350376>

¹⁴ Stuart Parkinson u. Linsey Cottrell, *Estimating the Military's Global Greenhouse Gas Emissions*. URL: https://www.sgr.org.uk/sites/default/files/2022-11/SGR%2BCEOBS-Estimating_Global_Military_GHG_Emissions_Nov22_rev.pdf

¹⁵ Neta C. Crawford, *The Pentagon, Climate Change, and War. Charting the Rise and Fall of U.S. Military Emissions*, Cambridge (MA) 2025. URL: <https://mitpress.mit.edu/9780262047487/the-pentagon-climate-change-and-war/> 

Leidenschaftlich für soziale Gerechtigkeit – Ökumenische Impulse in sechs Schritten¹

Pfarrer i. R. Dr. theol. Wolfgang Gern

»Es ist nicht genug, dass die Christen Frieden für sich selbst suchen. Sie müssen Gerechtigkeit für andere suchen«
(Botschaft der 2. ÖRK-Vollversammlung Evanston 1954).

»Ihr, die ihr so liberal, so menschlich seid, die ihr die Liebe zur Kultur bis zur Preziosität treibt, ihr scheint zu vergessen, daß ihr Kolonien habt und daß man dort in eurem Namen mordet«
(Jean-Paul Sartre 1961).²

»Zwischen dem ›Eigentlichen‹, dem Religiösen, der Verkündigung, und dem ›Uneigentlichen‹, dem Sozialen [zu unterscheiden] [...] ist [...] biblisch nicht haltbar«
(Beate Hofmann/Rüdiger Schuch 2025).³

Vorwort

Ein Wort vorneweg: Im amerikanischen Sektor von West-Berlin bin ich geboren und aufgewachsen, quasi mit der Freiheitsglocke, initiiert von General Lucius D. Clay, bekannt geworden als »Vater der Luftbrücke«. Die Inschrift der Glocke enthält die »Declaration of Freedom«:

»Ich glaube an die Unantastbarkeit und an die Würde jedes einzelnen Menschen. Ich glaube, dass allen Menschen von Gott das gleiche Recht auf Freiheit gegeben wurde. Ich verspreche, jedem Angriff auf die Freiheit und der Tyrannie Widerstand zu leisten, wo auch immer sie auftreten mögen.«

Wo auch immer sie auftreten mögen. Punkt.

Um ökumenische Impulse zur Gerechtigkeitsfrage und deren Bedeutung bin ich gebeten worden. So beginne ich mit einem biographischen Einstieg und wende mich dann Dietrich Bonhoeffer und Martin Niemöller zu, die in der Ökumenischen Bewegung verwurzelt waren. Ökumenische Impulse sind nicht denkbar ohne den Kampf gegen Kolonialismus und Rassismus. Daher leiste ich mir einen Exkurs zur Bedeutung der Dritten Welt, ehe ich mich der Ökumenischen Bewegung selbst widme. Mit deren Impulsen frage ich weiter: Welche Rolle spielen sie etwa in der Gerechtigkeitsdebatte der Kirchen in Deutschland? Schließ-

lich werbe ich für eine Zivilgesellschaft, die auch ökumenische Impulse aufnimmt und mutig weiterführt.

I Biographischer Einstieg – unter Flüchtlingen des Vietnamkriegs

1973 bis 1974 lebte ich für 13 Monate als Freiwilliger unter Flüchtlingen des Vietnamkriegs – im Süden von Laos am Fluss Mekong. »Brot für die Welt« hat mich seinerzeit als Mitarbeiter der »Christian Conference of Asia« vermittelt. Warum war ich dort als 22jähriger Theologiestudent, der für ein Jahr das Studium unterbrach – zu einem Zeitpunkt, als es Freiwilligendienste in der heutigen Form noch nicht gab? Ganz einfach, ich war enttäuscht, dass die Synode der EKD, der ich als Jugenddelegierter angehörte, Anfang 1973 kein mutiges Wort gegen den Vietnamkrieg gefunden hatte. Obwohl Partnerkirchen in den USA und Mütter amerikanischer Soldaten ausdrücklich darum gebeten hatten.

Im Süden von Laos war ich eingesetzt. In der Stadt Savannakhet angekommen, fuhr ich täglich mit unserem Team eine halbe Stunde nach Thasano, wo die Flüchtlingsfamilien in Pfahlbauten wohnten – insgesamt 30.000 Menschen aus Laos und Vietnam waren es. Viele von ihnen hatten die nächsten Angehörigen im Krieg oder auf der Flucht verloren, vor allem Frauen und Kinder. Andere waren schwer verwundet. Täglich schaute die niederländische Krankenschwester Anna Cappon nach ihnen. Wir als der »Asian Christian Service« unterhielten ein Gemeinwesenzentrum, um für die Ratsuchenden da zu sein, die Kinder an umliegende Schulen zu vermitteln, die Familien in Ernährung und Gesundheitsfragen zu beraten und sie beim Aufbau einer Subsistenzlandwirtschaft zu unterstützen. Es fehlte auch an Strom und Wasser. Umso wichtiger war Präsenz – und ich konnte mich mittels Englisch verständigen, ein Laote in unserem Team übersetzte bei Bedarf.

Eines Tages besuchte uns eine ökumenische Delegation aus Kirchen und Geberorganisationen in Asien, Australien, USA und Europa. An einem schattigen Platz inmitten der Flüchtlingsdörfer trafen die etwa 15 Naibans, die Dorfbürgermeister, auf unsere wohl zehnköpfige Delegation, die

sich mit ihren Fotoapparaten auf den zu Bänken geformten Baumstämmen niederließen. Die Hitze machte zu schaffen. Gleich zu Beginn schaute einer der »Agency boys« aus den USA – »Agency boys« nannte man damals die Repräsentanten von Geberorganisationen – auf seine Uhr und sagte zu den vietnamesischen und laotischen Gesprächspartnern: »What do you want? What do you need?« Nach einer Pause ohne Antwort sagte er: »We have not much time.« Nach einem kurzen Palaver der Bürgermeister untereinander sagte deren Sprecher:

»Bitte verstehen Sie uns: In der Kolonialzeit und Jahrhunderte davor, erst recht jetzt in den Kriegen, die keiner von uns gewollt hat, ist uns gesagt worden, immer wieder, was wir wollen müssen. Jetzt kommen Sie und wollen in fünfzehn Minuten wissen, was wir wirklich wollen und wirklich brauchen. Geben Sie uns bitte Zeit.«

Viele von den Gästen haben es gespürt, die Sehnsucht nach Respekt. Am wichtigsten war, dass wir alle anschließend der Einladung der Bürgermeister folgten und auf dem Boden sitzend miteinander gegessen haben.

Diese Begebenheit wähle ich als Einstieg, weil sie vor Augen führt: Ohne Mitleidenschaft, ohne Compassion, ohne Einfühlungsvermögen fährt die noch so gut gemeinte Hilfe, die noch so präzise entworfene Gerechtigkeit an die Wand. Das Streben nach sozialem Ausgleich gelingt, wo wir uns in das Empfinden des Anderen, des Schwächeren hineinhören und hineindenken. Das Gegenüber hat ein feines Gespür für ein hierarchisches Machtgefälle und für ein semikoloniales Machtgebaren, das zudem die ursächliche Mitverantwortung – seinerzeit des Vietnamkrieges – ausspart. Es zeugt von »einem exklusiven Kulturstolz« (Aleida und Jan Assmann), wenn die dunklen Abschnitte der eigenen Geschichte wortlos übergangen werden. Der Mangel an Compassion ist mir immer wieder begegnet, auch und gerade in Debatten um soziale Gerechtigkeit. Die amerikanische Bürgerrechtlerin Maya Angelou hat es so zur Sprache gebracht: »I've learnt that people will forget what you said. People will forget what you did. But people will never forget how you made them feel.«⁴

Der katholische Theologe Johann Baptist Metz, Mentor der Befreiungstheologie, hat den Begriff »Compassion« zu einem Programm gemacht. Compassion bedeutet, in der Mitleidenschaft Gottes Leidenschaft zu entdecken. In seinem »Welt-

programm des Christentums«, wie er es nennt, kommt er zu dem Schluss: »Universal, also für alle Menschen bedeutsam, kann die Gottesrede nur sein, wenn sie in ihrem Kern eine für fremdes Leid empfindliche Gottesrede ist [...].«⁵ Metz sieht die Kirche der Zukunft als Kirche der Mitleidenschaft und der Solidarität, die darin nachfolgende Kirche ist – gegen eine Kultur des Vergessens, des Verdrängens und des Ausgrenzens.

II Mitleidenschaft und Parteilichkeit – Dietrich Bonhoeffer und Martin Niemöller

Sowohl Dietrich Bonhoeffer als auch Martin Niemöller führen eindrücklich vor Augen, dass Mitleidenschaft den Nerv des christlichen Glaubens berührt. Nur Bonhoeffer verwendet ihn als Verb: »mitleiden«. In seinen Briefen an Eberhard Bethge schreibt Bonhoeffer im Juli 1944:

»Gott ist ohnmächtig und schwach in der Welt und gerade und nur so ist er bei uns und hilft uns. Es ist [...] ganz deutlich, daß Christus nicht hilft kraft seiner Allmacht, sondern kraft seiner Schwachheit, seines Leidens! [...] Das ist die Umkehrung von allem, was der religiöse Mensch von Gott erwartet. Der Mensch wird aufgerufen, das Leiden Gottes an der [...] Welt mitzuleiden.«⁶

Das heißt: Mitleidenschaft bedeutet Parteilichkeit an der Seite derer, die leiden und schwach sind. Wochen davor schrieb Bonhoeffer an Bethge: »Ist nicht die Gerechtigkeit und das Reich Gottes auf Erden der Mittelpunkt von allem? [...] Nicht um das Jenseits, sondern um diese Welt, wie sie geschaffen, erhalten, in Gesetze gefaßt, versöhnt und erneuert wird, geht es doch.«⁷

Martin Niemöller hat ein Jahr später, Ende August 1945, auf der Kirchenversammlung von Treysa, dem Auftakt von EKD und Diakonie nach dem Zweiten Weltkrieg, eindrückliche Sätze in diesem Sinne gesagt:

»Aus einem falsch verstandenen Luthertum heraus haben wir gemeint, dem Staat gegenüber keine andere Verantwortung zu tragen, als daß wir ihm gehorchen und die Christenheit zum Gehorsam ermahnen und erziehen, solange der Staat keine offensichtliche Sünde von uns fordert. Diese Haltung ist falsch, und wir haben uns hier neu auf unseren Auftrag zu besinnen. Was bedeutet die Tatsache, daß das Kreuz Jesu Christi auf Golgatha mitten in dieser Welt gestanden hat?«⁸

Golgatha mitten in der Welt. Zum Glauben gehört, teillich an der Seite derer zu sein, die Schmerz und Leiden ertragen müssen, und für sie und ihre Rechte aufzustehen und einzustehen.

Ziemlich am Schluss der Treysa-Rede sagt Niemöller: »[...] es geht nun darum, dass ein Neues werde und dass die Kirche [...] ihren Mund auf-tut.«⁹ Dass sie kein »stummer Hund« bleibe, sondern »ihren Mund öffne für die Stummen«, wie es in Sprüche 31, 8 heißt, »für das Recht aller Schwachen«. Für Gerechtigkeit, aber so, dass die Betroffenen selbst zu Wort kommen – und nicht verschämt sind oder versteckt und verdrängt werden. »People will never forget how you make them feel«, sagte Maya Angelou. Das heißt: Wo Mitleidenschaft und Parteilichkeit da sind, können Ungerechtigkeit und Ausgrenzung bekämpft werden. Wo Menschen zunächst einander zuhören lernen und dann einander gerecht werden.

Das jüngste prominente Beispiel für die Kraft der Mitleidenschaft war die mutige Predigt der anglikanischen Bischöfin Mariann Edgar Budde in Washington am 21. Januar 2025, in der sie den gerade vereidigten Präsidenten Donald Trump bat, Mitgefühl und Erbarmen zu zeigen gegenüber den Schwächeren der Gesellschaft, die »jetzt Angst haben«, Einwanderer, Flüchtlinge, LGBT-Community. Die aggressive Reaktion wundert nicht, liefert aber ein Beispiel dafür, dass und wie Demokratie und Solidarität gefährdet sind.

III Dritter Weg und Dritte Welt – Weg zu sozialer Gerechtigkeit?

Der neuzeitliche Blick auf soziale Gerechtigkeit ist nicht zu denken ohne Afrika, Asien und Lateinamerika, also die sogenannte Dritte Welt. Die Urheberschaft des Begriffs Dritte Welt wird dem französisch-algerischen Arzt Frantz Fanon zugeschrieben, der ihn in Anlehnung an den »Dritten Stand« in der Französischen Revolution gebraucht, in seiner aufrüttelnden Schrift von 1961, *Die Verdammten dieser Erde*.

Bereits 1952 sprach der Geograph Alfred Sauvy in einem Zeitungsbeitrag von der »verachteten und ausgebeuteten Dritten Welt«.¹⁰

In seinem Vorwort zu Frantz Fanon sagt Jean-Paul Sartre ungeschminkt und aktuell:

»Und was tut Europa? Und Nordamerika, dieses übereuropäische Monstrum? Dieses Geschwätz von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Liebe, Ehre, Vaterland [...]. Das hinderte

uns nicht daran, gleichzeitig rassistische Reden zu halten: dreckiger Neger, dreckiger Jude, dreckiger Araber [...]: nichts ist bei uns konsequenter als ein rassistischer Humanismus, weil der Europäer nur dadurch sich zum Menschen hat machen können, daß er Sklaven und Monster hervorbrachte.«¹¹

Das heißt: Die internationale Gerechtigkeitsfrage hängt untrennbar zusammen mit der Überwindung von Kolonialismus und Rassismus. Dies war auch das Ziel der Suche nach einem sogenannten »Dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Sozialismus auf der asiatisch-afrikanischen Konferenz der blockfreien Staaten in Bandung 1955. Bandung gilt als »Meilenstein in der Entstehung der modernen Welt«, ein Ereignis »planetarischen Maßstabs«, wie David van Reybrouck, der belgische Historiker der Dekolonialisierung es bewertete.¹² Die Blockfreien verstanden sich zunächst als »Opfer und Ohnmächtige der Weltwirtschaft« (Julius Nyerere). Aber sie endeten unterschiedlich erfolgreich in einer »mixed economy«, zu häufig semikolonial abhängig vom Westen, von Russland oder seit einiger Zeit von China.

Im Blick auf die Ausbeutung der Rohstoffe der Dritte-Welt-Länder zum Nutzen der Industrieländer sprach Johan Galtung von »strukturellem Imperialismus«,¹³ die Dependenztheorien sprechen ähnlich von der strukturellen Abhängigkeit zwischen Zentrum und Peripherie. Die unvollendete Aufarbeitung der Kolonialgeschichte samt Rohstoffhandel belegt Galtungs Ansatz. Und wer etwa die gegenwärtige Situation der zentralafrikanischen Region, vor allem des Kongo, beobachtet, muss erfahren, wie systematisch ein gerechtes Gemeinwesen verhindert wird.

John Rawls' *Theorie der Gerechtigkeit* von 1971,¹⁴ nach der Gerechtigkeit die erste Tugend von Institutionen und Staaten sei und sie einhergehen muss mit Rechtsgleichheit, Verteilungsgerechtigkeit und Freiheitsrechten der Bürger, ist ein hilfreicher Fingerzeig für all die Gesellschaften, die in Ausbeutung und Gewalt unterzugehen drohen. Aus meiner Sicht geht der indische Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger von 1998 Amartya Sen noch einen Schritt weiter, indem er die Gleichheit von Chancen zur Gerechtigkeitsfrage Nummer Eins erklärt.¹⁵ In ihr sind Gerechtigkeit und Demokratie untrennbar verbunden. Das wirft ein alarmierendes Licht auf die Tatsache, dass Mitgliedsländer der EU sich eher auf rechts-extremistische Regierungen einlassen, als dass sie sich auf die Vermögenssteuer oder eine höhere Besteuerung höchster Einkommen einigen.

IV Den Armen Gerechtigkeit – Parteilichkeit als Konstante der Ökumenischen Bewegung

Die Ökumenische Bewegung der letzten 80 Jahre in der Vielheit der Gedanken, Begegnungen, Studienprozesse, Kontexte und theologisch-kirchlichen Prägungen – sich ihr anzunähern erscheint nur angemessen auf dem Hintergrund zweier Weltkriege und angesichts der bitteren Erfahrungen von Kolonialismus und Totalitarismus. So hat die erste Vollversammlung 1948 in Amsterdam nicht nur gesagt, dass »Krieg nach dem Willen Gottes nicht sein« darf. Sie hat in ihrer Botschaft gleichermaßen ein deutliches Nein gesprochen, »Nein zu allem, was der Liebe Christi zuwider ist, zu jedem System, zu jedem Programm, zu jedem Menschen, die einen Menschenbruder behandeln, als wäre er nicht Gottes Geschöpf, sondern ein Stück Ware, das man ausnutzen kann«. Das bedeutete vor allem: »Nicht länger Nation, Volk, Rasse und Klasse als Referenzrahmen zu verstehen, sondern [...] sich für Frieden und Gerechtigkeit weltweit verantwortlich zu wissen«.¹⁶ Die aktuell weltweit anwachsenden autoritären Regimes sind eine unglaubliche Herausforderung für die Ökumene. Nicht nur leise Zweifel sind erlaubt, inwieweit der Beitrag der *Oikoumene* (Luk 2,1), die bewohnte Erde bewohnbar zu machen, politische Resonanz erfährt oder nachhaltig ist.

Es ist ein unbestreitbarer Höhepunkt der Ökumenischen Bewegung, nicht nur zu der Gründung von Hilfsorganisationen und Solidaritätsnetzwerken in Europa, Nordamerika und Australien beigetragen zu haben. Sie hat angesichts der UN-Entwicklungsdekaden seit 1961 die Kluft zwischen Arm und Reich und den Appell zu einer »Verantwortlichen Weltgesellschaft« zum zentralen Thema ökumenischer Sozialethik gemacht. Der erste Generalsekretär des ÖRK, Willem A. Visser't Hooft, erklärt es 1968 zur Glaubensfrage: »Kirchenglieder, die in der Praxis ihre Verantwortung für die Bedürftigen irgendwo in der Welt leugnen, sind ebenso der Häresie schuldig wie die, welche die eine oder andere Glaubenswahrheit verwerfen.«¹⁷

Wie aber bei der Fülle der Initiativen und Programme so auswählen, dass das ökumenische Ringen um weltweite Gerechtigkeit noch erkennbar ist? Und wie eine theologische Spur finden, die exemplarisch auch die Spannungen und Widersprüche abbildet? Mir gefällt die Beispielsgeschichte Jesu von den Arbeitern im Weinberg, Matthäus 20,1–16, weil sie konkret und ökumenisch bündelt: Gottes Güte gilt für alle gleicher-

maßen. Unser Gott ist allen gleich gnädig. Er lässt niemanden aus. Unsere Welt wird auf den Kopf gestellt. Gerecht ist nicht das, was ein Mensch auf Grund seiner Leistung verdient. Gerecht ist vielmehr das, was ein Mensch für sein tägliches Leben braucht. Das heißt: Durch eine »Ökonomie des Genug« wird die bewohnte Erde bewohnbar. Das Maß der Gerechtigkeit ist das, was Menschen einander schulden, einander zugestehen, die in einer Gemeinschaft oder Gesellschaft zusammenleben. Damit jede und jeder genug zum Leben hat.¹⁸ Die Leistungsfähigkeit der Menschen wird dadurch nicht entwertet. Aber sie entscheidet nicht über die Würde des Menschen. Erst Solidarität und sozialer Ausgleich schaffen Würde und Wärme. *Erst Solidarität macht unsere Gesellschaft gerecht.* Ungleichheit jedoch zerfrisst eine Gesellschaft von innen heraus: Arroganz der Macht und Vorurteile gegenüber den Schwächeren – beides verstärkt sich. In der Geschichte von den Arbeitern im Weinberg fragt am Schluss der Weinbergbesitzer: »Blickst Du so böse, weil ich so gütig bin?« Diese Frage spricht Bände in die gegenwärtige Welt von unverschämt Reichtum und verschämter Armut, verdrängter und versteckter Armut.

Aus der Debatte des ÖRK greife ich vier exemplarische Facetten und Prozesse heraus, die sich dieser Kluft zwischen unverschämt Reichtum und verschämter Armut gestellt haben:

1. Der Beitrag zu einer »Menschlichen Entwicklung« in einer verantwortlichen Weltgesellschaft ist zuerst zu nennen. Gerechte Beziehungen, in denen Menschen als Subjekte und nicht als Objekte wahrgenommen werden, sind eine wesentliche Grundlage für ökonomisches Wachstum. Die Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft in Genf 1966 und dann die Vollversammlung in Uppsala 1968 waren dafür entscheidend, ebenso die beiden Konferenzen für Entwicklungsfragen in Montreux 1970 und 1974. Sie haben das Entstehen der Entwicklungsabteilung des ÖRK begleitet. Der indische Ökonom Samuel L. Parmar hat die *Entwicklung mit menschlichem Gesicht* in einem Dreischritt zusammengefasst: Es gehe um »Eigenständigkeit der Betroffenen, soziale Gerechtigkeit als Ziel, qualitatives Wachstum als Weg«.¹⁹

Die vielbeachtete Denkschrift der EKD von 1973, *Der Entwicklungsdiensst der Kirche – ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit*, hat die ökumenische Entwicklungsdiskussion aufgenommen. Auch um den Schrei derer zu hören, die weltweit bis heute außen vor sind: die Tagelöhner, die landlosen Arbeiter, die entreichten Kleinbauern, die Kastenlosen, die Textilarbeiter in den Slums

der Großstädte. Logische Konsequenz war der befreiungstheologisch geprägte und von Julio de Santa Ana geleitete ÖRK-Studienprozess »Die Kirche und die Armen«, der Gottes vorrangige Option für die Armen erklärte und für eine mit den Armen solidarische Kirche plädierte.²⁰ Der Gegenwind aus Europa blieb nicht aus – die Armen würden idealisiert und das Kirchesein der anderen würde relativiert.

2. Die sechste ÖRK-Vollversammlung in Vancouver 1983 bezeichnete den Kampf für Gerechtigkeit als integrativen Bestandteil eines »Bundesschlusses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung«. Dies war die Geburtsstunde des konziliaren Prozesses, verstanden als Lernweg der christlichen Kirchen: Die Gemeinschaft der Mitgliedskirchen wird verstanden als eine Art Genmacht von unten zur finanzökonomischen Globalisierung. Die »zehn Affirmationen« der Weltversammlung von Seoul 1990 haben die Suche nach einer gerechten Wirtschaftsordnung verknüpft mit der Frage nach Umweltverträglichkeit. Die Vollversammlung in Harare 1998 hat durch die Ausrufung der Dekade zur Überwindung von Gewalt den konziliaren Prozess konkretisiert, ebenso wie der AGAPE-Prozess zur alternativen Globalisierung und zum »Wirtschaften für das Leben«.

Der Aufruf zum Pilgerweg der Öko-Gerechtigkeit und des Friedens auf der Vollversammlung in Busan 2013 hat das Ziel, Handlungen und Aktionen in einer spirituellen Basis zu gründen und in das Bußgebet vor allem angesichts der ökologischen Zerstörung einfließen zu lassen, damit Transformation möglich wird. Aus der Erkenntnis heraus, dass »Ausbeutung und individueller Gewinn« der guten Schöpfung Gottes im Weg sind – und es Selbstbegrenzung und grundlegende Veränderung braucht, hin »zu mehr Gerechtigkeit, mehr Frieden, mehr Achtsamkeit der Schöpfung, mehr Liebe für unser gemeinsames Haus, mehr Einheit in einer höchst polarisierten, ungerechten, aber auch interdependenten Welt«.²¹

Zum Konziliaren Prozess gehört die Streitkultur, die in Initiativgruppen besonders gepflegt wurde. Selbstkritisch wird gefragt: Wie stand und steht es um die politische Konkretion? Wie sehr ist vor Augen, dass Reichtum Armut produziert – und mit ihm Gewalt und Unfrieden? Diese Fragen gewinnen wieder und wieder an Aktualität, weil das rapide Anwachsen des Rechtsextremismus ohne Großspenden von Milliardären nicht zu denken ist. Weil die rechtsextremen Parteien vorgaukeln, für soziale Gerechtigkeit einzustehen,

aber sich jeder Reichen- oder Vermögenssteuer widersetzen.

3. In den ersten beiden Facetten habe ich den entwicklungsethischen Beitrag der Ökumenischen Bewegung hervorgehoben und anschließend den konziliaren Prozess, der die Mitgliedskirchen unmittelbar einbezieht, ansteckt und auch spirituell verändert hat. Im dritten exemplarischen Impuls möchte ich hinweisen auf die »Erklärung zu einem gerechten Finanzsystem« von 2009, die den weltweiten Missbrauch von Handel und Finanzen im internationalen Geschäftsverkehr anprangert. Der Wirtschaftswissenschaftler John M. Keynes warnte bereits vor fast 100 Jahren, dass »wenn die Finanzwelt dominiert, die Entwicklung eines Landes nur ein Nebenprodukt von Spielbankbetrieben sein wird«.²² Die Vorherrschaft der Kapitalinteressen – ohne Besteuerung globaler Devisentransaktionen (»Tobin-Steuer«) – geht auf Kosten menschlicher Grundbedürfnisse und verhindert den Aufbau demokratischer Strukturen.

Die Steuerausfälle in den armen Ländern übersteigen die Entwicklungshilfe um ein Vielfaches. Die Zinslast für aufgenommene Kredite wächst ins Unermessliche. Dies macht es nahezu unmöglich, Systeme der sozialen Existenzsicherung aufzubauen. Daher ist der Einsatz für Schuldenerlasse etwa in den Erlassjahr-Kampagnen ein Weg zu globaler Gerechtigkeit. Wichtige Entwicklungsziele der Vereinten Nationen von 2015, der »Sustainable Development Goals« (SDG), können nur erreicht werden, wenn durch die G7-Staaten eine Entschuldung, die diesen Namen verdient, umgesetzt wird, und zwar im Rahmen rechtsstaatlicher Umschuldungsverfahren. Es ist bemerkenswert, dass Papst Franziskus das Heilige Jahr 2025 verknüpft hat mit einer fünfjährigen Schuldenerlasskampagne »Turn Debt into Hope«. Er verbindet sie mit dem internationalen Appell, armen Ländern Schuldenerlass zu gewähren, um Schulden in Hoffnung zu verwandeln.

Auch hier gilt, was der Wuppertal-Call von 2019 über die ökologische Transformation sagt: Die Erde braucht »eine Zeit der Erholung«, um den »Kreislauf von Gewalt und Ausbeutung zu unterbrechen« (Lev 25,5). Dies gilt besonders im Blick auf Fragen der Klimagerechtigkeit. Dass diese Frage nicht getrennt werden kann von dem Ringen um wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit, versteht sich von selbst.²³ Dorothee Sölle sagte es vor genau 30 Jahren auf der Ökumenischen Sommeruniversität in Hofgeismar kämpferisch: Es sei an uns, »mit Christus zu kämpfen und zu

leiden [...], bis Gott sei alles in allem, auf unserem kleinen Planeten Erde«.²⁴

4. Es ist das Verdienst von Theologien in Asien, auf dem Hintergrund von Widerstandserfahrungen und Demokratieprozessen zu betonen, dass Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit nicht zum Nulltarif zu haben sind. Immer wieder haben sie auf beides hingewiesen, auf Leiden und Hoffnung, wie es der langjährige Studienprozess der asiatischen Kirchen sagte. Genau dies meint Compassion. Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass Theologie nicht nur über die Opfer von Unterdrückung reden, sondern sie selbst mit ihren Leiden und Hoffnungen sprechen lassen sollte.²⁵ Charles Avila aus den Philippinen nennt sie, die Opfer sind und Schmerz leiden, »die Lieblinge Gottes«. Er hat eine kleine Bauerntheologie geschrieben. In ihr sagt er: »Um die Könige und Gelehrten zu rufen, hat er [Gott] nur einen Stern geschickt. Aber um die Bauern und Hirten einzuladen, hat er ein ganzes Heer von Engeln ausgesandt.«²⁶

V Beispiele der Suche nach sozialer Gerechtigkeit – Ökumenische Impulse im deutschen Kontext

Es steht außer Frage, dass die Interdependenz zwischen den Gerechtigkeitsimpulsen der Ökumenischen Bewegung und der ökumenischen Arbeit der deutschen Landeskirchen von Anbeginn Früchte trug. Die Süd-Nord-Partnerschaften zwischen Gemeinden und Kirchen sind institutional verankerte Beispiele. Dazu kommen die zivilgesellschaftlichen Initiativen, ökumenischen Netzwerke und Solidaritätsgruppen zwischen Südafrika-Arbeit und Erlassjahrkampagnen. Die von »Brot für die Welt« herausgegebene programmatische Schrift *Den Armen Gerechtigkeit* aus dem Jahr 2000 hat als eine Art Leitlinie ökumenisches Denken und Handeln im deutschen Kontext geprägt.

Wie aber steht es um die Suche nach sozialer Gerechtigkeit im deutschen Kontext und um den sozialpolitischen Einsatz im demokratischen Gemeinwesen? Ich möchte vier Beispiele herausgreifen, die mir am Herzen liegen:

1. Das Sozialwort der Kirchen aus dem Jahr 1997, *Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit*, – es ist ein Kompendium für Sozialethik im Sozialstaat geworden. Gewerkschaften und Parteien haben es ebenso positiv aufgenommen und diskutiert wie Gemeinden und Aktionsgruppen. Leider bleibt die ökumenische Debatte um

soziale Gerechtigkeit ausgeklammert. Das Sozialwort wäre nicht denkbar gewesen ohne die Vorgeschichte in der katholischen Soziallehre und der in beiden großen Kirchen präsenten Industrie- und Sozialarbeit – mit den konkreten Praktika und Dialogen in Industrie und Dienstleistungsgewerbe. Vor allem das Mainzer Zentrum der Gossner Mission hat sich seit 1949 dieser industriebezogenen Seminararbeit mit Theologinnen und Theologen gewidmet. Pastor Horst Symanowski sagte es so: »Nicht wir haben Christus zu den Menschen zu bringen, sondern ihm dorthin zu folgen, wo er immer schon ist – bei den Menschen am Ort ihrer Arbeit, ihrer Leiden und Kämpfe«.²⁷ Dieser sogenannte »Blick von unten« gab wesentliche Impulse für die Gründung des kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt und für den Aufbau der »Urban Industrial Mission« im Ökumenischen Rat der Kirchen. Warum wurde diese Arbeit in vielen Landeskirchen und in der EKD an den Rand gedrängt – und dies zu einem Zeitpunkt, wo der wachsende Sozialabbau offenkundig war?

2. Besonders die Diakonischen Werke auf Landes- und Regionalebene bekommen die sozialen Schieflagen unseres Wirtschaftssystems zu spüren. Die Diakonie-Denkschrift von 1998, *Herz und Mund und Tat und Leben*, hat sich für einen Reformweg in der konkreten Sozialpolitik eingesetzt, von der Inklusion über die Existenzsicherung und die Pflege bis hin zur Flüchtlingspolitik. Ehrlich gesagt, die starke inhaltliche Trennung von Kirche und Diakonie in Deutschland habe ich je länger desto weniger verstanden. Will der »Salon nicht in die Küche«, um den charmanten Vergleich einer Kollegin zwischen Kirche und Diakonie zu wagen? Die Reformdiskussion über Nachbarschafts- und Kooperationsräume in den Landeskirchen sehe ich als Chance, das Zusammenspiel von Gemeinden und diakonischen Einrichtungen neu zu beleben.

3. Zeitgleich zur ökumenischen Diskussion über »Verantwortliche Weltgesellschaft« (Genf 1966) entstand 1966 der »Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte«, kurz: der UN-Sozialpakt. Artikel 11 hebt das Recht eines jeden hervor auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie. Dies unabhängig davon, ob die oder der Betreffende für die Gesellschaft von Nutzen ist.²⁸ In diesem Sinne trug der theologisch verwurzelte und ökumenisch erfahrene Sozialrechtler und Bundesrichter Helmut Simon zu internationalen Sozialrechtsstandards bei und sagte: »Wer wenig im Leben hat, muss viel im Recht haben.« Und im

Sinne der Schweizer Verfassung: »Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen.« Simon verstand die Gestalt der Rechtsordnung als einen zukunftsgerichteten, geradezu eschatologischen Prozess, »der in zähen und tapferen Schritten ein Mehr an relativer irdischer Gerechtigkeit und ein besseres menschliches Recht anstrebt«.²⁹ Wer am Sozialrecht rüttelt, stellt den demokratischen Zusammenhalt in Frage. Darauf hat Helmut Simon gemeinsam mit Gustav Heinemann immer wieder hingewiesen. Demokratie und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen. Das Rütteln an auch nur einer der beiden Säulen gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt bei uns, in Europa und anderswo.

Schließlich 4. Als hoffnungsvoll empfinde ich, dass das Frankfurter Institut für Sozialforschung (IfS), das Zuhause der »Kritischen Theorie« der sogenannten Frankfurter Schule, sich neuerdings auf die Leitidee der Globalen Solidarität einlässt. Globale Solidarität meint, Leben und Würde der Menschen und die Integrität der Natur als deren Lebensraum zu bewahren.³⁰ Neben der »Krisentheorie«, dass der globalisierte Kapitalismus eine Krise nach der anderen produziert – von den unterschiedlichen Finanzkrisen bis zu den Krisen durch Kriege –, komme es darauf an, eine »Praxistheorie des Möglichen« zu entwickeln, und Transformation zu wagen mit Handlungsoptionen für eine hoffnungsvolle Zukunft. Stephan Lessenich und das IfS haben dabei zivilgesellschaftliche Kräfte im Blick, die Ressourcen und Gestaltungswillen einbringen, um in einer offenen und demokratischen Gesellschaft global solidarisch zu bleiben – inmitten der Klimakatastrophe und der Bedrohung durch den Rechtsextremismus.

VI Für eine Zivilgesellschaft mit Mut und Vielfalt

Wir stellen uns den ökumenischen Impulsen in schwieriger Zeit. Und wir wollen nicht verschweigen, dass die Streitkultur von Initiativgruppen bei allem Guten nicht immer dialogisch war, bisweilen selbstgenügsam oder kleinteilig in Blasen und Milieus. Die »Zeichen der Zeit« erfordern Selbstkritik, Solidarität und Realitätsnähe. Und die Realität ist leider, dass die Aussicht auf eine »verantwortliche Weltgesellschaft« sich mehr denn je verflüchtigt.

Der Wolf, ja der Wolf ist wieder da,

»ein Wolf im Schafspelz oder gar ein Wolf im Wolfspelz, und dieser Wolf wird sagen: Kaninchen, ihr braucht einen starken Anführer, und

ich bin genau der Richtige für den Job. [...] Aber zunächst müssen wir die Zivilgesellschaft abschaffen – sie ist zu weich und zu degeneriert. [...] Jedenfalls sagt der Wolf: Macht, was ich sage, und alles wird gut. Widersetzt ihr euch, werde ich knurren und die Zähne fletschen und euch Stück für Stück zermalmen«.³¹

Der Wolf sieht in den Kaninchen oder Schafen nur seinen Besitz. Jetzt wieder. Sie sind ihm Herrschafts- und Verfügungsobjekte. Das hatten wir schon. Darüber sprachen wir am Anfang. Am 15. April 1934 sagte Karl Barth in der Pariser Christuskirche: »[...] dass wir nicht nur einen Hirten, sondern einen Feind haben. Wer denkt an diese letzte Gefahr? Wir haben ja auch alle so viel anderes zu denken«.

Karl Barth hielt die Predigt einen guten Monat vor der »Barmer Theologischen Erklärung« vom 31. Mai 1934. In ihr heißt es in den Thesen 2 und 3:

»Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eignen wären. [...] Wir verwerfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugungen überlassen.«

Nicht von ungefähr sagt Jesus kommende Verfolgungen voraus: »Siehe, ich sende euch wie Schafe mitten unter die Wölfe. Darum seid klug wie die Schlangen und ohne Falsch wie die Tauben« (Mt 10,16).

Und um im Bild zu bleiben: Schafe oder Kaninchen oder wie immer sie genannt werden, sie dürfen einander Hirte sein. Sie erhalten Vollmacht, einander zu behüten. Genau dies traut Jesus seiner Gemeinde zu (Joh 10,11.27-28). So tickt auch Ökumene: Als weltweite Gemeinschaft füreinander einstehen! Einander behüten! Immer mehr werden, was wir noch nicht sind, aber um Gottes willen werden wollen: »verantwortliche Weltgesellschaft«. *Oikoumene* – die bewohnte Erde, dass sie bewohnbar werde für alle Welt.

So geht auch Kirche im konziliaren Prozess: mit dem Maß des Menschlichen beharrlich die Spur halten auf dem gemeinsamen Pilgerweg! So entsteht Hoffnung in schwierigen Zeiten. Mit uns und mit anderen und durch uns und durch andere. Jede und jeder ist gefragt. Keine und keiner ist

zu klein und zu schwach. Für Gerechtigkeit und Gewaltfreiheit, für den Schutz der Lebensgrundlagen. Für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, die die Armen und Elenden im Blick behält. Mit einer Zivilgesellschaft, die Wagnis und Mut nicht verliert und die zur Vielfalt einlädt. Die widersteht, wo Menschenwürde und Gerechtigkeit auf dem Spiel stehen. Trotz allem, die Frucht der Gerechtigkeit wird Frieden sein.

Die gegenwärtige Anfrage der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag zur Finanzierung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen schlägt hohe Wellen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beklagen den »konfrontativen Unterton«. In einem Offenen Brief sagen betroffene Organisationen: »Eine kritische und engagierte Bürgerschaft ist kein Störfaktor, sondern stärkt unser Land und ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie.«

Anmerkungen:

¹ Nicht gesondert ausgewiesene Zitate können unmittelbar im Netz abgerufen werden. Die Hinweise auf Verlautbarungen des Ökumenischen Rates der Kirchen sind ebenfalls direkt abrufbar über »World Council of Churches«.

² Jean-Paul Sartre, Vorwort, Frantz Fanon, *Die Verdammten dieser Erde* (1961; deutsch 1966), Frankfurt a. M. 1981, 13.

³ Beate Hofmann/Rüdiger Schuch, *Wo die Liebe ist, da ist Gott! Ein Zwischenruf zur Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung (KMU 6)*, in: *Zeitzeichen*, Februar 2025.

⁴ Maya Angelou, Quelle unbekannt.

⁵ Johann Baptist Metz, Lothar Kuld, Adolf Weisbrod, *Compassion. Weltprogramm des Christentums*, Freiburg i. Br. 2000, 12.

⁶ Dietrich Bonhoeffer, *Brief an Eberhard Bethge vom 16. u. 18. Juli 1944*, in: ders., *Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft*, hg. v. Christian Gremmels u. a., Gütersloh 1998 (DBW 8), 526–538, hier 534f.

⁷ Bonhoeffer, *Brief an Eberhard Bethge vom 5. Mai 1944*, a.a.O., 413–416, hier 415.

⁸ Martin Niemöller, *Reden 1945–1954*, Darmstadt 1958, 14.

⁹ Niemöller, ebd., 15.

¹⁰ Alfred Sauvy, in: *L'Observateur*, 14.08.1952.

¹¹ Sartre, Vorwort, in: Fanon, *Die Verdammten dieser Erde* (s. Anm. 2), 23.

¹² David van Reybrouck, *Revolusi. Indonesien und die Entstehung der modernen Welt*, Berlin 2022, 18.

¹³ Johan Galtung, *Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung*, Reinbek bei Hamburg 1975.

¹⁴ John Rawls, *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt a. M. 1975.

¹⁵ Amartya Sen, *Die Idee der Gerechtigkeit*, München 2010.

¹⁶ Karl-Heinz Dejung, *Ökumene Leben. Predigten und Aufsätze*, Leipzig 2016, 238.

¹⁷ Willem A. Visser't Hooft, in: Norman Goodall u. Walter Müller-Römhild, *Bericht aus Uppsala 1968. Offizieller Bericht über die 4. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, Uppsala, 4.–20. Juli 1968*, Genf 1968, 337.

¹⁸ Vgl. Wolfgang Gern, *Berührt vom Schmerz der anderen. Diakonische Impulse*, Leipzig 2016, 174ff.

¹⁹ Samuel L. Parmar, *Entwicklung mit menschlichem Gesicht. Gesammelte Vorträge und Aufsätze*, Frankfurt a. M. 1979.

²⁰ Julio de Santa Ana, *Gute Nachricht für die Armen. Die Herausforderung der Armen in der Geschichte der Kirche*, Wuppertal 1979.

²¹ Olav Fykse Tveit, *Pilgerreise des Friedens und der Gerechtigkeit – mit der Erde*, Hofgeismar, 14. Juni 2017.

²² John Maynard Keynes, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* (1936), Berlin 2006, 135.

²³ Wuppertal Call 2019: *Kairos for creation – Confessing Hope for the Earth*, URL: <https://www.oikoumene.org/en/resources/kairos-for-creation-confessing-hope-for-the-earth-the-wuppertal-call>. Dazu vgl. »Not misreading the signs of the times!«, Open Letter, Kairos Europa, Heidelberg, 20.04.2020.

²⁴ Dorothee Sölle, *Das Kreuz als Lebensbaum*, Dokumentation der 3. Ökumenischen Sommeruniversität, Hofgeismar 1995, 32.

²⁵ Ein gutes Beispiel dafür in Deutschland ist der »Schattenbericht« Armut in Deutschland, Nationale Armutskonferenz (nak) Berlin, 15.01.2025.

²⁶ Charles Avila, *Fische, Vögel und die Gerechtigkeit Gottes. Philippinische Bauerntheologie*, Erlangen 1981, 15.

²⁷ Horst Symanowski, zit. nach: Christa Springer, *Zu den Menschen gehen – Kirche am Ort der Arbeit, der Leiden, der Kämpfe*. Horst Symanowski zum 85. Geburtstag, in: kda – Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt, H. 3, 1996, 28.

²⁸ Vgl. Viviane Forrester, *Der Terror der Ökonomie*, Wien 1997.

²⁹ Helmut Simon, *Leben zwischen den Zeiten*, Manuscript Karlsruhe 2011, 137. Vgl. auch: ders., *Wer wenig im Leben hat, muss viel im Recht haben*, in: *Ökumenische Rundschau* 16 (1967), 338–357.

³⁰ Vgl. Eberhard Pausch, *Global solidarisch. Perspektiven der Frankfurter Schule*, Manuscript Frankfurt a. M. 2025, 4.

³¹ Margaret Atwood, *Ansprache aus Anlass der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels*, Frankfurt a. M., 15.10.2017. D

Kanonen statt Butter. Von der militärischen zur sozialstaatlichen Wende?¹

Prof. Dr. Franz Segbers

»Die Zeiten des Paradieses sind vorbei«, so bereitet Friedrich Merz die Gesellschaft in der Debatte um die milliardenschwere Aufstockung des Militäretats auf harte Kürzungen besonders im Sozialsektor vor. Es war immer schon eine neoliberalen Grundüberzeugung, dass die Menschen über ihre Verhältnisse leben und deshalb den Gürtel enger schnallen müssten. Die neueste Version dieser Doktrin lautet, dass die Sozialausgaben gekürzt werden sollten, um sich auf den Rüstungswettlauf gegen Putin als der einzigen Priorität zu konzentrieren, die zählt. Dass der militärischen Zeitenwende, die Olaf Scholz mit einem Sondervermögen in der Höhe von 100 Milliarden Euro unterlegt hatte, eine fundamentale fiskalpolitische Zeitenwende folgen würde, hatte niemand auch nur geahnt. Denn trotz der Krisen und gigantischen Herausforderungen schien ein Abrücken vom Dogma der Schuldenbremse undenkbar. Union und SPD haben am 18. März 2025 noch vor ihrem Regierungsantritt die Schuldenbremse ausgesetzt, wenn auch nur für die Militärausgaben. Alle Verteidigungsausgaben oberhalb von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts werden von den Beschränkungen der Schuldenbremse ausgenommen. Militärausgaben oberhalb von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts fallen nicht mehr unter die Schuldenbremse. Es gibt also keine politisch definierte Grenze für die Aufrüstung mehr. Sie können ohne Beschränkung über zusätzliche Kredite finanziert werden. Zusätzlich wurde ein Sondervermögen für Infrastruktur und den Klimaschutz in der Höhe von 500 Milliarden vereinbart. Diese gigantische Verschuldung von fast einer Billion Euro ist eine fiskalpolitische Wende, die einem Paradigmenwechsel in der deutschen Nachkriegsgeschichte gleichkommt.

Neben dieser Verschuldung wurde noch ein zweites Finanzpaket in der Höhe von 800 Milliarden Euro von der Kommissionspräsidentin der EU, Ursula von der Leyen, aufgelegt. Es ist ein gigantischer Betrag, der etwa 1.600 Euro pro Bürger Europas bedeutet – unabhängig von Alter und Einkommen. Der Überbietungswettbewerb um Militärausgaben scheint keine Grenzen mehr zu kennen. Schon der Titel »ReArm Europe« (»Europa wiederbewaffnen«) gibt sich nicht mehr auch nur den Anschein, eine Aufrüstung verschleiern zu wollen. Eine Logik der Kriegsfähigkeit be-

herrscht völlig die Debatte. Dabei käme es darauf an, friedensstüchtig zu werden. Was aber wäre dafür notwendig?

1. Militärische Zeitenwende: Wer zahlt?

Ein Elefant steht im Raum, den niemand sehen will: Wer zahlt die militärische Aufrüstung? Wer bleibt ungeschoren? Was wird gekürzt? Einsparungen sind indessen ein Falschwort. Es geht um Kürzungen. Ökonomen sprechen kühl von einem Finanzierungsproblem zwischen »Kanonen« oder »Butter«. Im Ersten Weltkrieg wurde selbstbewusst behauptet: Wir werden siegen, denn wir haben »Eisen und Brot«. Als Goebbels und Göring die Aufrüstung betrieben, gaben sie 1936 freimüttig das Motto aus: »Kanonen statt Butter«. Der wohl berühmteste Text zur Finanzierung von Rüstungsausgaben stammt von dem bedeutenden britischen Ökonomen John Maynard Keynes. Als sich die britische Regierung auf einen möglichen Angriff der Deutschen Wehrmacht vorbereitete, stellte er im Jahr 1940 die Frage: »How to Pay for the War?«. Damit die Finanzierung gerecht und fair erfolgen könne, gab Keynes den Rat, die Steuern für Vermögende kräftig zu erhöhen.

Schon bald nachdem Bundeskanzler Olaf Scholz eine Zeitenwende mit einem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro ausgerufen hatte, stellte der Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, Clemens Fuest, die ökonomische Entscheidungsfrage: »Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland. Das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter.« Der damalige Bundesfinanzminister Christian Lindner bekräftigte diese Entscheidungsfrage und forderte, die Höhe von Renten und Sozialleistungen für zunächst drei Jahre einzufrieren. Auch der Chef des renommierten Instituts für Weltwirtschaft in Kiel (IfW) Moritz Schularick, machte in einem Kommentar mit dem bezeichnenden Titel »Aufrüsten für den Wohlstand« klar: »Zwar führt mittelfristig kein Weg an harten Budgetentscheidungen zwischen ›Kanonen und Butter‹ vorbei. Kurzfristig aber sind rabiaten Kürzungen dort sozialer Sprengstoff.«²

Die Forderung nach massiver Aufrüstung ist für die Neoliberalen eine gute Gelegenheit für einen Angriff auf den Sozialstaat, der für sie immer

schon nur eine Kostenbelastung der Wirtschaft darstellt. Begründet wird die milliardenschwere Aufrüstung mit dem Verweis auf die militärische Übermacht Russlands. Es ist ein Mythos, dass die Bundeswehr schlecht ausgerüstet sei, weil sie zu wenig Geld bekomme. Tatsache ist vielmehr, dass der Militärhaushalt von 37 Milliarden im Jahr 2012 auf über 90 Milliarden im Jahr 2024 gestiegen ist. Nach einer Studie von Greenpeace mit Daten des Forschungsinstituts SIPRI in Stockholm geben die NATO-Staaten schon jetzt preisbereinigt rund zehnmal so viel Geld für das Militär aus wie Russland.³ Die NATO-Staaten haben ein Übergewicht von 420 Milliarden US-Dollar gegenüber 300 Milliarden US-Dollar von Russland. Da die Aufrüstungsprogramme der NATO-Staaten für die Rüstung ein Vielfaches derer von Russland betragen, kann nicht von Verhältnismäßigkeit gesprochen werden. Die Frage ist zu stellen: Wer könnte sich angesichts dieser Überrüstung von einer potenziellen Bedrohung wirklich bedroht fühlen?

Diese Zahlenverhältnisse sind auch unter einer friedensethischen Perspektive hochbedeutsam, wenn das Konzept einer kooperativen Sicherheit verfolgt werden soll. Unbestreitbar ist es ethisch legitim, in der Lage zu sein, sich gegen einen potentiellen Angriff verteidigen zu können. Doch die eigene Rüstung sollte immer unter den Rüstungskapazitäten potentieller Feinde bleiben, damit sich niemand bedroht fühlen kann. Nur dann kann eine Spirale wechselseitiger Hochrüstung verhindert werden.

Der NATO-Gipfel in Vilnius hatte 2023 aus dem Richtwert für Militärausgaben in Höhe von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) eine verpflichtende Untergrenze gemacht. 2024 hatte die Bundesrepublik erstmals das NATO-Ziel erfüllt. Das Zwei-Prozent-Ziel des BIP klingt zunächst harmlos. Doch jeder Prozentpunkt bedeutet für den Haushalt 43 Milliarden Euro mehr oder weniger. Der offizielle Verteidigungshaushalt macht im Jahr 2024 knapp 20 Prozent des Haushalts aus und übersteigt die Gesamtsumme der Bundeshaushalte für Bildung (20,3 Mrd.), Gesundheit (16,8 Mrd.), Entwicklung (11,5 Mrd.), Klima (10,9 Mrd.), Wohnen (6,9 Mrd.), Auswärtiges (6,1 Mrd.) und Umwelt (2,4 Mrd.) um etwa 10 Mrd. Euro.

Die NATO beabsichtigt, auf ihrem Gipfeltreffen im Juni 2025 eine weitere Erhöhung des bisherigen Mindestausgabenziels von zwei Prozent des BIP auf 3 bis 3,5 Prozent zu beschließen. 3,5 Prozent des BIP wären 150 Milliarden Euro –

rund 32 Prozent des gesamten Haushalts. Für den Militärhaushalt hatte die Ampelregierung in ihrer Finanzplanung bis 2028 jährlich rund 63 Milliarden Euro eingeplant. Bei einem BIP von 4,4 Billionen Euro im Jahr 2024 müsste die Regierung statt der geplanten 63 Milliarden nur noch 44 Milliarden aus dem regulären Haushalt stemmen, der Rest käme über Schulden hinzu.

Der Verteidigungsetat erfüllt das Zwei-Prozent-Ziel der NATO nur, weil das bisherige Sondervermögen eingerechnet wird. Allein für das Zwei-Prozent-Ziel sind nach den Worten von Verteidigungsminister Boris Pistorius ab 2028 insgesamt 85 bis 90 Milliarden Euro im Jahr nötig, für Verteidigungsausgaben in Höhe von drei Prozent sind es also 120 Milliarden Euro. Für das Jahr 2025 sieht der Entwurf für den Bundeshaushalt bislang 95,2 Milliarden Euro vor. Aber um das NATO-Ziel von drei Prozent erreichen zu können, entstünde eine Finanzierungslücke von 40 Milliarden Euro.

Weil die Ampelregierung an der Schuldenbremse festgehalten hatte, wurden bereits im Haushalt 2024 soziale Rechte und Leistungen in der Höhe von 16 Milliarden Euro gekürzt. In der Folge wurde bei nahezu allen Ressorts kräftig der Rotstift angesetzt: Bundesfreiwilligendienste minus 26 Prozent, Wohngeld minus 16 Prozent, Freie Jugendhilfe minus 19 Prozent, psychosoziale Zentren minus 60 Prozent, Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer minus 30 Prozent, Asylverfahrensberatung sowie besondere Rechtsberatung für Geflüchtete minus 50 Prozent. Der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung soll auf 10,3 Milliarden Euro absinken. Allein die humanitäre Hilfe im Etat des Auswärtigen Amtes wird um rund 500 Millionen Euro auf 2,23 Milliarden Euro gekürzt. Von den Kürzungen waren alle Etats betroffen – mit Ausnahme des Militärhaushalts, der erneut Zuwächse verzeichnen konnte. Für das Zwei-Prozent-Ziel mussten die Kindergrundsicherung, der Pflegezuschuss und die Sicherung vieler sozialen Dienste geopfert werden. Die Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes Eva Maria Welskop-Deffaa sprach von einer »Zeitenwende« und kritisierte: »Nicht, dass gespart wird, sondern wie gespart werden soll, ist schockierend.«

Doch nachdem das Bundesverfassungsgericht der Regierung in seinem Urteil im November 2023 die Rechtswidrigkeit des Nachtragshaushalts von 2021 attestiert hatte, musste noch einmal drastisch gekürzt werden. Am Ende gab es eine weitere

Deckungslücke im Haushalt von 17 Milliarden Euro: Der einstimmig verabschiedete Kabinettsentwurf zum Haushaltspunkt 2025 sieht vor, im Sozialsektor um weitere 25 Prozent zu kürzen.

2. Verschärfe Verteilungsdebatte

Der Chefredakteur des Militärjournals *Europäische Sicherheit & Technik* Ole Henckel sah bereits beim Zwei-Prozent-Ziel harte Folgen und stellte vor die Wahl: »entweder die Kürzung sozialer Leistungen oder das Scheitern der Zeitenwende für die Bundeswehr«. Einsparpotenzial gebe es nur im Sozialhaushalt. Die »Debatte wird sich also um die Streichung von Sozial-Ausgaben für Militär und Rüstung drehen. [...] Dann wird sich zeigen, wie nachhaltig die viel zitierte Zeitenwende ist.«⁴

Drastische Sozialkürzungen zeichnen sich bereits jetzt ab. So wurde die Kindergrundsicherung um 85 Prozent zu einer Ruine gekürzt und wird wohl nicht mehr kommen. Moritz Schularick greift die Rente direkt an. In einem »Spiegel«-Interview forderte er, dass die Rentner ihren Beitrag für höhere Verteidigungsausgaben zahlen sollten:

»Länger arbeiten, Kapitaldeckung hochfahren und den Lebensstandard der Ruheständler durch einen Inflationsausgleich einfrieren. Man wird auch an den Rentenzuschuss des Bundes von über 100 Milliarden herangehen müssen. Es war die ältere Generation, die es versäumt hat, in den vergangenen Jahrzehnten ausreichend in unsere Sicherheit zu investieren. Stattdessen hat sie die Friedensdividende konsumiert.«⁵

Der aktuelle Sachverständigenbericht der Wirtschaftsweisen 2024/2025 fordert eine Überprüfung der Sozialausgaben. Dort heißt es: »Nur wenn der Anstieg der Sozialausgaben gedämpft wird, kann erreicht werden, dass Mindestquoten (etwa für Bildungs- oder Verteidigungsausgaben) auch langfristig eingehalten werden können.«⁶ Dazu zählt: In der Gesetzlichen Rentenversicherung soll das Renteneinstiegsalter an die Entwicklung der ferneren Lebenserwartung gekoppelt, der Anstieg der Bestandsrenten gedämpft und die private Altersvorsorge gestärkt werden. (Ziff. 208)

Während Ökonomen fordern, im Sozialsektor zu kürzen, zitiert Verteidigungsminister Pistorius in einer Studie der Körber-Stiftung eine Befragung, nach der die Bevölkerung keineswegs bereit sei, Einschnitte in ihren Lebensstandard für höhere Verteidigungsausgaben zu akzeptieren. Gefragt,

ob sie Kürzung von Sozial-, Umwelt-, Kultur- und Entwicklungsbudgets zur Erhöhung von Verteidigungsausgaben in Deutschland befürworten würden, antworteten 56 Prozent mit nein.⁷

Der Kurs der Rheinmetallaktie hat sich derweil von 45 Euro auf derzeit 1.800 Euro mehr als verzehnfacht und schießt in die Höhe. Und um der steigenden Nachfrage nachkommen zu können, plant der Rüstungskonzern, seine Produktion in Berlin und Neuss von Autoteilen auf Munition umzustellen. In Görlitz hat der Rüstungskonzern KNDS ein Eisenbahnwerk übernommen. Die Arbeitsplätze für 350 bis 400 der rund 700 Beschäftigten bleiben erhalten. Statt einer dringenden sozial-ökologischen Transformation wird ein militärisch-industrieller Komplex aufgebaut, der Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand verheißt. Militärische Aufrüstung soll zu einem ökonomischen Mittel für Wohlstand und Wirtschaftswachstum werden. Heißt es statt »Schwerter zu Pflugscharen« nun »Pflugscharen zu Schwertern«?

Der Lebensstandard von vielen hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Nach dem *Sechsten Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung* von 2021 besitzt die reichere Hälfte der deutschen Bevölkerung 99,5 Prozent aller Vermögen, während die ärmere Hälfte lediglich einen Anteil von 0,5 Prozent am Gesamtvermögen hat.⁸ Anders gesagt: Die zwei reichsten Familien haben ein größeres Vermögen als die 42 Millionen Menschen der ärmeren Hälfte der deutschen Bevölkerung. Diese Ungleichheit ist kein Naturereignis, sondern wurde politisch insbesondere durch die Steuerpolitik gemacht und gefördert. Seit der neoliberalen Wende wurden erhebliche Steuersenkungen durchgesetzt und Steuerprivilegien für die Vermögenden geschaffen. Bei den wichtigen Steuern auf Erbschaften, Vermögen, Kapitalerträge, Unternehmensgewinne und hohe Einkommen wurden die Steuersätze gesenkt und sogar teils verfassungswidrige Ausnahmen eingeräumt. Allein die Steuerprivilegien für Vermögende kosten nach Berechnungen der *Finanzwende* die Gesellschaft 80 Milliarden Euro jährlich.⁹

Zur staatlichen Haushaltfinanzierung stehen grundsätzlich drei Wege zur Verfügung: Steuern, Schulden oder Kürzungen. Die Politik hat sich für den Schuldenweg entschieden, nämlich ein Sondervermögen für Infrastruktur von 500 Milliarden zu schaffen, die Militärausgaben oberhalb von einem Prozent des BIP von der Schuldenbremse auszunehmen und damit eine grenzenlose Aufrüstung zu ermöglichen.

Sondervermögen ist eigentlich ein Falschwort, denn es geht um Schulden. Behauptet wird, dass zukünftige Generationen, die Kinder und Enkeln mit diesen Schulden belastet würden. Das ist jedoch ökonomisch unzutreffend und ein ökonomischer Mythos. Denn die Verschuldung findet nicht auf Kosten zukünftiger Generationen statt. Staatsschulden führen nämlich nicht zur Umverteilung zwischen den Generationen, sondern vor allem zur Umverteilung *innerhalb* einer Generation, und zwar zwischen der jetzt reichen, vermögenden Klasse und der Gesamtbevölkerung. Staatsverschuldung bedeutet, dass die Vermögenen, denen der Staat zuvor die Steuern gesenkt hat, dem Staat Geld leihen, indem sie Staatsanleihen kaufen und dafür Zinsen kassieren. Für sie ist das verliehene Kapital sich risikofrei vermehrendes Finanzkapital. Die Zinsen und der Darlehensbetrag kommen aus dem Steueraufkommen, das von der breiten Masse der Steuerzahler stammt. Von Steuerzahlern bis zu einem Jahreseinkommen von 70.000 Euro stammen zwei Drittel des gesamten Steueraufkommens, während die überreichen Haushalte mit Einkommen über 200.000 Euro nur zu 5,7 Prozent des gesamten Steueraufkommens beitragen.¹⁰ Schulden und Vermögen sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Beobachter gehen davon aus, dass sich der Schuldendienst des Bundes auf über 50 Milliarden Euro erhöhen könnte, mithin fast zehn Prozent des Bundeshaushalts. Oder anders gesagt: Allein der Schuldendienst entspricht dem Haushalt der Ministerien für Verkehr, Gesundheit, Familie und Bildung. Verschuldung ist somit eine gigantische Umverteilung zu Gunsten der Vermögensklasse und zu Lasten der Gesamtgesellschaft.

Als Deutschland im Jahr 1957 die jetzige Form der umlagefinanzierten Rente verankerte, hatte Deutschland Rüstungsausgaben in der Höhe von 4,1 Prozent des Bruttosozialprodukts. Es war möglich, einen hohen Rüstungsetat mit einem Aufbau einer umlagefinanzierten Rente zu vereinbaren. Auch nach 1970 gab es unter dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt einen Ausbau des Sozialstaats. Der hohe Rüstungsetat und der Ausbau des Sozialstaates wurden bis zur neoliberalen Wende durch eine Vermögenssteuer und einen für heutige Verhältnisse ausgesprochen hohen Spaltensteuersatz von 56 Prozent in den Jahren von 1964 bis 1988 finanziert. All dies wird derzeit zum Tabu erklärt. Das hat Folgen: Der ausgerufenen militärischen Zeitenwende folgt dann zwangsläufig aber auch eine sozialpolitische Zeitenwende, bei der die sozialen Rechte der Menschen, aber auch die Klimagerechtigkeit auf der Strecke bleiben.

Es gibt kein ökonomisches Dilemma »Kanonen oder Butter«. Ökonomisch gesehen können mehrere Ziele gleichzeitig verfolgt werden, wenn sie politisch gewollt sind. Ein Sachzwang »Kanonen oder Butter« besteht jedoch dann, wenn die Verteilungsverhältnisse nicht angetastet werden. Nötig wäre es, die Einnahmeseite zu verbessern und dem Rat von John M. Keynes zu folgen, große Vermögen hoch zu besteuern. Es ist überfällig, den Spaltensteuersatz für Einkommen zu erhöhen, die Vermögenssteuer wieder einzuführen, Erbschaften fair zu besteuern oder eine Vermögensabgabe zu erheben. Würden alle Überreichen mit mehr als 4,6 Millionen Euro Vermögen mit zwei Prozent Vermögenssteuer und Multimilliardäre mit 5 Prozent veranlagt, hätte laut einer Oxfam-Studie von 2024 die Staatskasse über 85 Milliarden Euro Mehreinnahmen. Eine solche Besteuerung würde nur wenig mehr als 200.000 Menschen betreffen; das sind gerade einmal 0,24 Prozent der Bevölkerung.¹¹ Das würde den Bundeshaushalt um knapp 20 Prozent erhöhen und wäre genug, um den sozial-ökologischen Umbau anzuschieben und grundlegende Verbesserungen in Bildung, Gesundheit und Entwicklungszusammenarbeit umzusetzen.

Das ist aber genau der Elefant im Raum, den die Politik geflissentlich übersieht. Da der Staat keinen Konflikt mit den Vermögenden wagt, um die Einnahmeseite des Bundeshaushalts zu verbessern, ist es leichter, Druck auf Bürgergeldbezieher, Migranten und all jenen auszuüben, die ihre verbrieften sozialen Rechte im Sozialstaat in Anspruch nehmen wollen.

3. *Umbau zum national-autoritären Sozialstaat*

Die CDU sieht in Kürzungen beim Bürgergeld ein Einsparpotenzial im zweistelligen Milliardenbereich. Dabei behauptet sie völlig faktenfrei, dass etwa 100.000 Bürgergeldbezieher nicht arbeitswillig seien und ihnen deshalb die Leistungen entzogen werden sollten. Von den über 5,5 Millionen Menschen, die Bürgergeld erhalten, stehen knapp 4 Millionen dem Arbeitsmarkt gar nicht zur Verfügung: wegen ihres Alters (unter 15 Jahren), ihrer Gesundheit, der Pflege von Angehörigen oder weil sie bereits in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind. Fast 800.000 Menschen verdienen außerdem so wenig, dass sie ergänzend Bürgergeld benötigen, um ihr Existenzminimum halbwegs zu sichern. Es gibt nur etwa 1.400 Totalverweigerer. Das sind 0,4 Prozent aller Bürgergeldbezieher und eine so kleine Gruppe, dass die Bundesanstalt für Arbeit für sie keine eigene Rubrik in der Statistik aufweist.

Wenn die CDU mit einer neuen Grundsicherung einen zweistelligen Milliardenbetrag »kürzen« will, müsste die Zahl der Empfänger rechnerisch um etwa 25 Prozent sinken, etwa 1,4 Millionen Personen. – Die erwartete Einsparsumme entspricht übrigens den geplanten Steuersenkungen für die Unternehmen. Die Armen finanzieren also die Steuersenkung für die Unternehmen.

Die Leistungen für Asylbewerberinnen und -bewerber sinken ab Januar 2025. Anders als bei den Bürgergeld-Regelsätzen gibt es für die Asylbewerberleistungen keinen Bestandsschutz. Insgesamt liegen die Leistungen für Asylbewerber und -bewerberinnen um etwa 22 Prozent niedriger. Solche Sozialleistungen garantieren kein verfassungsrechtlich gebotenes Existenzminimum; sie sind Verarmung per Gesetz.

Meine These lautet: Der Druck auf Bürgergeldbezieher bis zur Totalsanktionierung und die Absenkung der Leistungen für Migranten sind ein symbolischer Test dafür, ob sich drastische Sozialkürzungen durchsetzen lassen. Indem Ressentiments gegen finanziell Arme und Schwache geschürt werden, soll ausgetestet werden, ob die Gesellschaft bereit sein wird, weitere Kürzungen im Sozialsektor ohne Widerspruch hinzunehmen.

Die Kürzungsprojekte verdecken die Absicht, das neoliberal-konservative Projekt durchzusetzen und den bisherigen Sozialstaat mit sozialen Rechten für alle in einen national-autoritären Sozialstaat umzubauen. *National* ist der neue Sozialstaat, weil er seine Leistungen nicht für alle vorsieht, sondern nach ethnisch-nationalen Kriterien unterscheidet. Wer kein Deutscher ist, kann nicht mehr mit der vollen Solidarität rechnen. *Autoritär* ist der neue Sozialstaat, weil er seine Leistungen nicht nach Bedarf und Hilfebedürftigkeit zuteilt, sondern mit sanktionierender Bestrafung verknüpft und in ein Tauschgeschäft von Leistung und Gegenleistung umformt. Die Prämissen lauten: Wer arbeiten kann, aber nicht will, der kann nicht mit Solidarität rechnen. Wer sozialstaatliche Leistungen in Anspruch nimmt, der hat keinen Rechtsanspruch mehr darauf, sondern erhält eine Leistung nur durch eine Gegenleistung. Da die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nur wenig Spielraum für eine flächendeckende und rechtssichere Leistungsabsenkung lässt, hat der Konstanzer Juraprofessor Daniel Thym in einem Gutachten für die CDU eine »klarstellende Grundgesetzänderung« vorgeschlagen, um für Geflüchtete, im Bürgergeld und in der Kindergrundsicherung Leis-

tungskürzungen rechtssicher durchsetzen zu können.¹²

Der Sozialstaat ist ein Schlüssel für eine humane, friedliche und demokratische gesellschaftliche Entwicklung der Gesellschaft. Er sorgt dafür, dass Menschen sozial abgesichert leben können, und er bekämpft die soziale Spaltung der Gesellschaft. Der vom Grundgesetz her konzipierte Sozialstaat sorgt dafür, dass jede Bürgerin, jeder Bürger, auch der ohne Arbeit, Bürger sein kann. Ein Recht auf Existenzsicherung hat man, weil es ein Recht auf Leben gibt. Deshalb ist der Sozialstaat Ausdruck des Menschenwürdeartikels des Grundgesetzes. Erst auf diesem Hintergrund wird der Angriff des neuen national-autoritären Sozialstaats in seiner ganzen Schärfe deutlich.

4. Sozialstaat und Friedenssicherung

Sehr viele Menschen haben in den letzten Jahren Wohlstand und soziale Sicherheit verloren. Deshalb ist ein soziales Investitionsprogramm für den öffentlichen Wohnungsbau, den Ausbau von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, eine bessere Alterssicherung von Geringverdiennern sowie die entschlossene Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut, Langzeitarbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit überfällig.

Der Sozialstaat ist immer auch ein Steuerstaat. Steuern sind der Preis für eine zivilierte Gesellschaft. Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1967 hat der Sozialstaat die Aufgabe, eine »gerechte Sozialordnung« zu schaffen und »für einen Ausgleich der sozialen Gegensätze zu sorgen«. Die sozialen Rechte im Sozialstaat dürfen deshalb nicht in eine Konkurrenz zu »Kanonen« gebracht werden, denn der Sozialstaat ist ein verfassungsrechtlich prioritäres Staatsziel, nicht aber die milliardenschwere Aufrüstung. Vielmehr enthält das Grundgesetz mit dem Friedensgebot ein Verfassungsziel. Doch anders als das Rechtsstaats- und das Sozialstaatsgebot wurde das Friedensgebot juristisch weder ausgestaltet noch konkretisiert. Das Friedensgebot setzt der Rüstungspolitik und militärischen Sicherheitspolitik, aber auch dem Zugriff auf den Sozialstaat klare verfassungsrechtliche Schranken. Das Friedensgebot der Präambel ist »als Pflicht zur aktiven Friedenspolitik mit normativem Gehalt zu verstehen«.¹³

Wo bleibt der Aufschrei der Kirchen gegen den Freibrief einer grenzenlosen Auf- und Hochrüstung, der eine finanziell nicht mehr begrenzte militärische Aufrüstung eröffnet hat? Die einzige

vernehmbare Stimme ist die des Friedensbeauftragten des Rates der EKD, Landesbischof Friedrich Kramer. Er warnte davor, sich angesichts der Veränderungen in der Weltpolitik nur auf militärische Lösungen zu fokussieren.

»Bei aller berechtigten Sorge über die brachiale Vorgehensweise der USA wie auch über die fortdauernden gewaltsauslösenden Angriffe Russlands auf die Ukraine und der weiterhin fehlenden ernsthaften Bereitschaft der russischen Führung für Friedensgespräche dürfen auch Fragen nach Klimagerechtigkeit, nach Hilfe für die Armen bei uns und weltweit sowie Fragen der Unterstützung von Menschen auf der Flucht vor Hunger und Gewalt nicht aus den Augen verloren werden.«

Er erinnert daran, dass die Europäische Union ein Friedensprojekt sei und dafür den Friedensnobelpreis erhalten habe. »Es muss bei allen Schwierigkeiten letztlich darum gehen, dass die Stärke des Rechts betont wird und nicht das Recht des Stärkeren.«¹⁴

Angesichts der neoliberalen Bedrohung der sozialen Rechte in Zeiten der Aufrüstung müssen die Gerechtigkeitsbewegung und die Friedensbewegung zu Allianzen finden. Es ist ein gemeinsamer Kampf für einen rechtebasierten Sozialstaat für alle und gegen die Militarisierung der Gesellschaft, gegen den Ausbau des militärisch-industriellen Komplexes und für die Verteidigung der sozialen Rechte der Bürgerinnen und Bürger. Verloren oder gewonnen wird dieser Kampf auf dem Feld der Sozialpolitik. Nicht nur Sicherheitspolitik, auch Sozialpolitik muss endlich zu einem Thema der Friedensbewegung werden. Deshalb kann das Motto nur lautet: Keine Kanonen, sondern – Butter für alle!

Nachtrag am 24. Mai 2025:

Die Entscheidung von Außenminister Johann Wadehul auf dem Treffen der Außenminister der NATO-Staaten am 14. und 15. Mai 2025, sich hinter die Forderung von US-Präsident Donald Trump zu stellen, die Militärausgaben auf fünf Prozent des BIP zu erhöhen, ist so weitreichend, dass sie im Nachtrag kurz erläutert werden soll. Der Bundeshaushalt 2024 hat einen Umfang von rund 476,8 Mrd. Euro. Bei fünf Prozent des BIP Militärausgaben wären nach Bundeskanzler Merz Verteidigungsausgaben in Höhe von 225 Mrd. Euro pro Jahr notwendig, somit fast die Hälfte des Bundeshaushalts. Bereits bei 3,5 Prozent des BIP entstünde eine Finanzierungslücke im Bun-

deshushalt in der Höhe von 40 Mrd. Euro. Da die Höhe der Steuereinnahmen noch nicht abgeschätzt werden kann und zudem auch Zinsen für die schuldenfinanzierte Aufrüstung zu zahlen sind, lässt sich noch nicht exakt bestimmen, wie hoch die Finanzierungslücke bei fünf Prozent genau wäre. Doch die Frage stellt sich in verschärfter Form: Woher soll das Geld für die gigantisch hohen Militärausgaben kommen? Wo wird gekürzt oder umgeschichtet? Was bedeutet es für das Leben der Menschen in Deutschland, wenn fünf Prozent des BIP oder fast die Hälfte des Bundeshaushaltes für Militärausgaben aufgebracht werden?

Anmerkungen

¹ Überarbeitete und aktualisierte Fassung eines Vortrags auf der Tagung »Friedenstüchtig werden – ethisch und theologisch, ökonomisch und ökologisch« der Martin-Niemöller-Stiftung und des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins für Frieden, Demokratie, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung am 7.–9. März 2025 in Erfurt.

² Drei Fragen an ... Moritz Schularick, Präsident des Kiel Instituts für Weltwirtschaft (IfW Kiel), in: Internationale Politik. Das Magazin für globales Denken, 30.12.2024. URL: <https://internationalepolitik.de/de/drei-fragen-moritz-schularick> (Zugriff am 22.05. 2025).

³ Christopher Steinmetz u. a., Wann ist genug genug? Ein Vergleich der militärischen Potentiale der Nato und Russlands. URL: https://www.greenpeace.de/publikationen/Kraeftevergleich_NATO-Russland.pdf (Zugriff am 07.02.2025).

⁴ Ole Henckel, Die neue Nationale Sicherheitsstrategie – Vorbote einer harten Debatte. URL: <https://esut.de/2023/07/fachbeitraege/42896/die-neue-nationale-sicherheitsstrategie-vorbote-einer-harten-debatte/> (Zugriff am 02.01.2025).

⁵ »Zeche sollten auch die Alten zahlen.« Interview mit Moritz Schularick, in: DER SPIEGEL Nr. 3, 11.01.2025.

⁶ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Versäumnisse angehen, entschlossen modernisieren. Jahresgutachten 2024/25, Wiesbaden 2024, 144 (Hervorhebung im Original, F.S.). URL: https://www.sachverständigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg202425/JG202425_Gesamtausgabe.pdf (Zugriff am 07.02.2025).

⁷ Koerber-Stiftung, The Berlin Pulse. Reliably Unreliable? Germany's Struggle for Standing, Berlin 2024. URL: https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/43886/the-berlin-pulse_2024-25.pdf (Zugriff am 07.02.2025).

⁸ Lebenslagen in Deutschland. Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2021), 44. URL: https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/sechster-armutsreichtumsbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (Zugriff am 07.02.2025).

⁹ Die zehn wichtigsten Steuerprivilegien und die 80 Milliarden Euro. Hintergrund. Finanzwende (18.08.2023). URL:

<https://www.finanzwende.de/themen/steuergerechtigkeit/die-zehn-wichtigsten-steuerprivilegien-und-die-80-milliarden-euro> (Zugriff am 07.02.2025).

¹⁰ Nikolaus Kowall, »Die oberen Einkommensschichten tragen den Großteil der Steuerlast«. Mythus #7. Arbeitsgemeinschaft Steuerpolitik, Berlin. URL: <https://steuermythen.de/wp-content/uploads/2017/08/Steuermythos7.pdf> (Zugriff am 07.02.2025).

¹¹ Oxfam Deutschland, Bundesregierung darf nicht die ärmsten Menschen die Zeche für ihre verfehlte Finanzplanung zahlen lassen (17.01.2024), URL: <https://www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2024-01-17-oxfam-bundesregierung-darf-nicht-aermsten-menschen-zeche> (Zugriff am 07.02.2025).

¹² Daniel Thym, Schriftliche Stellungnahme. Deutscher Bundestag. Ausschuss für Arbeit und Soziales (3. April 2024), Ausschussdrucksache

20(11)460, URL:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/996654/8afee0c83d246069ebd512a2de513624/Stellungnahme-Thym.pdf> (Zugriff am 07.02.2025).

¹³ Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestags, Vereinbarkeit der Unterstützung der Ukraine mit der Präambel des Grundgesetzes und Erklärungspflicht der Bundesregierung (2023), 5. URL:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/937140/e3b8a7e09e52e7792a142aadbda2e88f/WD-3-010-23-pdf.pdf> (Zugriff am 07.02.2025).

¹⁴ Evangelische Friedensarbeit, EKD-Friedensbeauftragter warnt EU vor alleinigem Fokus auf militärische Lösungen (11.03.2025). URL:

<https://www.evangelische-friedensarbeit.de/meldungen-friedensarbeit/ekd-friedensbeauftragter-warnt-eu-vor-alleinigem-fokus-auf-militaerische>

D

Sozialstaat und sozialer Friede

(Impulsreferat für einen Workshop)

Prof. Dr. Franz Segbers

Ausgangsthese:

Frieden hat auch eine sozialpolitische Dimension, die in ökonomischen Theorien ausgeblendet wird. Abstiegsängste lassen viele rechte Parteien wählen. Der Sozialstaat ist die historische Antwort auf die Erfahrungen der kapitalistischen Großkrise Ende der 20er Jahre des letzten Jahrhunderts.

1. These: *Die europäische Sozialstaatsidee ist im Zweiten Weltkrieg entstanden: Sie will den sozialen Frieden sichern.*

Der Sozialstaat hat Wurzeln in der christlichen Ethik. Aus der Hoffnung heraus, sozialen Frieden im Wege der staatlichen Gewährung von Sozialleistungen zu generieren, wurde Ende des 19. Jahrhunderts das Sozialrecht geboren. Reichskanzler Bismarck nannte die Einführung der sozialstaatlichen Sicherung »praktisches Christentum in gesetzlicher Betätigung«.¹ Die Sozialversicherungen wurden ausgebaut im Sozialstaat. Mitten im Zweiten Weltkrieg wurde die Idee des europäischen Sozialstaates geboren.

In der *Atlantic Charta* entwarfen die Westalliierten 1942 ein ambitioniertes ökonomisches und soziales Neuordnungsprogramm für »eine bessere Zukunft für die Welt« nach dem Krieg – so in der Präambel. Das Ziel ist eine Gesellschaft »frei von Furcht und Not«. Die Freiheit von existentieller Furcht und die Freiheit von materieller Not wurden zu einem wirkmächtigen Programmimpuls für eine internationale wohlfahrtsstaatliche Entwicklung. Das Motto »frei von Furcht und Not« fand Aufnahme in der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* (1948), dem *Sozialpakt* (1966) und weiteren völkerrechtlichen Vereinbarungen.

Es folgte 1944 die *Erklärung über universelle soziale Rechte* der Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Philadelphia. Auf ihr wurde die innovative Idee entwickelt, mit der man einerseits auf die Weltwirtschaftskrise reagierte und andererseits das Konzept einer internationalen Verantwortung für einen Wohlfahrtsstaat entwickelte: nicht mehr Wettbewerb, sondern engste wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Nationen, bessere Arbeitsbedingungen, wirtschaftlicher Ausgleich, Schutz der Arbeitenden und soziale Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger.

Es folgten nach dem Zweiten Weltkrieg »Goldene Jahre«: das sog. Wirtschaftswunder in Deutschland, »Les Trente Glorieuses« in Frankreich und »The Thirty Glorious (Years)« in den USA und Großbritannien von 1945 bis 1975. Es war eine Zeit, in der der Staat begann, rechtliche Verantwortung für das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger zu übernehmen, um dadurch seine Freiheit von Not und sozialer Unsicherheit zu garantieren. Der Staat war nicht mehr der Staat, gegen dessen Übergriffe man sich wehren musste, um frei zu sein. Er wurde zum Garanten dafür, in »Freiheit von [existentieller] Furcht und [materieller] Not« leben zu können. Nicht die Polizei ist Garant des inneren sozialen Friedens, sondern der Sozialstaat.

Es war ein bedeutsamer Schritt, als 1966 die rechtliche Substanz der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* von 1948 im *Sozialpakt* eine rechtlich bindende Form bekam. Mit der Ratifizierung des Sozialpaktes und des *Zivilpakts* der Vereinten Nationen hat sich die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1973 völkerrechtlich verpflichtet, die sozialen Menschenrechte zu respektieren, zu schützen und zu gewährleisten. Sie haben in Deutschland die Rechtsverbindlichkeit eines einfachen Bundesgesetzes. Die Präambel des *Sozialpakts* spricht wie die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* auch von einem »Ideal vom freien Menschen, der bürgerliche und politische Freiheit genießt und frei von Furcht und Not lebt«, und fordert, dass »Verhältnisse geschaffen werden, in denen jeder seine bürgerlichen und politischen Rechte ebenso wie seine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte genießen kann«.

2. These: *Der Sozialstaat ist ein Instrument zur Sicherung des inneren, des sozialen Friedens.*

Auf dem Grundstein des Gebäudes der Internationalen Arbeitsorganisation wurde 1919 nach dem Ersten Weltkrieg eingraviert: »Si vis pacem cole iustitiam – Wenn du Frieden willst, sorge für Gerechtigkeit«. Inhalt des sozialen Friedens ist der Sozialstaat. Demokratie braucht eine soziale Grundlegung. Sozialstaat meint, dass der Staat die Verpflichtung zur aktiven Gestaltung gerechter Verhältnisse hat. »Sozialer Friede« zeigt sich in Beschäftigung, Einkommen und sozialer Sicher-

heit. Der Sozialstaat sorgt dafür, dass jeder, auch der ohne Arbeit und ohne Einkommen, vollwertiger Bürger sein kann. Deshalb schützt er die Schwachen und zwar durch entsprechende Rechte.

Finanzierungsbasis des Sozialstaates ist das Wirtschaftswachstum. Ohne Wirtschaftswachstum entstehen deshalb Armut und Arbeitslosigkeit, gleichzeitig gehen aber auch die klimaschädlichen Umweltgase zurück. Was also ökologisch erwünscht ist, ist sozialpolitisch eine Katastrophe. Und auch umgekehrt: Was ökologisch eine Katastrophe ist, ist ökonomisch gewünscht. Diese sozialökologische Zangenkrise (Klaus Dörre) ist der Kern des gegenwärtigen Sozialstaatskonflikts.

Der Inhalt des sozialen inneren Friedens ist gehaltvoller als es auf dem ersten Blick erscheint: die Sicherung des gesellschaftlichen Friedens und die Förderung der Gleichheit. Sozialpolitik schützt die Schwachen. Als schwach gelten die, die rechtlichen Schutz brauchen. Der Staat begründete soziale Rechte: Alters-, Invaliden-, Kranken- und Unfallversicherung sowie später dann noch die Pflegeversicherung. Das Ziel besteht darin, durch soziale Rechte zum sozialen Frieden beizutragen. »Wer wenig im Leben hat, soll viel im Recht haben« – so der Verfassungsjurist Helmut Simon (1922–2013). Der Sozialstaat ist ein sozialer Rechtsstaat, der die Bürgerinnen und Bürger mit sozialen Rechten ausstattet. Im Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes geht es um die Herstellung der materiellen Bedingungen für die Wahrnehmung von Freiheitsrechten in der Demokratie.

3. These: Sozialer Friede braucht eine »antifaschistische Wirtschafts- und Sozialpolitik« (Isabella Weber).

Sehr viele Menschen spüren, dass sich ihr Leben verschlechtert hat: Es fehlen bezahlbare Wohnungen, Kitas, Erzieher:innen, die kaputte Infrastruktur belastet das Leben sehr vieler Menschen. Armut von vielen steigt an und der Reichtum der wenigen. Die Menschen spüren, dass aus einer Gesellschaft der Rolltreppe, die alle gleichermaßen nach oben befördert, eine Paternoster-Gesellschaft geworden ist. Für die vielen geht es abwärts und für wenige Überreiche aufwärts. Die Globalisierungsgewinne werden höchst ungleich verteilt. Während die oberen Einkommensgruppen Zuwächse verzeichnen, geht der Lohnanteil zurück – also der Anteil, der Erwerbstätigen aus dem volkswirtschaftlichen Gesamteinkommen zufließt. Palma Polyak sagt dazu in einer Studie des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsfor schung: »Obwohl der Handel im 21. Jahrhundert

in Wertschöpfungsketten organisiert ist, die sich über mehrere Kontinente erstrecken und zunehmend von den Nationalstaaten entkoppelt sind, wird er als laute Rivalität zwischen Nationen erzählt, die unzufriedene Stimmen in ihnen aber übertönt.«² Kurz gesagt: Arbeitnehmer können zwar billige T-Shirts bei Primark kaufen, doch ihre Arbeit und Lebensverhältnisse wurden prekärer. Diese Probleme sind das Resultat einer neoliberalen Wirtschafts- und Finanzpolitik, die im Endeffekt zu Wohlstandsverlusten eines großen Teils der Bevölkerung geführt hat. Die daraus entstandene Wut, der Hass und das Misstrauen gegenüber der Politik führen zu einer Stärkung der AfD.

Cornelia Koppetsch spricht von einer »Gesellschaft des Zorns«.³ Der Aufstieg des Rechtspopulismus ist eine Konterrevolution gegen die Folgen der neoliberalen Politik, die das Versprechen der sozialen Sicherheit der Nachkriegsordnung zerstört hat. Er ist eine Antwort auf die neoliberalen Wende. Isabella M. Weber, Professorin für Volkswirtschaftslehre an der University of Massachusetts Amherst, USA, hat jüngst den viel diskutierten Begriff der »antifaschistischen Wirtschaftspolitik« geprägt.

»Was es jetzt braucht, ist damit offensichtlich: Eine Wirtschaftspolitik, die dem realen sozio-ökonomischen Abstieg und den Abstiegsängsten vieler Menschen eine Lösung anbietet, die ihr Leben besser macht. Es geht darum, die Ängste direkt anzusprechen und eine konkrete, demokratische Alternative zum Status Quo anzubieten.«⁴

Der Begriff »antifaschistische Wirtschaftspolitik« mag zunächst irritierend wirken, doch er kann erklären, woher die Wut und das Misstrauen gegen die regierenden Parteien stammen und was dagegen zu tun ist. Er knüpft aber auch geschichtlich an das menschenrechtliche Versprechen von Wohlstand und Teilhabe für alle an. Denn die rechte Stimmung ist Ergebnis der neoliberalen Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten Jahre, die das Leben der Menschen unsicherer gemacht hat. Der Sozialstaat wurde als »soziale Hängematte« verspottet und die Einsichten aus der Großen Weltwirtschaftskrise wurden rückgängig gemacht.

Aus der Erfahrung mit dem Scheitern von Weimar, dem NS-Regime und dem Krieg wurde ein Sozialstaat geschaffen, der soziale Sicherheit und eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums als Grundlage des demokratischen und

friedlichen Zusammenlebens gewährleisten soll. Ein guter Sozialstaat umfasst tariflich entlohnte und sichere Erwerbsarbeit, verlässliche Absicherung für die Wechselfälle des Lebens, Schutz gegen Armut und Unterstützung durch soziale Dienste und Infrastrukturen. Integraler Bestandteil des Sozialstaates sind die Leistungen der Grundsicherung. Sie sollen als unteres Netz im Bedarfsfall auch ein menschenwürdiges Existenzminimum garantieren.

Die berechtigte Kritik an den Überreichen darf nicht aus den Augen zu verlieren, dass nicht deren Reichtum das grundlegende Problem ist, sondern die sozialen und ökonomischen Bedingungen, die diese Konzentration des Reichtums überhaupt erst ermöglichen. Eine antifaschistische Wirtschaftspolitik ist darauf ausgerichtet, den erwirtschafteten Wohlstand auf alle zu verteilen, dafür zu sorgen, dass wirtschaftliche Unsicherheiten, existenzielle Sorgen und Ängste nicht entstehen. In den Jahrzehnten des Neoliberalismus wurde systematisch abgestritten, dass der

Staat eine gestalterische Aufgabe hat. Die Menschen aber wollen ein Leben führen, das frei von Furcht und Not ist.

Anmerkungen:

¹ Zit. nach: Peter Erli, »Nachtwächterstaat« oder »Praktisches Christentum«. Religiöse Kommunikation innerhalb der parlamentarischen Diskussion im Deutschen Reichstag um die Einführung der Sozialversicherung 1881–1889, Gütersloh 2008, 258.

² Palma Polyak, *The silent losers of Germany's export surpluses. How current account imbalances are exacerbated by the misrepresentation of their domestic costs*, in: *Comparative European Politics* (2024) 22. URL: <https://doi.org/10.1057/s41295-022-00291-8> (Zugriff am 22.05.2025).

³ Cornelia Koppetsch, *Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter*, Bielefeld 2019.

⁴ Vgl. Isabella Weber u. Lukas Scholle, *Antifaschistische Wirtschaftspolitik ist dringender denn je*. URL: <https://www.surplusmagazin.de/weber-antifaschistische-wirtschaftspolitik-wahl> (Zugriff am 25.2.2025). 

Dietrich Bonhoeffer, Krieg und Frieden (Impulsreferat für einen Workshop)

Prof. Dr. Andreas Pangritz

Zur Biographie

Der junge Dietrich Bonhoeffer war alles andere als ein Pazifist. Während seines Studiums in Tübingen hat er im November 1923 sogar freiwillig an 14tägigen militärischen Übungen der »Schwarzen Reichswehr« bei den Ulmer Jägern teilgenommen.¹

Die Wende erfolgte während Bonhoeffers Studienaufenthalt am Union Theological Seminary in New York im Studienjahr 1930/31. Dort begegnete er in Jean Lasserre, einem französisch-reformierten Mitstipendiaten, einem radikalen Pazifisten,² der ihn mit der Auffassung überraschte, das Friedensgebot der Bergpredigt sei als ein verbindliches Gebot Jesu für alle Christen zu beherzigen.³ Mit Lasserre besuchte Bonhoeffer auch die damals in Deutschland verbotene Verfilmung des Romans *Im Westen nichts Neues* von Erich-Maria Remarque, in dem die Schrecken des Ersten Weltkriegs, insbesondere des Gaskriegs, in ungeschminkter Härte dargestellt wurden.⁴ Seitdem vertrat auch Bonhoeffer einen situativen Pazifismus, der insbesondere auf eine Ächtung des modernen Kriegs abzielte. Der »christliche Pazifismus« ging ihm »auf einmal als Selbstverständlichkeit« auf.⁵ Dies wurde deutlich in seinem Vortrag »Zur theologischen Begründung der Weltbundarbeit«, gehalten auf der internationalen Jugendfriedenskonferenz im slowakischen Čiernohorské Kupele (Juli 1932), wo Bonhoeffer vor dem drohenden nächsten Krieg mit Massenvernichtungsmitteln warnte: »Wir sollten uns hier auch nicht vor dem Wort Pazifismus scheuen.«⁶ Deutlicher noch wurde er in dem Vortrag »Christus und der Friede« (Dezember 1932): »Dem Christen ist jeglicher Kriegsdienst, es sei denn Samariterdienst, und jegliche Vorbereitung zum Krieg verboten.«⁷

Am bekanntesten geworden ist Bonhoeffers Vortrag »Kirche und Völkerwelt« bei der internationalen Jugendfriedenskonferenz auf der dänischen Insel Fanø im August 1934. Daraus wird oft zitiert:

»Friede auf Erden«, das ist kein Problem, sondern ein mit der Erscheinung Christi selbst gegebenes Gebot. [...] Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. [...] Wer

ruft zum Frieden, daß die Welt es hört, zu hören gezwungen ist? daß alle Völker darüber froh werden müssen? [...] Nur das Eine große ökumenische Konzil der Heiligen Kirche Christi aus aller Welt kann es so sagen, daß die Welt zähneknirschend das Wort vom Frieden vernehmen muß und daß die Völker froh werden [...]. Das ökumenische Konzil ist versammelt [...].«⁸

Bonhoeffer traut demnach der Konferenz in Fanø zu, als das ökumenische Konzil der Welt den Frieden zu verkündigen. Er ist damals mit dieser Hoffnung gescheitert. Erst auf der Weltkirchenversammlung von Vancouver im Jahr 1983 wurde Bonhoeffers Hoffnung – unter maßgeblicher Mitwirkung der Evangelischen Kirchen in der DDR – wieder aufgegriffen und in den Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung überführt.

Es gibt Gründe zu fragen, ob Bonhoeffer seiner pazifistischen Haltung auch noch in späteren Jahren treu geblieben ist. Spätestens der Überfall Nazi-Deutschlands auf Polen im September 1939 verlangte eine Neuorientierung. Nunmehr begann für Bonhoeffer eine Phase des »Doppellebens«: einerseits diente er weiterhin der Bekennenden Kirche als theologischer Berater und als Kontaktmann in die Ökumene; andererseits beteiligte er sich an der militärischen Verschwörung gegen Hitler und sein Regime. Vielfach wird behauptet, damit habe er letztlich Gewaltanwendung und Krieg gerechtfertigt. Doch dieses Urteil beruht m. E. auf einem Fehlschluss: Für sich persönlich blieb Bonhoeffer seiner Entscheidung für die Kriegsdienstverweigerung treu. Und die Beteiligung an der Verschwörung verfolgte einen antimilitaristischen Zweck, indem sie ja gerade dazu dienen sollte, den Krieg sobald wie möglich zu beenden.

Aus dem September 1941 ist eine Äußerung gegenüber Willem A. Visser 't Hooft, dem Generalsekretär des vorläufigen Ökumenischen Rats der Kirchen, überliefert: »Ich bete für die Niederlage meines Landes.«¹⁰ Damit wird allenfalls die Kriegsführung der Alliierten gegen Nazi-Deutschland gerechtfertigt, nicht jedoch eine Beteiligung deutscher Christen am Vernichtungskrieg der Nazis. Jeglichen militärischen Überlegungen im nationa-

len Interesse stand Bonhoeffer weiterhin kritisch gegenüber, so auch bei der Begegnung mit dem anglikanischen Bischof George Bell im Mai 1942 im schwedischen Sigtuna. Anders als Hans Schönfeld, der mit Bell über Kriegsziele und mögliche Waffenstillstandsbedingungen verhandeln wollte, ging es Bonhoeffer lediglich darum, den Bischof über den Stand der Verschwörungspläne zu informieren. Bethge bemerkt dazu: »Schönfeld verhandelt, Bonhoeffer teilt mit; Schönfeld warnt, Bonhoeffer redet von Buße.«¹¹

Soviel zum Biographischen.

Zur theologischen Ethik

In der aktuellen friedensethischen Diskussion wird gelegentlich auf Dietrich Bonhoeffer Bezug genommen, um Waffenexporte in die Ukraine und andere Krisengebiete zu rechtfertigen. Man beruft sich dann auf Bonhoeffers Rede von »Schuldübernahme«.¹² So heißt es in seiner *Ethik*: »Weil Jesus die Schuld aller Menschen auf sich nahm, darum wird jeder verantwortlich Handelnde schuldig. Wer sich in der Verantwortung der Schuld entziehen will, löst sich aus der letzten Wirklichkeit der Geschichte [...].«¹³ Daraus wird dann gefolgert: Da wir als verantwortlich Handelnde in jedem Fall schuldig würden, könnten auch Pazifisten sich die Hände nicht in Unschuld waschen; vielmehr sei es gerechtfertigt und daher geboten, die Ukraine mit Waffen zu versorgen, damit sie sich gegen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands wehren könne. Ausgeblendet bleibt in dieser Argumentation, dass das Argument auch genau in der anderen Richtung Anwendung finden könnte: als Ermutigung, die pazifistische Haltung durchzuhalten, obwohl auch sie schuldig werden lässt.

Im Übrigen bleibt zu beachten, dass der Rede von der Schuldübernahme bei Bonhoeffer ein Schuldbekenntnis der Kirche zugrunde liegt, das »ohne Seitenblicke« auf die »Schuld der anderen« erfolgen soll: »Für den Moralisten völlig unbegreiflich wird hier nicht nach dem eigentlich Schuldigen gesucht, [...] sondern es sind Menschen da, die [...] nicht mehr an vergeltende Gerechtigkeit [...] denken können.«¹⁴ Ein solches Schuldbekenntnis, in dem die Kirche bekenne, »die Gerechtigkeit Gottes nicht so verkündigt« zu haben,¹⁵ dass »alles menschliche Recht« in ihr seine Quelle sehen könnte, entbinde »die Menschen nicht vom eigenen Schuldbekenntnis«, sondern rufe sie »in die Gemeinschaft des Schuldbekenntnisses hinein«. Und in dieser Teilhabe an der »Kreuzesgestalt«

Christi werde die »Rechtfertigung und Erneuerung« der Kirche und des Abendlandes möglich.¹⁶

An dieser Stelle, an der mit dem gewiss problematischen Stichwort des Abendlandes das Politische ins Spiel gebracht wird, kommt nun aber eine Unterscheidung zum Tragen, die Bonhoeffer in dem *Ethik*-Kapitel »Die letzten und die vorletzten Dinge« breit ausführen wird.¹⁷ Es sei nämlich »zu beachten, daß von der Rechtfertigung der Kirche und [ihrer] Erneuerung in anderem Sinne geredet werden muß als von Rechtfertigung und Erneuerung des Abendlandes«.¹⁸

»Während es für die Kirche [...] nur einen vollen Bruch mit der Schuld und einen Neuanfang geben kann, der durch die Vergebung der Sünde geschenkt wird, kann es im geschichtlichen Leben der Völker immer nur um den allmählichen Heilungsprozeß gehen. [...] Es wird hier auf die volle Sühne des geschehenen Unrechtes durch den Schuldigen Verzicht geleistet, es wird erkannt, daß das Vergangene durch keine menschliche Macht wiederhergestellt, daß das Rad der Geschichte nicht wieder zurückgedreht werden kann.«¹⁹

Bonhoeffer spricht hier von »einem Vernarben der Schuld in der Rückkehr zur Ordnung, zum Recht, zum Frieden, zum freien Ergehenlassen der kirchlichen Verkündigung«. So könne es »durch Gottes gnädiges Regiment in der Geschichte geschehen, daß das, was im Fluch begann, den Völkern endlich zum Segen wird, daß aus angemaßter Gewalt Recht, aus Aufruhr Ordnung, aus Blutvergießen Friede wird«. Damit werde »zwar die Schuld nicht gerechtfertigt, nicht aufgehoben, nicht vergeben«, sie bleibe »bestehen, aber die Wunde, die sie riß, ist vernarbt«.²⁰

Mit seiner pragmatischen Rede von »Vernarbung der Schuld« übersetzt Bonhoeffer gewissermaßen eine Erkenntnis des Predigers Salomo ins Völkerrecht: »Sei nicht allzu gerecht und nicht allzu weise, damit du dich nicht zugrunde richtest. [...] Denn es ist kein Mensch so gerecht auf Erden, dass er nur Gutes tue und nicht sündige« (Kohelet 7,16.20). Wer kompromisslos auf dem vermeintlich guten Recht der Vergeltung für erlittenes Unrecht besteht, riskiert damit, dass »neues Unheil« geschieht. Stattdessen schließt »innere geschichtliche Vergebung« für Bonhoeffer die Erkenntnis ein: »Nicht alle geschlagenen Wunden können geheilt werden, aber entscheidend ist, daß nicht weitere Wunden geschlagen werden.«²¹

Diese Erkenntnis Bonhoeffers ist in der friedens-ethischen Diskussion der Gegenwart, soweit ich sehe, bisher kaum herangezogen worden, obwohl sie m. E. von bleibender Aktualität ist: Wie sollen wir als Christen mit einer Situation umgehen, in der nicht »das Gute erfolgreich« ist, sondern »das Böse« geschichtlich erfolgreicher zu sein scheint?²² Zur ethischen Bedeutung des Erfolges findet sich in Bonhoeffers Essay »Nach zehn Jahren« zum Jahreswechsel von 1942 auf 1943 eine riskante Überlegung, die ich hier nur noch unkommentiert zitieren möchte:

»Es ist zwar nicht wahr, daß der Erfolg auch die böse Tat und die verwerflichen Mittel rechtfertigt, aber ebensowenig ist es möglich, den Erfolg als etwas ethisch völlig Neutrales zu betrachten. Es ist eben doch so, daß der geschichtliche Erfolg den Boden schafft, auf dem weiterhin allein gelebt werden kann [...]. Der Erfolg macht schließlich die Geschichte, und über den Kopf der geschichtemachenden Männer hinweg schafft der Lenker der Geschichte immer wieder aus Bösem Gutes. Es ist ein Kurzschluß ungeschichtlich und d. h. unverantwortlich denkender Prinzipienreiter, der die ethische Bedeutung des Erfolges einfach ignoriert [...]. Weder beleidigte Kritiker noch Opportunisten wollen und dürfen wir sein, sondern an der geschichtlichen Gestaltung – von Fall zu Fall und in jedem Augenblick, als Sieger oder als Unterlegene – Miterantwortliche. [...] Die letzte verantwortliche Frage ist nicht, wie ich mich heroisch aus der Affäre ziehe, sondern [wie] eine kommende Generation weiterleben soll.«²³

Angesichts dieses Pragmatismus drängt sich Martin Niemöllers Frage auf: »Was würde Jesus dazu sagen?«. Dass der Erfolg auch für Jesus ein Kriterium für politische Entscheidungen sein konnte, mag ein nur selten zitiertes Jesuswort verdeutlichen, das im Lukasevangelium überliefert ist:

»Welcher König, der ausziehen will, um mit einem anderen König Krieg zu führen, wird sich nicht zuvor hinsetzen und nachdenken, ob er mit zehntausend Mann dem entgegentreten kann, der mit zwanzigtausend gegen ihn anrückt? Andernfalls schickt er, solange jener noch fern ist, eine Gesandtschaft und bittet um Frieden« (Lk 14,31f.).

Anmerkungen:

¹ Vgl. Eberhard Bethge, Dietrich Bonhoeffer. Theologe, Christ, Zeitgenosse, München 1967, 77–80.

² Vgl. Bethge, a.a.O., 190f.

³ Vgl. Ferdinand Schlingensiepen, Dietrich Bonhoeffer 1906–1945. Eine Biographie, München (3. Aufl.) 2006, 90.

⁴ Vgl. Christiane Tietz, Dietrich Bonhoeffer. Theologe im Widerstand, München 2013, 32f.

⁵ Vgl. Dietrich Bonhoeffer, Brief an Elisabeth Zinn, 27. 1. 1936, in: ders., *Illegale Theologenausbildung: Finkenwalde 1935–1937*, hg. v. Otto Dudzus u. a., Gütersloh 1996 (DBW 14), 113.

⁶ Dietrich Bonhoeffer, Zur theologischen Begründung der Weltbundarbeit, in: ders., Ökumene, Universität, Pfarramt 1931–1932, hg. v. Eberhard Ameling u. Christoph Strohm, Gütersloh 1994 (DBW 11), 327–344, hier 341.

⁷ Dietrich Bonhoeffer, Christus und der Friede (Mitschrift), in: ders., Berlin 1932–1933, hg. v. Carsten Nicolaisen u. Ernst-Albert Scharffenorth, Gütersloh 1997 (DBW 12), 232–235, hier 234.

⁸ Dietrich Bonhoeffer, Kirche und Völkerwelt, in: ders., London 1933–1935, hg. v. Hans Goedeking u. a., Gütersloh 1994 (DBW 13), 298–301.

⁹ Bethge, Dietrich Bonhoeffer, 765.

¹⁰ Vgl. Bethge, Dietrich Bonhoeffer, 834.

¹¹ Bethge, a.a.O., 856.

¹² Dietrich Bonhoeffer, Ethik, hg. v. Ilse Tödt u. a., München 1992 (DBW 6), 275.

¹³ Vgl. Bonhoeffer, Ethik, 233; vgl. a.a.O., 276.

¹⁴ Bonhoeffer, Ethik, 126f.

¹⁵ Bonhoeffer, Ethik, 131.

¹⁶ Bonhoeffer, Ethik, 132f.

¹⁷ Bonhoeffer, Ethik, 137–162.

¹⁸ Bonhoeffer, Ethik, 133f.

¹⁹ Bonhoeffer, Ethik, 134f.

²⁰ Bonhoeffer, Ethik, 134.

²¹ Bonhoeffer, Ethik, 135.

²² Bonhoeffer, Ethik, 76f.

²³ Dietrich Bonhoeffer, Vom Erfolg, in: ders., Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, hg. v. Christian Gremmels u. a., München 1998 (DBW 8), 24f.



Martin Niemöller, seine Haltung und sein Handeln für den Frieden

(Impulsreferat für einen Workshop)

Pfr. i. R. Michael Karg

Martin Niemöller verkörpert wie kein Zweiter das vergangene Jahrhundert mit all seinen Brüchen und Widersprüchen, Aufbrüchen und Neuanfängen.

Preußisch bis zur Halskrause, militaristisch, monarchistisch, deutschnational, aber auch provaktiv, versöhnungsbereit, pazifistisch, revolutionär und konsequent in seiner Absage an jegliche atomare Bewaffnung. Mit seinem trotz fortgeschrittenen Alters leidenschaftlichen Einsatz für Friede und Gerechtigkeit brachte er so manchen geistlichen wie weltlichen Amtsträger zur Weißglut und avancierte für die junge Generation zum Hoffnungsträger. Mehrere hunderttausende junge Leute lauschten 1981 im Bonner Hofgarten seinen Worten, die er aus Krankheitsgründen von jemand anderem verlesen lassen musste.¹

Wenn wir darüber nachdenken, ob Niemöller uns durch sein Handeln und seine Haltung Orientierung geben kann, müssen wir mit bedenken, in welcher Zeit er gelebt hat und in welcher wir heute leben. Geht es bei ihm um zeitgeschichtlich bedingte Aussagen in einer bestimmten konkreten Situation – oder handelt es bei ihm um eine Person, die als Christ versucht, ihren Weg in ihrer Zeit zu finden; jemand, der dadurch nicht automatisch zur Blaupause für unser Verhalten 50 Jahre später werden kann, der aber doch als ermutigendes Beispiel für einen Weg als Christinnen und Christen in unserer Zeit verstanden werden kann?

Ich werde jetzt nicht versuchen, das ganze Leben Niemöllers mit Blick auf seine friedensethischen Positionen im Schnelldurchgang zu referieren – es gibt das bemerkenswerte Referat von Michael Heymel auf der Tagung vor beinahe genau zwei Jahren hier im Augustinerkloster.² Ich möchte einige Punkte im Leben Niemöllers benennen, in denen ein radikales Umdenken erfolgte.

Für den jungen Niemöller ist ein guter Christ auch ein guter Soldat. Den Gedanken lässt er fallen, als das Kaiserreich als gesellschaftlicher Rahmen dafür entfällt. Er muss umdenken.

Martin Niemöller heiratet 1919 Else Bremer, die Schwester eines befreundeten Marine-Kameraden. Die Pläne des jungen Paares – zunächst Auswanderung nach Argentinien mit Schafzucht, dann Bauernhof in Westfalen – scheitern an den mangelnden materiellen Möglichkeiten. Mit der Aufnahme des Theologiestudiums und dem angestrebten Dienst als Pfarrer meint Niemöller »seinem Volk besser dienen zu können«.³

Die mit der Machtergreifung Hitlers einhergehenden Sympathien und Hoffnungen beendet Niemöller nach Einführung des Arierparagraphen abrupt zugunsten einer führenden Mitarbeit in der von ihm mitbegründeten innerkirchlichen Opposition gegen Hitler, dem »Pfarrernotbund« und danach der »Bekennenden Kirche« (seit 1933).

Niemöller wird ständig überwacht, mehrfach verhaftet und jeweils wieder freigelassen, am 1. Juli 1937 dann doch in U-Haft genommen und angeklagt, im März 1938 ohne weitere Haft entlassen. Hitler lässt ihn umgehend als »persönlichen Gefangenen des Führers« ins KZ Sachsenhausen verbringen. Zermürbt von der Isolationshaft dort, enttäuscht von der laschen Haltung seiner evangelischen Kirche und zugleich innerlich gestärkt durch Gedanken, die er im katholischen *Brevier* findet, bildet sich bei ihm die Absicht heraus, zum katholischen Glauben zu konvertieren. Nur seine Frau Else widersetzt sich dem und kann ihn davon abhalten. Sein Kontakt mit katholischen Priestern im KZ Dachau ab 1941 bestärkt ihn, sich verstärkt seinem evangelisch geprägten Glauben zuzuwenden.

Kurz nach dem Kriegsende und seiner persönlichen Befreiung aus SS-Händen in Südtirol ist er beim ersten Treffen der Kirchenführer in Treysa im August 1945 der Einzige, der nicht über das ergangene Schicksal lamentiert, sondern ausdrücklich die Schuld der Kirche, vor allem auch der Bekennenden Kirche, anspricht.

Konsequent bringt er als Mitverfasser der Stuttgarter Schuldenklärung vom Oktober 1945 gegen den Widerstand anderer Mitverfasser den Satz hinein: »[...] durch uns ist unendliches Leid über

viele Völker und Länder gebracht worden [...]« – ein Satz, den damals schon die Öffentlichkeit und weite Teile der Kirche nicht mitvollzogen haben.

Ebenso wie eine der Thesen aus dem von ihm mitentworfenen »Darmstädter Wort« vom August 1947, in der es heißt: »Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, eine ›christliche Front‹ aufzurichten gegenüber notwendig gewordenen Neuordnungen. [...] Das Bündnis der Kirche mit den das Alte und Herkömmliche konservierenden Mächten hat sich schwer an uns gerächt.« Dibelius und viele andere wollten mit der Kirche dort weitermachen, wo sie 1933 unterbrochen worden waren. Niemöller will (ebenfalls mit anderen) einen radikalen Neuanfang. Wenn er von etwas überzeugt war, konnte er es sehr radikal vertreten – auch gegen den Mainstream der jeweils herrschenden Meinung.

Deutliches Beispiel dafür waren die Reisen Niemöllers. Seine Reisen in die USA und andere westliche Länder wurden gerne goutiert, vertrat er doch dort das freundliche Gesicht Deutschlands, an das viele gar nicht mehr glauben konnten. Aber seine Reisen nach Moskau, nach Polen und in die Tschechoslowakei, also in das Reich des als neues Böses markierten Kommunismus – das verzieh man ihm nicht. Im Gegenteil. Niemöller tat es, weil es nötig war und Brücken baute. Die Mitgliedschaft der russisch-orthodoxen Kirche im Weltrat der Kirchen (ÖRK) war eine Folge davon.

Ein Ereignis aus dem Jahr 1954 zeigt ebenso deutlich die klare Richtungsänderung Niemöllers nach einer Begegnung und der Reflexion darüber: Acht Wochen nach Zündung der ersten Wasserstoffbombe und ihrer verheerenden Detonationskraft trifft sich Niemöller zusammen mit Dibelius und Gollwitzer mit den drei führenden Atomwissenschaftlern Hahn, Heisenberg und von Weizsäcker am 9. Juni in Wiesbaden zu einem Gespräch. Niemöller will wissen, wozu diese Waffen fähig sind. Ihm wird durch dies Gespräch deutlich, dass diese Waffen keine Waffen, sondern »Massenvernichtungsapparate« sind, mit denen nicht nur Länder zerstört, sondern das ganze Leben auf der Erde vernichtet werden kann. Konsequent geht Niemöller seitdem seinen Weg als Atompazifist, aber auch als Pazifist überhaupt. Er importiert aus England die Anti-Atomtod-Bewegung und den Ostermarsch, die zu meiner Jugendzeit – zig Tausende auf die Straßen brachten; er befördert das Entstehen der Friedensbewegung bis hin zu den großen Versammlungen mit hunderttausenden von Demonstranten. Übrigens: Deutsch-

land hat bis heute noch nicht den Atomwaffenverbotsvertrag unterschrieben und nimmt nicht an der zur Zeit tagenden UN-Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffenverbotsvertrags teil. Begründung: Die neuere politisch-militärische Situation – der Krieg Russlands gegen die Ukraine – führe deutlich vor Augen, »dass die nukleare Abschreckung für unsere Sicherheit unverzichtbar ist – auch und gerade durch unsere Teilhabe innerhalb der Nato«.⁴ Auch die EKD scheint auf diese Linie eingeschwungen zu sein. Laut Auskunft der Präses der EKD-Synode, Anne-Nicole Heinrich, seien »kirchenleitend Verantwortliche und Synodale [...] zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen« gekommen, »was den Umgang mit nuklearer Abschreckung [...] betrifft«.⁵ In der Friedensdenkschrift von 2007 war man sich noch einig gewesen, dass die »Drohung mit Nuklearwaffen nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden kann«. Ist das Schnee von gestern? Wie würde Niemöller heute antworten?

Ich belasse es einmal bei diesen Beispielen. Was ich bei Niemöller sehe und dabei für mich lerne, ist Folgendes:

Betrachte deine Welt, deine Gesellschaft mit offenen Augen und Sinnen. Nimm wahr, was passiert. Prüfe die Fakten, erkundige dich. Lass dich nicht vom Mainstream mitreißen. Und bleibe fest bei dem, was dich geprägt hat. Dein Glaube – nicht an den Fortschritt, an ein bestimmtes gesellschaftliches System, an eine Partei; eine Richtung – dein Glaube an einen Gott, der diese Welt erschaffen hat und sie erhalten will. Und der dir damit einen Auftrag gegeben hat. Halte daran fest und prüfe, was dem dient. So wie es die Jahreslösung dieses Jahres sagt: »Prüft alles und behaltet das Gute!« (1 Thess 5, 21)

Anmerkungen:

¹ Vgl. Dieter Schneeberger, *Preußisch, prophetisch, pazifistisch. Der evangelische Theologe und NS-Widerstandskämpfer Martin Niemöller setzte sich für Frieden und Gerechtigkeit ein* (12.01.2017). URL: <https://www.ekd.de/martin-niemoller-theologe-widerstandskaempfer-13095.htm>

² Vgl. Michael Heymel, *Martin Niemöller. Zur Aktualität seiner friedensethischen Position*, in: epd-Dokumentation 2023, Nr. 20, 33–38.

³ Vgl. Schneeberger, a.a.O. (s. Anm. 1).

⁴ dpa, zitiert in Gießener Allgemeine vom 05.03.2025, 1.

⁵ Brief an die Friedensinitiative der Kirchengemeinde Lieben Frauen Bremen vom 18.07.2023.



Glauben, Theologie, Gewaltfreiheit, Pazifismus, Frieden

Prof. Dr. Dr. h. c. Margot Käßmann

Für Christinnen und Christen gleich welcher Konfession geht es nicht erst, aber besonders in den letzten drei Jahren um all diese Fragen: Was hat unser Glaube eigentlich zu sagen in dieser Zeit? Welche theologischen Grundüberzeugungen haben wir? Sind Gewaltfreiheit und Pazifismus noch eine realistische Haltung? Und überhaupt, was heißt denn Frieden?

In den letzten Tagen erleben wir ungeheure Aufregungen, Verwirrung, mit gigantischen Milliardensummen wird hantiert, da lässt sich kaum noch hinterherkommen. Mich macht fassungslos, welche Unsummen auf einmal in unserem Land und der EU für Rüstung – auch wenn es stets unter dem Label Verteidigung läuft – aufgebracht werden. Es wird seit letzter Woche mit hunderten Milliarden Euro um sich geworfen, deren Zinsen den regulären Haushalt massiv belasten werden – zu befürchten ist: auf Kosten der Sozialausgaben. Und unsere Kinder und Enkel werden immense Schulden von uns erben. Unvorstellbar, solche Summen wären zur Bekämpfung der Klimakatastrophe angesagt worden oder für sozialen Wohnungsbau oder für Pflegeeinrichtungen und Kitas! Zudem bleibt ein Unbehagen mit Blick auf die Demokratie, dass noch einmal der alte Bundestag zusammengerufen werden soll, um diesem Vorhaben eine Mehrheit zu sichern, kurz bevor der neu gewählte sich konstituiert. Legal mag das sein, aber ob es legitim und für das Demokratieverständnis hilfreich ist, bleibt eine Frage. ...

Zudem bringt Donald Trump nahezu täglich neue irritierende Botschaften in die Welt. Grönland und Kanada sollen ebenso wie der Panamakanal den USA gehören, der Golf von Mexiko zukünftig Golf von Amerika heißen, und er will einen »Deal« mit Putin machen, um den Krieg in der Ukraine zu beenden, ganz gleich, was die Menschen in der Ukraine denken.

Aber ein Teilnehmen an der aktuellen Aufregungsspirale bringt uns kaum weiter. So will ich den genannten Themen schlicht nachgehen heute Abend.

1. Christlicher Glaube in unserer Zeit

Es ist derzeit nicht so leicht, unseren christlichen Glauben selbstbewusst in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen. Zum einen sind die

Kirchen als Institutionen in der Defensive. Die Kirchenmitgliedschaft in Deutschland ist im vergangenen Jahr erstmals unter 50 Prozent der Bevölkerung gesunken. Zudem haben die Missbrauchsskandale unsere Kirchen massiv diskreditiert. Dass Kinder und Jugendliche im Raum der Kirche – traditionell ein Schutzraum für die Schwachen! – sexuell missbraucht und diese Taten dann auch noch vertuscht wurden, ja es, wie es in der FORUM-Studie zur Situation der evangelischen Kirchen heißt, »Täter schützende Strukturen« gab und gibt, bringt einen Vertrauensverlust mit sich, der nur sehr schwer zu heilen sein wird.

Fast scheint es, dass die Kirchen dadurch selbst derart eingeschüchtert sind, dass sie es kaum noch wagen, sich gesellschaftspolitisch klar zu positionieren. Wenn sie es dann doch tun, wie beispielsweise die Bevollmächtigten beider Kirchen bei der Bundesregierung Anne Gidion und Karl Jüsten in einem Brief, in dem sie die Unionsparteien davor warnen, Anträge für eine Verschärfung der Asylpolitik mit Unterstützung der AfD durch den Bundestag zu bringen, müssen sie mit scharfem Gegenwind rechnen. So warnte der bayrische Ministerpräsident Söder, bekennender evangelischer Christ: »Nicht vergessen, wer am Ende noch an der Seite der Institution Kirche steht – das sind nämlich wir. Nicht dass man irgendwann ganz plötzlich alleine steht. Denkt mal drüber nach!« Das ist ein, sagen wir, interessanter Ton.

Christlicher Glaube darf sich nicht manipulieren lassen. Das Eintreten für die Menschen am Rande gehört zu seinen allertiefsten Grundüberzeugungen. »Was ihr dem geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan« (Mt 25,40). Und ja, da sind die Schwestern mitgemeint, die Fremden, die wir schützen müssen, die ohne Obdach, die im Gefängnis, die Kranken. »Denn ich bin hungrig gewesen, und ihr habt mir zu essen gegeben. Ich bin durstig gewesen, und ihr habt mir zu trinken gegeben. Ich bin ein Fremder gewesen, und ihr habt mich aufgenommen.« Das sagt Jesus in Anlehnung an den Propheten Jesaja (Mt 25,35f.)

Der bayrische Ministerpräsident röhmt sich, eine Bibel im Dienstwagen mit sich zu führen. Ich empfehle ihm die Lektüre derselben. Denn nicht

nur mit Blick auf Menschen, die sich aus anderen Ländern bei uns beheimaten, hat die Bibel einiges an Nachdenkenswertem beizutragen, auch mit Blick auf die Friedensfrage. Jesus hat gesagt »Steck das Schwert an seinen Ort«. »Selig sind, die Frieden stifteten«. Für christliche Pazifistinnen und Pazifisten bleibt das eine entscheidende Wegweisung.

Und mehr noch sagt Jesus: »Liebet Eure Feinde«. Der Friedensnobelpreisträger Martin Luther King hat erklärt, das sei das Schwerste, was Jesus uns hinterlassen hat. Das stimmt bis heute. Zuallererst geht es um eine bleibende Mahnung, sich nicht in Feindbilder hineintreiben zu lassen. Es war das theologische Konzept der Gotteskindschaft, das für King nicht nur Antrieb zur Überwindung von Rassismus war, sondern auch, den Krieg grundsätzlich abzulehnen und vehement für gewaltfreie Formen des Widerstands einzutreten. Dabei hat King sehr früh den Zusammenhang zwischen sozialer Gerechtigkeit und Krieg dargestellt, der sich auch heute zeigt, wenn Milliardeninvestitionen in Rüstung mit Kürzungen im sozialen Bereich einhergehen. Er schreibt: »Kein Mensch, der bei Verstand ist, kann es sich leisten, für soziale Gerechtigkeit in einem Land zu arbeiten, wenn er/sie nicht zugleich Krieg ablehnt und sich eindeutig zur Gewaltfreiheit in den internationalen Beziehungen bekennt.«¹

Nun wurde mir in gefühlt hunderten von Mails erklärt, ich sei schließlich keine Militärexpertin, solle mich heraushalten, und die ganze Sache mit »der anderen Backe« sei schlicht naiv. Ich denke, viele der hier Versammelten kennen die Exegese der Bergpredigt durch den Neutestamentler Walter Wink; deshalb will ich sie nur streifen. Für mich war der Ansatz von Wink wegweisend. In seinem Buch *Verwandlung der Mächte. Eine Theologie der Gewaltfreiheit* hat er den Mythos der »erlösenden Gewalt« dargestellt, der unsere Kultur bestimmt. Und zwar bis heute. Er zeigt, wie radikal Jesus eine Haltung der aktiven Gewaltfreiheit vertreten hat. Es geht eben nicht darum, einfach und irgendwie die andere Wange hinzuhalten, sondern darum, einen dritten Weg zu finden. Kreative Gewaltfreiheit wird auf anregende Weise in dem genannten Abschnitt der Bergpredigt durchbuchstabiert.

Denn: Die andere Wange hinhalten meint keine passive Haltung. Ein Mensch mit Macht hätte zu Jesu Zeiten seine linke Hand nicht in Anspruch genommen, um einen Untergebenen zu züchten. Jesus lehrt uns, so Wink, »nicht die Unterwerfung unter das Böse, sondern die Weigerung,

dem Bösen mit seinen eigenen Mitteln zu begegnen«.² Und das zeigt sich auch beim Hinhalten der anderen Wange. Gern wird diese Geste als Sinnbild für Schwäche, ja geradezu unfassbare Dummheit zitiert. Aber um einen Menschen auf die rechte Wange zu schlagen, muss die linke Hand genutzt werden. Die aber galt zu Jesu Zeiten als unrein, sollte nur für unreine Arbeiten benutzt werden, da mit ihr mit Wasser der Körper nach dem Toilettengang gereinigt wurde – und vielerorts wird. Die rechte Wange jedoch kann mit der rechten Hand nur durch den Handrücken erreicht werden. Das ist ein erniedrigender Schlag der Herren gegen die Untergebenen, der Männer gegen Frauen, der Erwachsenen gegen Kinder. Wenn nun die geschlagene Person anschließend die andere, die linke Wange hinhält, muss der Angreifer die rechte Handfläche nutzen. Probieren Sie es aus ...

So aber, schlagend mit der Vorderhand, finden Auseinandersetzungen unter Gleichberechtigten statt. Wink folgert: »Dieser Akt des Trotzes macht den Herrn unfähig, seine Dominanz in der Beziehung durchzusetzen. Er kann den Sklaven schlagen lassen, weiterhin einschüchtern kann er ihn nicht.« Wenn große Gruppen anfangen, sich so zu verhalten, schreibt Wink, »hat man es mit einer sozialen Revolution zu tun.«³ Es wird nicht nur die Gewalt delegitimiert, sondern auch die Herrschaftsstruktur. Gleiches gilt für das Mitgehen der zweiten Meile und die Übergabe des Unterkleides. Ich will das heute Abend nicht weiter ausführen, aber klarstellen: Schon vom Evangelium her meint Gewaltfreiheit nicht Passivität, sondern kreatives Verhalten, das den Kreislauf der Gewalt durchbricht. Wenn also viele sich schlicht nicht mehr demütigen lassen, verändert sich etwas. Beispielsweise: Wenn viele Frauen im Iran das Kopftuch nicht mehr tragen, entsteht eine Bewegung. Wenn Hunderttausende in der Türkei für die Freiheit von Ekrem Imamoglu auf die Straße gehen, wankt Erdogans Macht.

Festhalten will ich zu diesem ersten Punkt: Es gibt im Evangelium keine Rechtfertigung von Gewalt, Hass und Krieg. Und: Das bedeutet nicht Passivität und Naivität, sondern den Mut, andere, dritte Wege zu finden, um Gewalt und Hass zu überwinden.

2. Theologische Grundüberzeugungen

Der Theologe Friedrich Siegmund-Schultze hat 1946 formuliert: »... die Menschheit lässt sich wie stets in die Verantwortungslosigkeit hineinschlafen ...«. Ein guter Ansatzpunkt für Friedensethik:

sich nicht in Verantwortungslosigkeit »hineinschläfern« lassen! Hierbei könnten die Kirchen eine gute Rolle spielen. Jahrhundertelang wurden Waffen durch Kirchenvertreter gesegnet. Und auch heute sehen wir wieder Bilder davon. Der russische Patriarch Kyrill rechtfertigt den russischen Angriff auf die Ukraine, als sei Russland angegriffen durch westliche Werte wie Freiheit, Gleichberechtigung, Anerkennung homosexueller Lebenspartnerschaften. Das ist für mich Gotteslästerung. Die Kirchen der Welt sind immer in die Irre gegangen, wenn sie Gewalt legitimiert haben. Denn im Evangelium findet sich dafür keinerlei Grundlage.

Bei alledem gehört es zur *Demut* eines Menschen, anzuerkennen, dass ich mit jeder Option, die ich im Leben einnehme, schuldig werden kann. Sagt Außenministerin Baerbock »Unsere Waffen retten Menschenleben«, muss damit die Erkenntnis einhergehen, dass unsere Waffen eben auch töten, dafür wurden sie entwickelt. Lehnen Pazifistinnen und Pazifisten Waffenlieferungen an Menschen ab, die sie zu ihrer Verteidigung anfordern, muss ihnen klar sein: Das kann Menschenleben kosten. Niemand kann – wie einst Pontius Pilatus versuchte – die eigenen Hände in Unschuld waschen. Aber ein Ablehnen von Waffenlieferungen mit einhergehenden Konzepten von Diplomatie, Verhandlungen, sozialer Verteidigung, darf als Alternative nicht einfach lächerlich gemacht werden.

Die Frage, ob der Einsatz von Waffengewalt aus christlicher Sicht legitim ist, ob Christinnen und Christen in einer Armee dienen können, war von Anfang an ein strittiges Thema der Christenheit. War es in der frühen Christenheit noch Konsens, dass Gläubige gewaltfrei leben müssten, änderte sich das, als das Christentum Staatsreligion wurde. Werfen wir einen Blick in die jüngere Geschichte, so ist zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach den entsetzlichen Erfahrungen des Ersten Weltkrieges ein Hoffnungsschimmer erkennbar. Dietrich Bonhoeffer war überzeugt, die mit dem Beginn des Jahrhunderts entstehende ökumenische Bewegung werde Vorkämpferin des Friedens werden. Wenn sich die Kirchen verständigten, miteinander im Gespräch wären, könnten sie Widerstand leisten gegen nationalistische Parolen und Kriegstreiberei. Auf einem ökumenischen Kirchentreffen in Fanø sagte er 1934 in seiner Morgenandacht:

»Nur das eine große ökumenische Konzil der Heiligen Kirche Christi aus aller Welt kann es so sagen, daß die Welt zähnekirischend das Wort vom Frieden vernehmen muß und daß

die Völker froh werden, weil diese Kirche Christi ihren Söhnen im Namen Christi die Waffen aus der Hand nimmt und ihnen den Krieg verbietet und den Frieden ausruft über die rasende Welt.«

Seine Hoffnung wurde nicht erfüllt. Stattdessen wurden wieder Waffen, Soldaten, ja der Krieg durch Kirchenvertreter gesegnet. Dietrich Bonhoeffers Vision wurde 1983 auf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Vancouver vom Erfurter Propst Heino Falcke aufgegriffen – und ich freue mich so sehr, dass er mit 95 Jahren heute hier anwesend ist! Aus seiner Initiative bzw. der des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR entwickelte sich der konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, der maßgeblichen Anteil an der friedlichen Revolution hatte.

In unseren Kirchen gab es stets eine Mehrheit, die unter bestimmten Kriterien Krieg befürwortet hat. So wurden zunächst Thesen für einen »gerechten Krieg« entworfen, mit denen Grundsätze in militärischen Konflikten für ein Mindestmaß von Humanität sorgen sollten. Später mündeten sie in Thesen für einen »gerechten Frieden«, die der Prävention von Gewalt Vorrang geben vor militärischen Interventionen, aber auch akzeptieren, dass zur Erhaltung von Recht der Einsatz von militärischer Gewalt unvermeidbar sein kann. Daneben gab es stets eine Minderheit mit einer pazifistischen Haltung, die sich vom Evangelium her begründet. Beide Haltungen haben ihre theologische Rechtfertigung. Als der Ritter Assa von Kram Luther fragte, ob ein Soldat christlichen Standes sein könne, erklärte Luther, das könne er sehr wohl, müsse aber auch sein Gewissen befragen. Das Kriterium des Gewissens kommt ja erst mit Luthers Auftritt vor dem Reichstag zu Worms aufs Spielfeld. Ich halte es für wichtig. Und als langjährige Präsidentin der *Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen* habe ich mich oft gefragt, warum unser Staat das Gewissen der jungen Männer befragt, die den Kriegsdienst verweigern, aber nicht derer, die ihn leisten wollen. Wenn schon, dann macht beides Sinn.

Wir können aus einer theologischen Perspektive insgesamt sagen: Die biblische Version von Schalom ist viel mehr als ein Deal, der zu Waffenstillstand führt! Schalom meint ein Leben in Frieden im Sinne von Wohlergehen einer Gemeinschaft in gerechten Beziehungen, ja mehr noch Freude oder auch Glück. Es geht um ein Leben in Harmonie.

3. Gewaltfreiheit. Pazifismus. Frieden

Dietrich Bonhoeffer hat gesagt: »Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn Frieden muss gewagt werden, ist das große Wagnis und lässt sich nie und nimmer sichern. Friede ist das Gegenteil von Sicherung.«⁴

Solche Töne gibt es aktuell leider viel zu selten. Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat sich unsere Gesellschaft merklich verändert. Es gibt verschiedene Indikatoren für eine schleichende Militarisierung. Krieg wird wieder als Normalität dargestellt, dafür steht geradezu der Begriff »Zeitenwende«. Sicherheit wird auf dem Weg der Aufrüstung und Abschreckung gesucht. Dem möchte ich heute Abend nachgehen. Dabei ist mir bewusst: Was in diesen Tagen vor sich geht mit Blick auf Präsident Trump und seine Verhandlungen mit Präsident Putin über die Köpfe der Ukraine hinweg, mit dem Eklat im Weißen Haus und seinen Folgen, ist eine Entwicklung, die heute noch mitten im Fluss ist. Wir wissen nicht, was sich in absehbarer Zeit verändern wird. Aber dass es zu einem gerechten Frieden kommt, darf in einer Welt der »Deals« bezweifelt werden. Wenn der Eklat im Weißen Haus vom vorvergangenen Freitag – den zu beobachten mich wirklich schockiert hat – mit sich bringt, dass die Europäer nun endlich nicht mehr immer nur Waffen liefern, sondern tatsächlich aktiv und energisch einen Friedensplan, zumindest Regelungen für einen Waffenstillstand erarbeiten, hat er vielleicht eine konstruktive Folge. Ich hätte mir gewünscht, dass die europäischen Staaten viel früher Versuche gestartet hätten, zumindest einen Waffenstillstand zu erreichen, statt einzig Waffenlieferungen als Mittel der Wahl zu sehen. Doch offenbar sucht Europa auch jetzt nur in der Aufrüstung das »Heil«, statt ganz intensiv auf Diplomatie, vertrauensbildende Maßnahmen, Abrüstungsabkommen zu setzen.

Ich möchte anschließend zum Thema Gewaltfreiheit, Frieden, Pazifismus einen grundsätzlicheren Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre werfen, die ich als schleichende Militarisierung in unserem Land wahrnehme.

Sprache

»Sprache schafft Wirklichkeit« lautet ein dem Philosophen Ludwig Wittgenstein zugeschriebenes Zitat. Und hier setzt die Veränderung ein. Helden, Blutzoll, Tapferkeit, Ehre, Soldateska, Scherzen – solche Begriffe sind inzwischen Teil

des alltäglichen Sprachgebrauchs in den Medien geworden. Bei Landtagswahlen ist in den Kommentaren von »Bollwerk« und »Zweifrontenkrieg« die Rede. Der Begriff »Verhandlungen« wird inzwischen teilweise in Anführungszeichen gesetzt. Die Außenministerin erklärt, wir dürften nicht »kriegsmüde« werden. Der Verteidigungsminister meint gar, wir müssten »kriegstüchtig« sein. Hier braucht es sensible Aufmerksamkeit der Zivilgesellschaft. Und Roderich Kiesewetter sprach diese Woche von Investitionen in die »Sicherheitsindustrie«, die dringend notwendig seien, er meint aber de facto die Rüstungsindustrie. Und auch wo Verteidigung gesagt wird, ist am Ende Aufrüstung drin. Oder nehmen wir Prof. Michael Hüther vom Institut der deutschen Wirtschaft, der im Deutschlandfunk am Donnerstag erklärte, am Ende sei auch die Investition in Verkehrsinfrastruktur eine Investition in Sicherheit – schließlich müssen Brücken stabil genug sein, damit Panzer darüber rollen können.

Bundeswehr und Zivilgesellschaft

Zur schleichenden Militarisierung gehört die Rolle der Bundeswehr in der Zivilgesellschaft. Die Zahl rekrutierter Minderjähriger nimmt stetig zu. Das Kinderhilfswerk *terre des hommes* nennt das ein »Armutzeugnis« für die Bundesregierung. Bundesminister Pistorius wirbt inzwischen für »Schnupperpraktika« und fordert ungehinderten Zugang für Jungoffiziere an Schulen, um den Dienst in der Bundeswehr Jugendlichen schmackhaft zu machen. Mit einem neuen Gesetz werden in Bayern seit diesem Jahr Schulen und Hochschulen sogar verpflichtet, mit der Bundeswehr zusammenzuarbeiten. In der Gesetzesbegründung heißt es, »Aufgabe des Staates« sei es, »unsere Gesellschaft auf die grundlegend veränderte sicherheitspolitische Lage vorzubereiten«, die Auswirkungen auf fast alle Lebensbereiche habe. Die ehemalige Bundesbildungsministerin Starck-Watzinger hat erklärt, an den Schulen solle für »ein unverkrampftes Verhältnis zur Bundeswehr« geworben werden. Zudem plädierte sie für Zivilschutzübungen an Schulen zur Vorbereitung auf Krisen wie Pandemien, Naturkatastrophen oder Krieg.

Die aktuelle Debatte über die *Wiedereinführung der Wehrpflicht* ist in dieser Logik nur folgerichtig. Es ist Aufgabe der Zivilgesellschaft, diese Logik zu hinterfragen. Denn das Militär ist nicht die »Schule der Nation«. In seiner Antrittsrede als Bundespräsident sagte Gustav Heinemann am 1. Juli 1969: »Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren habe, wie meine

Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken unterwiesen wurde, sondern heute ist der Frieden der Ernstfall.⁵ Sinnvoll wäre in diesem Sinne eine Bildungspolitik, die Friedenserziehung, Mediation und gewaltfreie Konfliktbewältigung auf dem Lehrplan hat. Der Journalist Heribert Prantl hat jüngst darauf hingewiesen, dass in vielen Landesverfassungen gefordert wird, die Jugend zur Friedensgesinnung zu erziehen.⁶ Da müssen wir als Friedensbewegung wachsam sein!

Im Editorial der *Zeitschrift für innere Führung* (IF 2/2024) schreibt Oberst Harald Lamatsch: »Kriegstüchtig werde ich nur innerhalb einer Gesellschaft, die mir das notwendige Rüstzeug und die Unterstützung gibt, um in der von Tod und Gewalt geprägten Auseinandersetzung zu gewinnen.« Das bedeutet: Die Gesamtgesellschaft muss die Armee voll unterstützen, hinter ihr stehen. Kriegsdienstverweigerung, Skepsis, Drängen auf beispielsweise ein Einüben sozialer Verteidigung gelten in der Konsequenz als Infragestellung der Kriegstüchtigkeit. Ein Beitrag von Roderich Kiesewetter in derselben Ausgabe bestätigt das. Kiesewetter schreibt: »Die Zeitenwende ist somit nicht nur bei der Bundeswehr, sondern auch bei der zivilen Verteidigung erforderlich: Deutschland braucht einen Operationsplan (OPLAN) für eine Gesamtverteidigung, der Sicherheit integriert betrachtet.«⁷ Und weiter: »Zuletzt kommt es auch hier auf Kommunikation gegenüber der Bevölkerung und trainierte Erfahrung an. Große deutschlandweite Übungen wären wichtig, genauso wie die individuelle Sensibilisierung beispielsweise in der Schule.«⁸

Und siehe da, längst existiert der »Operationsplan Deutschland«, der ständig aktualisiert wird. Generalmajor André Bodemann erklärte gegenüber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Deutschland und die Bundeswehr müssten sich darauf einstellen, »auf die aktuellen Bedrohungen und die territoriale Verteidigung in Frieden, Krise und auch Krieg zu reagieren.« Das aber könnte die Bundeswehr nicht allein leisten. »Deswegen brauchen wir die Unterstützung der zivilen Seite.« Es könne beispielsweise eintreffen, »dass sich etwa eine US-Division durch Deutschland in Richtung Osten bewegt, Tausende Fahrzeuge, Tausende Soldaten. Dann müssen die verpflegt werden.«⁹ Sein Plan sei bei den Bundesländern, den Bundesressorts vom Roten Kreuz bis zur Polizei sehr positiv aufgenommen worden, erklärt Bodemann. Diese Pläne sind der öffentlichen Wahrnehmung bisher überhaupt nicht präsent, das sollte sich ändern.

Die Zivilgesellschaft kann das doch nicht alles einfach so hinnehmen!

Dass jüngst die evangelische Militärseelsorge erklärte, sie bereite sich auf einen möglichen Verteidigungsfall vor und erarbeite aktuell sozusagen parallel zu den staatlichen Überlegungen einen »geistlichen Operationsplan Deutschland«, der festlege, wie die Kirche im Kriegsfall handeln könnte, zeugt bedauerlicherweise nicht von unbedingtem Friedensengagement der Kirchen, sondern von Vorbereitung auf den Krieg.¹⁰

Zu alledem passt die Entscheidung des Bundestags im Jahr 2024, den 15. Juni für die bessere Sichtbarkeit von Soldaten in der Öffentlichkeit als einen *nationalen Veteranentag* »für Respekt, Anerkennung und Würdigung unserer Soldatinnen und Soldaten« ins Leben zu rufen. Auch der Begriff »Veteran« war bisher im Deutschen eher ungebräuchlich. Mit gutem Grund wurde nach 1945 der Heldengedenktag zum Volkstrauertag; es sollte fortan um alle Opfer der Kriege gehen. Warum hat der Bundestag keinen Würdigungstag für alle beschlossen, die sich für unser Land einsetzen und Respekt und Anerkennung verdienen, für Lehrerinnen und Lehrer, Pflegekräfte, Polizeibedienstete, Ehrenamtliche? Dazu passt, dass 2024 versucht wurde, frühere Wehrmachtsoffiziere gemäß Traditionserlass der Bundeswehr von 2018 zu Vorbildern für die Bundeswehr heute zu erklären. Nach einem Artikel in der *taz* unter dem Titel »Mehr Wehrmacht wagen« und den folgenden kritischen Stimmen, wurde das Vorhaben außer Kraft gesetzt.¹¹ Das wäre eine solide öffentliche Debatte wert: Wer sind unsere Vorbilder, wer ist zu würdigen in unserer Gesellschaft? Was ist beispielsweise mit Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern?

Ein letzter Aspekt: Zu den vielbeschworenen europäischen Werten gehört: *Kriegsdienstverweigerung* ist ein Menschenrecht. Junge Männer aus Russland aber, die den Kriegsdienst verweigern wollen, erhalten in Deutschland kein Asyl. Männer in der Ukraine zwischen 18 und 60 Jahren dürfen das Land nicht verlassen. Fast eine Million von ihnen aber haben Zuflucht in Westeuropa gesucht. Sie bangen jetzt darum, ob sie bleiben können. Die Entscheidung eines Menschen, Soldat oder Soldatin zu werden, muss respektiert werden. Diesen Dienst zu verweigern aber ebenso.

Aufrüstung

Mit der Militarisierung geht eine beispiellose Aufrüstung einher, an der vor allem die Rüstungsindustrie verdient, deren Aktien Rekordhöhen erreichen. Allein die Aktie von Rheinmetall ist seit Februar 2022 von 96 € zwischenzeitlich auf 906 € gestiegen! Die Prognosen sind bestens, zeigen Analysten und stufen die Aktie als »attraktiv« ein. Aktionäre verdienen an den Kriegen der Welt, und wenn die Flüchtlinge aus diesen Kriegen zu uns kommen, werden sie abgewiesen. Der Bundeskanzler selbst war eigens zum Spatenstich für eine neue Rüstungsfabrik in Unterlüß zugegen. Jetzt heißt es sogar, die Rüstungsindustrie müsse staatlich gefördert werden.

Die weltweiten Rüstungsausgaben liegen mit 2,2 Billionen US-Dollar auf einem absoluten Rekordhoch. Und: Mit »Steadfast Defender« fand letztes Jahr das größte NATO-Manöver seit dem Ende des Kalten Krieges statt. 90.000 Soldatinnen und Soldaten aus 32 Ländern nahmen teil. Das erklärte Ziel: Abschreckung. Dazu passt, dass erstmals eine ganze Brigade der Bundeswehr, 5.000 Soldatinnen und Soldaten, mit ihren Familien im Ausland stationiert werden soll, in Litauen. Mehr noch: Ohne öffentliche Debatte, auch ohne Debatte des Deutschen Bundestages wurde am Rande des NATO-Gipfels 2024 schlicht mitgeteilt, dass die USA ab 2026 wieder landgestützte Raketen in Deutschland stationieren werden. Mit diesen US-Langstreckensystemen solle eine »Fähigkeitslücke« geschlossen werden. Schon der Begriff ist eine Herausforderung. Eine »Fähigkeitslücke« scheinen wir eher im Bereich von Abrüstung, Diplomatie und Frieden zu haben. Wo sind denn diese Fähigkeiten abgeblieben? Ja, auch Russland führt Manöver durch, auch Russland hat Langstreckenraketen. Willy Brandt aber, an den hier in Erfurt besonders zu erinnern ist, hat mit den Ostverträgen den Weg zur Aussöhnung möglich gemacht. Durch Vertrauensaufbau wurde Rüstungsabbau möglich.

Irritierend ist nicht nur die fehlende politische und öffentliche Debatte, sondern auch die Tatsache, dass ganz anders als beim NATO-Doppelbeschluss von 1979 mit der Stationierungsentscheidung keinerlei Verhandlungsaangebot an Russland einherging. So wird nicht Rüstungskontrolle entwickelt, sondern Rüstungswettlauf. Mit Marschflugkörpern, die auch nuklear bestückt werden können, und Hyperschallwaffen, die Reichweiten von bis zu 2.500 km haben, kann Moskau erreicht werden. Und kann Deutschland wie in den 80er Jahren zum Zentrum einer Aus-

einandersetzung werden. Der ehemalige Außenminister Sigmar Gabriel erklärte, für Deutsche gebe es dabei eine besonders heikle Frage: »Die Stationierung solcher Waffensysteme hat ja immer das Ziel, dass sie nie eingesetzt werden, weil die gegnerische Macht weiß, dass es am Ende nur Verlierer gibt.« Das Problem aller nuklearen Strategien in Europa sei aber, »dass für den Fall, dass es trotzdem einmal zum Einsatz solcher Waffen kommen könnte, Zentraleuropa und damit Deutschland immer das Schlachtfeld wäre, auf dem ein solcher Schlagabtausch ausgetragen würde« (SPIEGEL online, 29.07.2024).

Und damit nicht genug. Der ehemalige Außenminister Joschka Fischer fordert Atomwaffen für die EU und sagt: »wir müssen unsere Abschreckungsfähigkeit wiederherstellen« (ZEIT online, 03.12.2023). Es gibt Überlegungen, Europa unter den euphemistisch so genannten »Schutzschild« Frankreichs oder auch Großbritanniens zu stellen. Und wenn vorgestern Litauen, so die Meldung, als erster Staat das Übereinkommen zur Bannung von Streubomben verlässt, das 2010 in Kraft trat, von 123 Staaten unterzeichnet wurde und den Einsatz, die Herstellung, Lagerung und Weitergabe dieser furchtbaren, gerade die Zivilbevölkerung bedrohenden Waffen verbietet, darf gefragt werden, was es mit den viel betonten europäischen Werten und dem Völkerrecht überhaupt noch auf sich hat.

Eigentlich hatte die jetzige, gerade noch im Amt befindliche Bundesregierung geplant, die Exporte zurückzufahren und ein Kontrollgesetz auf den Weg zu bringen. Stattdessen erreichten die Rüstungsexporte 2024 mit 13,2 Milliarden Euro ein Rekordniveau in der Geschichte der Bundesrepublik (Tagesschau, 18.02.2024). Noch im Bundestagswahlkampf 2021 hatte die Partei Bündnis 90/Die Grünen plakatiert, was bis dato Konsens war: »Keine Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete«. Dass gerade diese Partei, die aus der Friedensbewegung hervorgegangen ist – genannt seien Pazifistinnen der Gründergeneration wie Petra Kelly oder Antje Vollmer – vollmundig und vehement für Waffenlieferungen eintritt, ist höchst irritierend. Keine Rede mehr von Abrüstung, nur noch von Waffensystemen und Militärstrategien. Keine Rede auch davon, dass gerade der Krieg massive Umweltschäden verursacht und die Klimakatastrophe befördert. Da ist der Diskurs in eine völlig andere Richtung abgedreht, eine Entwicklung, die eine innerparteiliche Debatte wert wäre ...

Geschichtslektionen

In öffentlichen Debatten wird immer wieder erklärt, Deutschland sei naiv gewesen mit seiner skeptischen Haltung gegenüber militärischer Ausrüstung. Aber diese Haltung erklärt sich mit zwei Weltkriegen, die Deutschland zu verantworten hatte. Wer einmal das Beinhaus von Douaumont besucht hat, in dem die Knochen von 130.000 jungen Männern zusammenliegen, die auf den Schlachtfeldern von Verdun starben, sieht den ganzen Irrsinn des Krieges. Sie sollten darum kämpfen, ob das Land zu Frankreich oder Deutschland gehört. Mit Blick auf ihre Gebeine ist das vollkommen irrelevant ...

Und das Unbehagen in großen Teilen der Bevölkerung gegenüber Waffenlieferungen in die Ukraine röhrt doch daher, dass mit Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 85 Jahren deutsche Panzer nach Osten rollten, erst nach Polen, dann in die Sowjetunion. Es ist fatal, dass die Ablehnung von Waffenlieferungen durch die Mehrheit der Bevölkerung nahezu ignoriert wird. Das Meinungsforschungsinstitut Civey hat gezeigt, dass 55 Prozent der Deutschen einen NATO-Beitritt der Ukraine ablehnen, in Ostdeutschland sogar 62 Prozent der Befragten. Das muss sich doch in der Politik demokratischer Parteien spiegeln! Nach den Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg wurde aber auf keine Weise thematisiert, dass viele Menschen rechtsextreme Parteien wählen, nicht weil sie Neonazis favorisieren, sondern weil sie gegen Waffenlieferungen votieren. In der Folge greift die AfD das Thema auf und geriert sich als Friedenspartei. Wer aber von Zwangsdeportationen fantasiiert und Unfrieden im eigenen Land sät, kann nicht glaubwürdig für Frieden im internationalen Bereich eintreten. Deshalb ist aktuell wichtig, das Thema Frieden nicht dem politisch rechten Spektrum zu überlassen und die Friedensbewegung davon abzugrenzen. Ich denke, die Partei »DIE LINKE« hat bei der Bundestagswahl Wählerstimmen von den Parteien der Mitte gewonnen, weil sie Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete ablehnt und erklärt, die Bundeswehr müsse wieder auf ihre ursprüngliche Aufgabe beschränkt werden: Landesverteidigung.

Zur Geschichte gehört auch, dass all die Waffengänge der vergangenen Jahre keinen Frieden gebracht haben. Der Einmarsch der »Koalition der Willigen« im Irak 2003 – ebenso völkerrechtswidrig wie der Angriff Russlands auf die Ukraine – führte zum Sturz des Diktators Saddam Hussein. Ziel war, eine demokratische Führung zu installieren. UN-Waffeninspekteure suchten vergeblich

nach den Massenvernichtungswaffen, die es angeblich dort geben sollte. Als sich die US-Truppen 2011 zurückzogen, gab es nach offiziellen Schätzungen mehr als 100.000 Tote, andere Schätzungen gehen von bis zu 500.000 Toten aus. Im Land herrschen bis heute bürgerkriegähnliche Zustände. Übrigens: Wenn Europa jetzt wirklich Frieden in der Ukraine absichern sollte, halte ich den dafür öffentlich benutzten Begriff einer »Koalition der Willigen« aus diesem geschichtlichen Zusammenhang heraus für unpassend.

»Deutschland wird am Hindukusch verteidigt« – so begründete der damalige Verteidigungsminister Struck 2004 die Beteiligung der Bundeswehr am Krieg in Afghanistan. »Enduring Freedom« (Andauernde Freiheit) wurde die Operation betitelt, die – dieses Mal mit Zustimmung des UN-Sicherheitsrates – als Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 durchgeführt wurde. Der Einsatz endete 2021 auf dramatische Weise. Die Bilanz des »Kriegs gegen den Terror« sind 240.000 Tote und 5,5 Millionen Menschen auf der Flucht (NZZ, 19.08.2021). Heute herrschen die Taliban wieder in Afghanistan. Frauen dürfen sich nicht mehr frei bewegen, kaum noch Schulen besuchen, in der Öffentlichkeit nicht singen oder laut sprechen. Das Land ist am Ende.

Letztes Jahr haben die letzten deutschen Soldaten auch Mali verlassen. Mit UN-Mandat sollte das Land stabilisiert werden. Die *Neue Zürcher Zeitung* bilanziert: »Was mit hehren Zielen begann, endete im Fiasko. Am Ende wurde die Bundeswehr auch von denen verjagt, die sie zuvor ausgebildet hatte.«¹²

Die Schriftstellerin Ingeborg Bachmann hat treffend gesagt: Die Geschichte lehrt dauernd, aber sie findet keine Schüler. Das scheint auch jetzt zu gelten. Doch die Frage, ob Auslandseinsätze der Bundeswehr durch das Grundgesetz überhaupt gedeckt sind, wie weit die Aufgabe der »Landesverteidigung« interpretiert werden darf, muss immer wieder neu diskutiert werden.

Friedensbewegung

Die Friedensbewegung wird seit Februar 2022 massiv diskreditiert. Von »selbsternannten Friedensfreunden« ist die Rede. Wer Friedensverhandlungen fordert, wird sofort als Putin-Versteherin diffamiert. Volker Beck twittert von »Teestubenpazifismus«, Sascha Lobo spricht von »Lumpenpazifisten«, Ralf Fücks gar von »Unterwerfungspazifisten« (Der SPIEGEL, 13.07.2022). Der Liedermacher Wolf Biermann erklärt gegen-

über Prominenten, die einen schnellen Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine forderten: »Diese falschen Pazifisten halte ich für Secondhand-Kriegsverbrecher.«¹³

Die teils wüsten Beschimpfungen gehen damit einher, dass allen, die für den Frieden eintreten oder sich selbst als Pazifistinnen bzw. Pazifisten bezeichnen, unterstellt wird, sie begriffen nicht, dass Wladimir Putin ein Kriegsverbrecher ist und den Krieg gegen die Ukraine begonnen habe. Eine kontroverse Debatte über die Rolle Deutschlands, ein Infragestellen der Waffenlieferungen ist nicht möglich, ohne als dumm, naiv oder »Putinversteherin« beschimpft zu werden. Wer versucht, die Vorgeschichte des Krieges in der Ukraine zu beleuchten, etwa die NATO-Osterweiterung nach 1990 zu hinterfragen, dem wird unmittelbar unterstellt, zu leugnen, dass Russland die Ukraine völkerrechtswidrig angegriffen hat. So ist demokratischer Diskurs unterbunden. Der Friedens- und Sozialforscher Christoph Butterwegge erklärt, es sei »verrückt«, wie beispielsweise über den Fraktionsvorsitzenden der SPD Rolf Mützenich hergefallen wurde, als dieser – selbst ein studierter Friedenswissenschaftler (!) – Überlegungen zu einem Einfrieren des Kriegs in der Ukraine geäußert hatte. Butterwegge: »Ich bin der Meinung, hier wird eine richtige Vorkriegsstimmung erzeugt.«¹⁴

In einem Aufsatz von Clemens Ronnefeldt vom Versöhnungsbund zur frühen Christenheit habe ich einen interessanten Hinweis gelesen. Er beschreibt, wie sich der Platoniker Celsus bei Kirchenvater Origenes über die pazifistische Haltung der Christen wie folgt beschwert:

»Handeln nämlich alle so wir ihr, so wird nichts im Wege stehen, daß der Kaiser allein und einsam übrigbleibt, die Herrschaft auf Erden aber den gesetzlosesten und wildesten Barbaren zufällt, so daß weder von eurer Gottesverehrung noch von der wahren Weisheit unter den Menschen auch nur eine Kunde übrigbleibt.«¹⁵

Das passt zu dem aktuellen Vorwurf: Mit der Bergpredigt kann man halt keine Politik machen! Origenes hat geantwortet: »Handelten nämlich, wie Celsus sagt, alle so wie wir, so würden natürlich auch die Barbaren, die sich ja dann dem Worte Gottes zugewendet hätten, ganz gesetzlich und gesittet sein.«¹⁶ Unfassbar, dass sich all die Argumentationen derart ähneln über Jahrhunderte, ja Jahrtausende hinweg ...

Medien

Der Philosoph Richard David Precht und der Sozialpsychologe Harald Welzer haben in ihrem Buch *Die vierte Gewalt* ausführlich beschrieben, wie sehr die öffentliche Meinung und die veröffentlichte Meinung seit Beginn des Krieges in der Ukraine auseinanderklaffen. Sie beklagen, wie wenig sich die mehrheitlich kritische Haltung der Öffentlichkeit gegenüber Waffenlieferungen in den Leitmedien spiegelt: »Wenn, wie beim Ukraine-Krieg, (sogar) sämtliche Leitmedien die gleiche weltanschaulich-ethische Haltung einnehmen und fast alle Waffenlieferungen und einer eskalierenden Konfrontation mit dem Aggressor Russland das Wort reden, geschieht eine kollektive Pluralitätsverengung.«¹⁷ Auf diese Weise wird der Diskurskorridor gezielt verengt. Ein anregender Band aus dem Donat-Verlag zeigt, wie ein vielfältiger, weit gefasster Diskurs aussehen könnte.¹⁸ Von solchen medialen Angeboten zur Auseinandersetzung braucht es mehr!

Abgesehen von Talkshows und Printmedien gibt es auch Beispiele aus dem völlig normalen öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramm: In »Das aktuelle Sportstudio« vom 9. September 2023 waren Prinz Harry und Verteidigungsminister Pistorius zu Gast. Berichtet wurde über die Invictus Games, die in diesem Jahr in Deutschland stattfanden. Kriegsversehrte werden über Sport wieder in die Gesellschaft integriert. Vorgestellt werden Angelo und Jens. Der eine hat eine posttraumatische Belastungsstörung, der andere hat beide Beine im Afghanistankrieg verloren. In der gesamten Sendung aber wird die Ursache für die Behinderungen nicht ein einziges Mal genannt. Von der immensen Suizidrate unter Kriegsteilnehmenden ist nicht die Rede. In den USA nehmen sich täglich 20 Kriegsveteranen das Leben! Der Kommentator sagt: »Um Ruhm und Ehre geht es nicht, davon ist unter den Teilnehmenden schon genug vorhanden!« Der Verteidigungsminister lobt die Versehrten, die »für unser Land gekämpft haben«. Sie seien »Role Models«. Und dann wird berichtet, dass die Invictus Games von der Rüstungsindustrie gesponsert werden ...

Zuletzt und persönlich

»Ich bin doch nicht schuld an alledem«, sagte mir ein Freund kürzlich mit Blick auf den Zweiten Weltkrieg mit all der Verwüstung, all den Toten, dem Holocaust. Natürlich hat meine Generation die Verbrechen der Nationalsozialisten nicht unmittelbar begangen. Es geht nicht um aktive Schuld. Aber es geht sehr wohl um Verantwor-

tung, um bewussten Umgang mit der Vergangenheit und um die Frage, wie sehr sie uns geprägt hat, meine Generation der Boomer, die stetig damit aufgewachsen ist, dass alles besser wird, und lieber nicht danach gefragt hat, warum es denn überhaupt schlechter geworden war. Was hat es mit uns gemacht, dass unsere Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Pfarrer und Ärzte im Nationalsozialismus aufgewachsen sind, tätig waren, ja Täterinnen und Täter waren? Sie blieben ja größtenteils in ihren Ämtern und Verantwortungen. 1945 war der Antisemitismus, mehr noch, die Judenvernichtung doch nicht urplötzlich aus den Köpfen verschwunden. Ich bin von diesen Menschen erzogen und geprägt worden. Erst 1984 beispielsweise wurden die Urteile des Volksgerichtshofs aufgehoben – die meisten Richter waren schlicht im Amt geblieben.

Piotr Cywiński, Leiter der Gedenkstätte Auschwitz, hat auf die Frage, ob Auschwitz erklärbar sei, geantwortet: »Je länger ich hier bin, denke ich: Wer Auschwitz als etwas bezeichnet, das nicht erklärbar ist, versucht, der Realität auszuweichen. [...] Auschwitz zeigt: Das geht, man kann das machen, man kann industriell vernichten, man kann diese Maschine bauen.« Und weiter:

»Deutschland brauchte lediglich sechs Jahre Propaganda von Hitlers Machtübernahme bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs. Heute ist viel weniger Vorbereitungszeit nötig, bis eine Gesellschaft zu solchen Taten bereit ist. Wir müssen uns nur die neuen Trends in den Medien vergegenwärtigen, die populistischen Politikern Auftrieb geben. [...] Es reicht, ein paar Verrückte zu haben, die eine opportunistische Ideologie entwickeln und eine frustrierte Gesellschaft davon überzeugen, andere Menschen zu zerstören. [...] Und die Welt schweigt, wenn es zur Katastrophe kommt, so wie damals.«¹⁹

Es wird so gern, allzu oft und locker dahergesagt: »Nie wieder ist jetzt!« Aber ich denke, das wird gar nicht ernst genug genommen. Wenn ich etwas gelernt habe aus dem Schweigen meiner Kindheit und Jugend, dann ist es das: Nicht schweigen, laut protestieren, nicht wegducken, intervenieren, nicht zögern, sondern handeln, jetzt! Und wenn ich etwas gelernt habe aus dem Versagen meiner Kirche, dann bedeutet das: Das Wort ergreifen. Keine Angst haben vor Diffamierung und Diskriminierung, sondern eintreten gegen Militarisierung und Krieg, für die Freiheit aller Menschen, für die Gleichheit, die sich nicht

an Herkunft, Religion, Geschlecht orientiert, sondern an Zukunft, die wir gemeinsam gestalten wollen.

Der ehemalige AfD-Vorsitzende Alexander Gauland sagte nach der Bundestagswahl 2017, bei der seine Partei 12,6 Prozent der Stimmen erlangt hatte: »Wir werden sie jagen.« Und genau das passiert. Die demokratischen Parteien der Mitte lassen sich von dieser Partei jagen, indem sie sich überschlagen mit Vorschlägen, wie Menschen mit Migrationshintergrund, Geflüchtete, Asylsuchende möglichst massiv vertrieben werden können. Die einzelnen Menschen und ihre Lebensgeschichte werden gar nicht mehr gesehen. »Remigration«, also gewaltsame Zwangsdeportation von Menschen aus unserem Land, wird von der AfD-Parteivorsitzenden unter dem zustimmenden Gegröle des Parteitages in Riesa ohne jede Hemmung als Ziel ihrer Partei genannt. Und seit dem entsetzlichen Attentat in Aschaffenburg letzte Woche wird schamlos die so genannte »Brandmauer« eingerissen, Stimmen der AfD werden bewusst für die Durchsetzung eigener Anträge akzeptiert. Das ist unfassbar. Dagegen muss es doch eine klare Haltung geben!

Als Großmutter von sieben Enkelkindern sehe ich die Entwicklung für die nachwachsenden Generationen mit großer Sorge. Wenn ich an diese Kinder denke, an all die Kinder in der Ukraine, in Russland, in Syrien, in Israel, in Gaza, im Jemen, im Sudan und in der Demokratischen Republik Kongo dann sind all die hunderte Milliarden Euro und Dollar für Aufrüstung und Krieg doch keine Investition in ihre Zukunft! Was sie brauchen, ist eine Investition zur Verhinderung der Klimakatastrophe. Ihre Zukunft wird lebenswert durch Milliarden Euro, die in Bildung und Entwicklung investiert werden. Unsere Erde ist bedroht durch die rücksichtslose Ausbeutung aller Ressourcen. Und Krieg ist eine der schlimmsten Zerstörungskräfte. Nur Abrüstung und Frieden werden die Zukunft der Menschheit sichern. Die Hoffnung, dass das möglich ist, gilt es wachzuhalten, gerade in diesen Tagen.

Mir ist klar, dass das nicht einfach ist für Friedensbewegte in diesen Tagen. Wenn ich sehe, wie überall nach Rüstung gerufen wird im Namen der Verteidigung, könnte ich auch manches Mal verzagen. Aber die Stimme des Friedens darf nicht resignieren. Wir müssen uns gegenseitig ermutigen, auch wenn die Stimmen, die für Waffen und Abschreckung plädieren so übermäßig erscheinen! Abrüstung, das Bannen von atomaren Waffen, Diplomatie, Verträge, Sicherheit neu

denken, vertrauensbildende Maßnahmen auch durch die Zivilgesellschaft, dafür plädieren wir.

Und so möchte ich hier in einem Kloster, das für die Kirchen eine so große Bedeutung hat, enden mit einem Zitat von Martin Luther King, dessen Vater ihn ja nach dem deutschen Reformator genannt hat:

»Der christliche Glaube gibt uns die Kraft, tapfer zu tragen, was wir nicht ändern können. Enttäuschungen und Sorgen gelassen auf uns zu nehmen, ohne je die Hoffnung zu verlieren. Wir wissen wie Paulus, dass im Tod oder im Leben, in Spanien oder in Rom »denen, die Gott lieben, alle Dinge zum Besten dienen [...]«.²⁰

In diesem Sinne: Lasst uns die Hoffnung nicht aufgeben, dass Krieg, Hass und Feindbilder überwunden werden können!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Anmerkungen:

¹ Martin Luther King, *Address at the Thirty-sixth Annual Dinner of the War Resisters League*, 02.02.1959.

² Walter Wink, *Verwandlung der Mächte. Eine Theologie der Gewaltfreiheit*, Regensburg 2014, 93f.

³ Wink, *Verwandlung der Mächte*, 95.

⁴ Dietrich Bonhoeffer, *Kirche und Völkerwelt*, in: ders., *London 1933-1935*, hg. v. Hans Goedeking u. a., Gütersloh 1994 (DBW 13), 300.

⁵ Gustav Heinemann, *Antrittsrede als Bundespräsident*, im Wortlaut abgedruckt in: SZ, 02.07.1969, 7.

⁶ Vgl. Heribert Prantl, *Frieden lernen*, SZ, 07.03.2024.

⁷ Roderich Kiesewetter, *Wenn Kriege zum System werden. Wehrhaftigkeit als neuer gesamtgesellschaftlicher Ansatz*, in: IF 2/2024, 18ff., hier 20.

⁸ Kiesewetter, *Wenn Kriege zum System werden*, a.a.O., 23.

⁹ Peter Carstens, *Im Frieden befinden wir uns schon lange nicht mehr*, FAZ, 22.04.2024.

¹⁰ Vgl. T-Online, *Bischöfe bereiten sich auf den Kriegsfall vor*, 12.09.2024.

¹¹ Georg Ismar, *Welche Krieger braucht das Land?*, SZ, 16.08.2024.

¹² Marco Seliger, *Der andere Blick*, NZZ, 11.04.2024.

¹³ Wolf Biermann, *Wann wird man je versteh 'n*, ZEIT Nr. 44/2022.

¹⁴ Georg Ismar, *Die Entfremdung. Raketendebatte in der SPD*, SZ, 05.08.2024.

¹⁵ Origenes, *Contra Celsum VII,8*; Übersetzung P. Koetschau.

¹⁶ Origenes, ebd., VII,68.

¹⁷ Richard David Precht u. Harald Welzer, *Die vierte Gewalt*, Frankfurt a. M. 2022, 65.

¹⁸ Hermann Theisen u. Helmut Donat (Hrsg.), *Bedrohter Diskurs. Deutsche Stimmen zum Ukrainekrieg*, Bremen 2024.

¹⁹ Piotr Cywirski, »Auschwitz ist viel näher als es scheint«, SZ, 02.01.2025.

²⁰ Zit. nach: Margot Käßmann, *Ganz anders könnten wir leben*, München 2018, 78f.

»Wachet, steht im Glauben, seid mutig und seid stark! Alle eure Dinge lasst in der Liebe geschehen!«

Prof. Dr. Dr. h. c. Margot Käßmann

Predigt über 1. Korinther 16,13 am 9. März 2025 in der Augustinerkirche zu Erfurt

Liebe Gemeinde,

das Jahr ist noch jung und doch macht es uns unruhig. Niemand scheint so richtig zuversichtlich. Die Bundestagswahl hat die Spaltung unserer Gesellschaft dokumentiert, der Zusammenhang scheint gefährdet. Und dann ist da auch noch Donald Trump mit seinen Fantasien: Grönland kaufen, Golf von Mexiko umbenennen, Gaza zum Resort umbauen, Panamakanal zurückholen. Und alle Diskussionen dominiert derzeit der Eklat im Weißen Haus vergangene Woche mit all seinen Folgen bis hin zu unfassbaren Milliardensummen, die plötzlich der alte Bundestag noch schnell verabschieden soll. Aber ja, ich weiß, es gibt auch Vorfreude: Da ist in einer Familie ein Kind unterwegs, eine Hochzeit steht an oder eine Einschulung, vielleicht ein besonderer Urlaub. Das dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren!

»Mutig-Stark-Beherzt« – das Motto des diesjährigen Kirchentages in Hannover. Das ist eine Ermutigung angesichts der Weltlage. Und ich hoffe, Sie alle kommen Anfang Mai nach Hannover, gerade auch zu dem unabhängig vom Kirchentag geplanten Ökumenischen Friedenszentrum. Die Lösung ist angelehnt an einen biblischen Text. Der Apostel Paulus schreibt in seinem ersten Brief an die Gemeinde in Korinth: »Wachet, steht im Glauben, seid mutig und seid stark! Alle eure Dinge lasst in der Liebe geschehen!« (1. Kor 16,13) Ich finde, das passt auch fast 2.000 Jahre später gut für uns als Christinnen und Christen.

Der Apostel Paulus schreibt an eine sehr junge Gemeinde, die er selbst um das Jahr 50/51 nach Christus gegründet hat. Anderthalb Jahre hatte er in Korinth gelebt, das Evangelium verkündigt, Resonanz gefunden, erste Strukturen aufgebaut. Nach seiner Abreise aber gab es schon bald heftige Auseinandersetzungen um den richtigen Weg. Es zeigt sich eine Gemeinde in Verwirrung und Zerrissenheit: Was ist denn nun der richtige Glaube? Welchen Weg wollen wir gehen? In seinem Brief, den Paulus von Ephesus aus schreibt, gibt er konkrete Ratschläge etwa mit Blick auf

Speisegebote. Vor allem aber ermutigt er mit vier Punkten:

1. Wachet!

Zuallererst ruft Paulus der Gemeinde zu: *Wachet!* Als 1949 der erste Deutsche Evangelische Kirchentag auch in Hannover stattfand, herrschte materielle Not. Viele Menschen waren in der Folge des Zweiten Weltkrieges traumatisiert, sie litten unter Ohnmachtsgefühlen und verdrängten oft, was geschehen war. Millionen Flüchtlinge aus dem Osten kamen an, hatten ihre Heimat verloren und mussten integriert werden. Alle sehnten sich nach Hoffnung und Zuversicht, neuen Formen der Gemeinschaft.

Diese Anliegen griff Reinold von Thadden-Trieglaff, der Mitbegründer und erste Präsident des Kirchentages, auf. Im sogenannten »Dritten Reich« hatte er sich als Mitglied der »Bekennenden Kirche« gegen die nationalsozialistischen Machthaber engagiert. Drei seiner fünf Söhne starben als Soldaten im Krieg, seine Schwester Elisabeth von Thadden wurde als Widerstandskämpferin vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und im September 1944 hingerichtet.

So sollte der erste Kirchentag in der Nachkriegszeit ein Zeichen gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft setzen und einen Neuanfang wagen. Organisiert wurde die Veranstaltung als Laienbewegung; unabhängig sollte der Kirchentag sein, weil die großen Kirchen im »Dritten Reich« weitgehend versagt hatten. So wurde das neue Vorhaben kaum von offizieller Seite unterstützt. Es begann klein – 6.000 Teilnehmende kamen zusammen. Fünf Jahre später versammelten sich 1954 in Leipzig 650.000 Menschen zur Schlusskundgebung – die bislang größte protestantische Veranstaltung in Deutschland.

Reinold von Thadden-Trieglaff hatte sehr wohl im Blick, dass die evangelischen Christen in die Irre gegangen waren, als sie das Naziregime nicht massiv abwehrten. »Seid wachsam«, das war ihm wichtig. Aber es dauerte lange, bevor einige Themen wirklich auf den Tisch kamen. Erst ab 1961 wird der NS-Unrechtstaat auf Kirchentagen offen thematisiert, die Schuld der Deutschen angesprochen. Trotz der Wurzeln in der Bekennen-

den Kirche fiel es offenbar auch den Christinnen und Christen auf dem Kirchentag schwer, die eigene Schuld zu sehen. Dann aber wurde das Schweigen gebrochen. Mit einem »Gedenken vor Beginn« steht vor jedem Kirchentag der Besuch einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus. Im Kirchentag wurde der Dialog zwischen Juden und Christen zu einem zentralen Thema.

Gerade erst jährt sich die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz zum 80. Mal. Wachsam müssen wir sein, dass Antisemitismus nicht noch weiter um sich greift. Wachsam müssen wir sein, wenn eine Partei, die in großen Teilen rechtsextrem ist, von mehr als 20 Prozent der Bevölkerung gewählt wird. Wachsam müssen wir sein, wenn Frau Weidel die Geschichte verdreht, Hitler zum »Linken« macht und Proteste gegen eine Veranstaltung der AfD mit Schlägertrupps der Nazis vergleicht. Wachsam müssen wir sein, wenn zivilgesellschaftliche Organisationen, die für Demokratie eintreten, hinterfragt werden. Wobei ich sagen muss: Wenn sich jemand vor demonstrierenden Omas fürchtet, empfinde ich das als Oma ja geradezu als Wertschätzung! Auf jeden Fall: Seid wachsam, das passt ganz aktuell!

2. Steht im Glauben!

Als Teilnehmerin, Generalsekretärin, gastgebende Bischöfin oder Bibelarbeiterin war mir immer wichtig: Die gesellschaftskritische Haltung des Kirchentages ist undenkbar ohne biblisch-theologische Reflexion. Wer Kirchentag kennt, weiß: Der Tag beginnt konkurrenzlos mit einer Bibelarbeit! Früher um 9 Uhr, heute um 9:30 Uhr legen verschiedene Menschen einen Bibeltext aus. Eine solche Bibelarbeit ist wahrhaftig Arbeit mit dem biblischen Text. Es zeigt aber auch eine klare Haltung: Von der Bibel und unserem Glauben her schauen wir auf unsere Kirche, unsere Gesellschaft, unser Land und unsere Welt. Und die Bibel erweist sich in vielem als hochaktuell.

Kirchentage habe ich in meiner Zeit als Generalsekretärin gern als »Sprachschule des Glaubens« bezeichnet. Den Teilnehmenden wird zugesprochen oder zugemutet, mündige Christenmenschen zu sein. Hier in Erfurt, wo Martin Luther theologisch entscheidend geprägt wurde, will ich besonders betonen, dass gerade *das* gut lutherisch ist. Luther hat darauf hingewirkt, dass alle Menschen lesen und schreiben können und die Bibel in deutscher Sprache zur Verfügung steht. Das war eine Entmächtigung der Priester und

eine Ermächtigung der Laien, in dieser Tradition steht der Kirchentag. Es geht eben nicht um eine Religion, die – wie Karl Marx meinte – »Opium des Volkes« ist, also eine Art Selbstbetäubung und Vertröstung auf ein Leben nach dem Tod, weil wir die Realität der Welt nicht aushalten. Vielmehr geht es darum, mündige Christenmenschen zu sein. Uns wird zugemutet, selbst nachzulesen, selbst zu denken.

Neben einem Ort für Debatten bietet der Kirchentag immer auch Raum für Spiritualität. Manchmal wird das belächelt nach dem Motto: Da legen Frauen bunte Tücher in einen Kreis und suchen ihre Mitte. Zu lesen sind dann süffisante Kommentare über »beseelte Christenmenschen«. Vielleicht schwingt ja auch Neid mit, dass es das noch gibt: Menschen, die spirituelle Glaubensgemeinschaft erleben. Denn wer einmal auf einem Kirchentag den Raum der Stille erlebt hat, Schweigezeiten in Gottesdiensten, vor allem aber das gemeinsame Singen, weiß, wie gut, wie bewegend und wie wichtig dies alles für die Teilnehmenden ist. Gerade das gemeinsame Singen ist ein spirituelles Erlebnis. Singen ist die Grundsubstanz evangelischer Spiritualität. Und ja, das gibt es auf Kirchentagen, dass mitten in einer überfüllten S-Bahn jemand »Dona nobis pacem« anstimmt und alle stimmen ein. Ein vielstimmiger, melodischer Kanon, der alle, auch diejenigen, die nicht zu den Kirchentagsteilnehmenden gehören, berührt.

Unsere Gesellschaft ist geprägt vom Schaffen, Leisten, Geldverdienen. Selbstdoptimierung ist ein wichtiges Thema. Influencerinnen und Influencer zeigen, wie das geht und üben einen ungeheuren Druck gerade auf junge Menschen aus. In den so genannten sozialen Medien wird ständig davon erzählt, wie Menschen ihr Aussehen verbessert haben, sich neue Kommunikationstechniken aneignen konnten, die sportliche Leistung gesteigert haben. Immer wieder erreichen selbst mich in meinem Alter Angebote, mit welcher App es mir gelingen könnte, fitter, schöner oder reicher zu werden. Oft entstehen so völlig übersteigerte Ansprüche an sich selbst, die gar nicht erfüllbar sind und dann zu Enttäuschung führen. Der Drang zur Selbstdoptimierung kann schnell zwanghafte Züge annehmen. Dabei geht allzu oft die Seele verloren, die Geistkraft des Ganzen.

Auch eine hochtechnologisierte Gesellschaft, in der Internet und mobile Kommunikation dominant sind, braucht Freiräume für die Seele. Kirchentage bieten einen solchen Rahmen. Aber ich denke, auch im Kleinen, hier vor Ort kann das

eingeübt werden. Durchaus jetzt im Sonntagsgottesdienst. Oder in einer besonderen Stunde in der Woche, in der Menschen in einer Kirche zusammenkommen, um zu schweigen. Ein gemeinsames Treffen zum Singen, einfach so. Oder auch eine spirituelle Erfahrung allein in der Natur. Auf jeden Fall: Die Seele braucht Zeit und Raum. Das kann eine Gemeinschaftserfahrung sein. Aber durchaus auch eine Zeit der Stille, Zeit für mich ganz allein. Meditation, Schweigen, Pilgern, Fassten – gut, wenn die Seele Luft holen kann. Dann stehen wir auch fest im Glauben.

3. Seid mutig und stark!

Als Christinnen und Christen fühlen wir uns derzeit oft in der Defensive. Die Kirchenmitgliedschaft im Land ist unter fünfzig Prozent gesunken, die Austrittszahlen sind erschreckend hoch. Die Missbrauchsskandale haben uns zutiefst erschüttert. Die Erkenntnis, dass Kinder im Bereich der Kirche sexuell missbraucht wurden und diese Taten auch noch vertuscht wurden, ja es »Täter schützende Strukturen« gab und wohl auch noch gibt, ist schockierend. Und doch wird die mutige klare Stimme der Kirchen gebraucht in unserem Land, gerade heute! Die Empörung war bei manchen hoch, als die Bevollmächtigten der beiden großen Kirchen bei der Bundesregierung in einem Brief energisch anmahnten, in der derzeitigen Debatte um Migration sei die Tonlage geeignet, alle in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten zu diffamieren und Vorurteile zu schüren. Doch genau diese Stimme wird gebraucht, sie muss immer wieder die Würde jedes Menschen auf die Tagesordnung setzen.

Es geht um Haltung. Wir erleben derzeit eine beispiellose Debatte. Auf einmal sind hunderte Milliarden Euro im Spiel, Aufrüstung um jeden Preis wird beschlossen. Ein Preis, dessen Zinsen vom Haushalt getilgt werden müssen, zu Lasten sozialer Ausgaben. Schulden, die unsere Kinder und Enkel werden abtragen müssen. Kriegstüchtig sollen wir werden. Aber müssten wir nicht friedensfähig sein? Zukunftsfähig werden wir auf jeden Fall durch Verhandlungen, Abrüstung, Frieden, Verträge, Vertrauensbildende Maßnahmen – ja, auch mit Russland. Die jetzige Spirale der Aufrüstung nützt am Ende nur der Rüstungsindustrie. Frieden kommt nicht auf dem Weg der Sicherheit, das hat schon Dietrich Bonhoeffer gesagt.

Jesus hat gesagt: »Steck das Schwert an seinen Ort!« Und: »Selig sind, die Frieden stiften.« Ich bin überzeugt, der christliche Glaube gibt uns

Halt und Haltung, gerade auch in der Friedensdiskussion. Lasst uns also mutig und stark sein.

4. All eure Dinge lasst in der Liebe geschehen!

Nach den drei etwas anstrengenden Aufforderungen, ist der letzte Satz des Apostels von ganz anderer Natur, sanftmütig kommt er daher. Und das tut uns ja auch heute gut. Wie gehen wir miteinander um, ist die Frage. All dieses Gepöbel unserer Tage ist unerträglich. Da fehlen jeglicher Anstand, jeglicher Respekt voreinander. Auch im Bundestag und in den Länderparlamenten sind persönliche Beleidigungen, lautstarke verbale Attacken und Nazi-Vergleiche protokolliert. Und Bundestagsdebatten spiegeln, was die Gesellschaft umtreibt: Es scheint vielen nicht mehr möglich auszuhalten, dass es unterschiedliche Meinungen gibt. Dabei ist es doch gerade die Vielfalt in Debatten, die uns voranbringt, im Land wie in der Kirche.

In dieser Hinsicht war der Kirchentag für mich und viele andere eine gute Schule. Auf Kirchentagen wird eingeübt, Diskussionen kontrovers zu führen, ja durchaus heftig zu streiten, aber ohne einander die Existenzberechtigung abzusprechen, vor allem ohne Diffamierung und ohne Gewalt. Das ist nicht mehr selbstverständlich in einer Zeit, in der Rednerinnen und Redner öffentlich niedergebrüllt werden. Eine Zeit, in der Büros von Abgeordneten mit Brandsätzen beworfen werden und Bürgermeister ihr Amt niederlegen, weil sie die Bedrohungen von sich und ihren Familien nicht mehr ertragen.

Ich erinnere mich an eine Situation, in der Angela Merkel als Bundesumweltministerin auf einem Podium heftigen Gegenwind zu spüren bekam. Ihre Sicherheitsleute drängten darauf, dass sie den Kirchentag verlassen sollte, es sei zu gefährlich. Ich wurde als Generalsekretärin zu einer Lagebesprechung gerufen. Angela Merkel machte mit meiner Unterstützung deutlich, dass es auf dem Kirchentag zwar mal heftig zugehen könne, aber Gewalt nicht zu befürchten sei. Ich hatte hohen Respekt davor, wie klar sie sagte, dass sie selbstverständlich alle Termine auf dem Kirchentag wahrnehmen wird.

Sich gegenseitig respektieren, in Liebe begegnen. Das heißt ja nicht, dass ich den anderen gleich küsse und herze, das würde uns überfordern. Im Griechischen gibt es drei Begriffe für Liebe, und das ist hilfreich. Da ist Eros, die erotische Liebe zwischen zwei Menschen, Philia, die freundschaftliche Liebe und Agape, die Nächstenliebe,

also der Respekt voreinander. Der geht nach Jesus so weit, dass sogar die Feindesliebe eingeschlossen ist. Wenn wir etwas davon in unsere pöbelnde Gesellschaft einbringen würden, wäre das ein gewichtiger Impuls unserer Kirchen: mit Liebe, mit Würde, Anstand und Respekt miteinander umgehen.

Das Festhalten an Gottvertrauen in schwerer Zeit vermittelt eindrücklich ein Lied, das der jüdische Theologe Shalom Ben-Chorin gedichtet hat. Von den Nazis bedrängt verließ Fritz Rosenthal 1935 mit 22 Jahren Deutschland und ging nach Jerusalem. Er änderte seinen Namen in Schalom Ben-Chorin: Friede, Sohn der Freiheit. 1942 während die Shoah tobt, dichtet er: »Freunde, dass der Mandelzweig wieder blüht und treibt, ist das

nicht in Fingerzeig, dass die Liebe bleibt?« Dieses Lied möchte ich nach der Predigt mit Ihnen singen.

Liebe Gemeinde, freuen wir uns auf den Kirchentag in Hannover in diesem Jahr, aber auch über die kleinen Kirchenfeste wie heute hier in Erfurt. Sie können uns darin bestärken, im Glauben an Jesus Christus festen Halt zu finden und in der Welt entsprechend zu handeln. So halte ich es zum Abschluss mit dem Apostel Paulus und rufe Ihnen zu: Wachet, steht im Glauben, seid mutig und seid stark! Alle eure Dinge lasst in der Liebe geschehen!

Amen

D

Klage, Tagesgebet und Fürbitten

Pfr. i. R. Reinhard Müller

Sonntag, 9. März 2025, Augustinerkirche Erfurt

Klage

Großer Gott! Wir haben oft Angst!

Angst vor Katastrophen. Angst vor der Zukunft.

Vor körperlichen oder seelischen Leiden.

Vor dem Verlust von Lebensqualität.

Angst vor Streit und häuslicher Gewalt. Angst vor der Spaltung der Gesellschaft. Vor nationalem oder parteilichem Hass, vor Feindschaft und Krieg! Angst vor den Folgen des Klimawandels!

So halten wir heute – inmitten dieser Passionszeit – eine große Klage über alles Leid dieser Welt – auch in unseren Familien, in dieser Stadt und in unserem Staat.

Wir beklagen die Opfer des Hasses, der in aller Welt Völker voneinander trennt und aufeinander hetzt und Unmassen von Waffen produziert. Wir beklagen die Opfer der Macht und der sogenannten Sicherheitsinteressen der Großmächte.

Wir beklagen die Opfer der Vergötterung der eigenen Nation in vielen Ländern. Wir beklagen, dass die Lösung von Konflikten nur gewaltsam, militärisch gesucht wird. Wir beklagen die Opfer der Bürgerkriege, die immer noch in der Ukraine und in Gaza und im Sudan Leben und Natur zerstören.

Wir beklagen alle Menschen, die aus Krisengebieten fliehen mussten.

Großer Gott, auch wir selbst machen viele Fehler und schaden uns untereinander. Wir bitten alle um Verzeihung, denen wir Unrecht getan haben.

Für alles zerstörte Leben, für alle getöteten Ebenbilder Gottes wollen wir jetzt bitten und gemeinsam singen: *Kyrie eleison!*

Alle singen: *Kyrie eleison!*

Tagesgebet

Guter Gott!

Hier in der Kirche ist es schön.

Wenn es auch kühl ist, sind hier noch andere Menschen, und die Kraft der menschlichen Verbundenheit ist zu spüren.

Verschieden sind wir – und doch gleich-wertig und gleich-würdig!

Wir sind nicht allein. Da sitzt jemand in der Nähe und singt mit und hört mit und betet mit. Das tut wohl.

Das ist der Segen einer Kirche und eines Gottesdienstes –

und das wissen wir von unserem Freund und Bruder Jesus Christus, der uns eine gelungene Gemeinschaft vorgelebt hat.

Alle: Amen

Fürbitte für Frieden

Guter Gott!

Wenn wir nun Fürbitten aussprechen, also von uns wegsehen und *für* andere bitten, so wollen wir uns in den Strom Deiner Liebe hineinstellen:

Wir bitten für alle Menschen in physischer Not:

für die elend hungernden in armen Ländern;

für das getötete Leben von Menschen und Natur – in der Ukraine, in Gaza, im Sudan;

für alle, die geflohen sind aus ihrer Heimat in Syrien, Ukraine, Afghanistan, Afrika und ...;

für alle Opfer von Gewalt in den Häusern und auf den Straßen;

für alle Kranken in den Krankenhäusern und zu Hause.

Wir bitten für alle Menschen in seelischer Not:

für die Verzweifelten und Resignierten;

für die Beleidigten und Hassenden;

für die Traurigen und Hoffnungslosen;

für die Abhängten, Ausgegrenzten und Aussätzigen;

für die Verwirrten und für die Sterbenden.

Wir bitten für alle, die an die Zukunft der Welt denken:

für alle, die sich um das Klima sorgen;

für alle, die die Lösung von Konflikten ohne Gewalt und nicht militärisch wollen;

für alle die an einem gerechten Frieden arbeiten – in der Ukraine – in Gaza.

Lass die Waffen verschrottet werden!

Wehre allen Waffenexporten und der angstmachenden Aufrüstung!

Wir bitten um Gespräche und Verhandlungen mit allen verfeindeten Seiten.

Wir bitten für die Mediatoren und den zivilen Friedensdienst und die Initiative ›Sicherheit neu denken‹.

(Wir bitten für alle Menschen mit Geldsorgen:

für alle, die zu wenig haben;

für alle, die zu viel haben

und für alle, die das Geld gerecht verteilen sollen.)

Wir bitten für unsere gespaltene Gesellschaft:

für alle, die in Schubladen und Parteien gefangen und verurteilt sind.

Wir bitten für alle, die eine feste Meinung haben.

Wir bitten für alle, die keine Meinung haben.

Wir bitten für die Bürgermeister, die Stadt- und Gemeinderäte.

Wir bitten für alle in den örtlichen, nationalen und internationalen Vereinen, Bürgerinitiativen und Nicht-Regierungsorganisationen.

Wir bitten für alle Regierungen dieser Erde, für die Europäische Union und für die Vereinten Nationen.

Wir bitten für alles Eintreten für das Gemeinwohl hier in Erfurt, in Deutschland in Europa und der Welt!

Guter Gott! Du väterliche und mütterliche Lebenskraft,

sei in uns und zwischen uns und bei uns.

Du bist unser Trost und unsere Kraft als Liebe und Verbundenheit!

Amen

Vater unser ...

D

Tagungsrückblick

Dr. Uwe-Karsten Plisch

Wir haben nun drei Tage gemeinsam in diesem Raum verbracht, um zu hören, nachzudenken und miteinander zu sprechen; am 9. März endet unsere Tagung: Es ist der 80. Geburtstag des langjährigen Vorsitzenden des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins, Karl Martin, und wie hätten wir ihn besser ehren können als durch diese Tagung?

Ich weiß nicht, ob es ihnen aufgefallen ist: Der Mönch dort an der Wand, tief gebeugt über die Schrift, hat doch verdächtig große Ähnlichkeit mit Friedrich Merz. Aber keine Sorge: Mit diesem kleinen Schockmoment buhle ich am Sonntagmittag nur um ihre Aufmerksamkeit.

Da Renate Höppner uns gestern in ihrer schönen Morgenandacht gezeigt hat, dass man selbst aus dem sperrigen 1. Petrusbrief Erkenntnis und Erbauung ziehen kann, will ich diesen Rückblick auch unter ein Wort des von mir nicht sonderlich geliebten Johannesevangeliums stellen: »Die Wahrheit wird euch frei machen« (Joh 8,32). Und da gestern der Internationale Frauentag war, will ich gleich noch eine Beobachtung anschließen: Militarisierung der Gesellschaft und Aufrüstung des Militärs gehen einher mit einem Wiedermännlicher-Werden der Politik: Der Sondierungsausschuss von Union und SPD ist eine reine Herrenrunde mit einer Dame am Katzentisch, der von ihrem Genossen Lars Klingbeil, dem neuen starken Mann, offenbar die Rolle des Bauernopfers zugeschrieben ist. Die Metapher ist schief, denn im Schach dient das Bauernopfer ja auch zum Gewinnen oder Retten einer Dame. Jener Lars Klingbeil ist übrigens nicht nur Mitglied im Seehämer Kreis, sondern gehörte bis 2017 auch den Präsidien der Lobbyvereine Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik und Förderkreis Deutsches Heer an. Sein Wahlkreis grenzt an den Rheinmetallstandort Unterlüß.

Am Anfang haben wir uns darüber verständigt, was wir von der Tagung erwarten, was uns hergetrieben hat, was Hoffnung machen kann und was wir tun können. Nebenbei haben wir festgestellt, dass das was in den Pausen passiert, genauso wichtig ist, wie das, was in den Vorträgen gesagt wird. Ein Satz aus dem Klosterkeller hat sich mir besonders eingeprägt: »Ich bin hier, weil ich hier sagen kann, was ich denke, ohne sofort angefeindet zu werden.« In der Tat, wer Frieden sagt, ohne zugleich seine Wehrbereitschaft aus-

zudrücken, muss mit Gegenwind rechnen. Den muss man aushalten. Mir helfen die Mütter (und Väter), die sagen: Meine Kinder kriegt ihr nicht. Wir suchen nach Argumenten, um sprachfähig zu werden, hoffen, Bündnispartner:innen zu finden und sind genervt vom Schweigen der großen Kirchen. Das Entsetzen über den Wandel der Grünen vom politischen Arm der westdeutschen Friedensbewegung zur Partei der lautesten Kriegsbefürworter war an vielen Stellen zu spüren. Gern würde ich Robert Habeck fragen, was ihn zu seiner 3,5%-Forderung getrieben hat, vor allem, weil er damit die grüne Kernkompetenz, den Klimaschutz, abgeräumt, also politischen Selbstmord begangen hat. Rüstung und Klimaschutz gibt es genauso wenig wie Kanonen und Butter. Wir haben versucht, die Dinge, die sonst parallel verhandelt werden, zusammenzudenken, Maßstäbe zur Bewertung zu finden, globale Zusammenhänge zu berücksichtigen und wir haben den globalen Kapitalismus als universalen Background ausgemacht – immer, wenn man die Tarnung abkratzt, kommt Kapitalismus zum Vorschein. Wer unter kapitalistischen Bedingungen Rüstungsgüter produziert, kann nicht gleichzeitig hoffen, möglichst wenig davon zu verkaufen. Oder poetischer mit Jean Jaurès: »Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.«

Nun ist es aber nicht so, dass sich Kapitalismus nicht (demokratisch) einhegen ließe. Hajo Funke hat uns auf eine historische Tour de force mitgenommen und aufgezeigt, dass historische Brüche Gegenbewegungen initiieren können: »Nie wieder Krieg!« als grundsätzliche Prägung der UNO und des Grundgesetzes nach der Erfahrung des Zweiten Weltkriegs. Brüche gehen aber auch in die andere Richtung: Der Missbrauch des »Nie wieder Auschwitz!« durch Joschka Fischer zur Rechtfertigung des Kosovo-Krieges. Die Zahl der vertanen Chancen zur Beilegung der Kriege auf dem Balkan und in der Ukraine – auch durch persönliche Feigheit Beteigter – macht mir zu schaffen. Dennoch: die Chancen sind da und müssen ergriffen werden. Gelernt habe ich den Begriff des »strategischen Pazifismus« (Bertha von Suttner) als Gegenmittel zur wohlfeilen und marktgängigen Verunglimpfung des Pazifismus.

»Frieden mit der Natur« – so lautete eine in der Eingangsrunde formulierte Hoffnung. Angelika

Claußen verzahnte in ihrem Vortrag die beiden existentiellen Bedrohungen des 21. Jahrhunderts: Klimakrise und Atomkrieg. Dass Militär nicht grün ist (und wir nicht dem Militär), konnte man ahnen, dass das US-Militär der größte Ölverbraucher und damit größte CO2-Emittent der Welt ist, war mir neu. Dass ein Eurofighter in einer Flugstunde so viel CO2 ausstößt, wie ein durchschnittlicher Bundesbürger im ganzen Jahr, machte den ökologischen Irrsinn von Militär greifbar. Und wenn es durch den Atomwaffenverbotsvertrag ein Recht auf eine atomwaffenfreie Welt gibt, dann sollten wir es immer wieder einklagen. Eine Frage kam noch kurz nach der Diskussion auf. Wie mit Klimaleugnern reden? Diskursverweigerern Argumente nahezubringen, ist in der Tat eine höchst anspruchsvolle Aufgabe. Eine Möglichkeit sehe ich. Der Widerstand gegen Windräder sinkt erheblich, wenn die Anwohner:innen an den Einnahmen beteiligt werden, denn: Gier schlägt Dummheit. Oder wie mein Sohn, der gerade manipulative Gesprächsführung lernt, sagen würde: Sie möchten doch sicher auch mehr Geld auf dem Konto, nicht wahr? Allerdings haben gerade drei Orte in Brandenburg einen Solarpark per Volksbefragung abgelehnt, obwohl der Park 500.000 Euro in die Ortskasse gespült hätte. Pro Jahr. Damit könnte man schon das eine oder andere marode Spritzenhaus sanieren. Die Bibel kennt dafür das Motiv der Verstockung; das Problem ist also nicht neu. Die Wahrheit macht eben nur frei, wenn man sie als Wahrheit annimmt.

Wolfgang Gern hat uns die Leidenschaft für soziale Gerechtigkeit ans Herz gelegt und ich werde das schöne Wort Mitleidenschaft mitnehmen – ein viel besseres Wort als Mitleid, das immer etwas Paternalistisches hat. Im Wort Mitleidenschaft steckt nicht nur die Leidenschaft, die es braucht, um Dinge zu ändern, sondern auch das Mitleiden, das sich auf Augenhöhe auf den anderen einlässt, im Unterschied zum »rassistischen Humanismus«. Wir sollten weniger über Armut reden als vielmehr über die Obszönität von extremem Reichtum, denn der Hyperreiche ist der eigentliche sozial Schwache. Seinem Vortrag hat Wolfgang Gern drei Zitate vorangestellt, von denen ich uns insbesondere das dritte ans Herz legen möchte: »Zwischen dem ›Eigentlichen‹, dem Religiösen, der Verkündigung, und dem ›Uneigentlichen‹, dem Sozialen, zu unterscheiden, ist biblisch nicht haltbar« (Quelle: Zwischenruf von Beate Hofmann und Rüdiger Schuch zur Kirchlichen Mitgliedschaftsuntersuchung VI). Und Wolfgang Gern hat uns die koreanische Literaturnobelpreisträgerin Han Kang zur Lektüre empfohlen.

Machen sie das! Lesen Sie Han Kang (z. B. *Menschenwerk*) – eine schmerzliche, aber auch hoffnungsstiftende Lektüre.

Franz Segbers hat die Frage in den Blick genommen, die für mich letztlich die Kernfrage dieser Tagung ist: Wer zahlt? Konkrete Zahlen helfen, Erschütterung auszulösen, jedenfalls, wenn man Zahlen und Fakten zugänglich ist. Beim Geld klappt das aber noch am ehesten. Die Unverfrorenheit, mit der uns die einschlägigen Wirtschaftsinstitute die Formel Rüstung *oder* Soziales (mit klarer Präferenz) aufs Butter- bzw. dann aufs Trockenbrot schmieren, hat mich wegen ihrer buchstäblichen Schamlosigkeit überrascht. Es muss wieder peinlich werden, asoziale Forderungen als Wissenschaft getarnt in die Öffentlichkeit zu bringen. »Die Kirchen schweigen!« war auch hier ein schmerzliches Fazit; ich habe mir vorgenommen, mit dem Friedensbeauftragten der EKD darüber zu reden und bin mir sicher, er wird zum Irrsinn der Rüstungsmilliarden nicht schweigen.

Margot Käßmann hatte gestern Abend das letzte und heute Morgen das erste Wort und hat unsere Herzen berührt. Bei ihr ging es um alles. Auch darum, mit präzisen und starken Worten den obszönen Nebelkerzen der Kriegspropaganda etwas entgegenzusetzen. *Zeitenwende*. Für Christinnen und Christen gibt es nur eine Zeitenwende: dass Gott in Jesus von Nazareth Mensch geworden ist. Perspektivwechsel können das Denken in Gang setzen: Gewissensprüfung für Kriegsdienstleistende! Öffentlichkeit herzustellen, kann Schlimmes verhüten wie die *taz*-Schlagzeile: »Mehr Wehrmacht wagen!« Der nächste Versuch kommt bestimmt. Dem Schweigen der Kirchen setzt Margot Käßmann die Großartigkeit biblischer Texte entgegen, aus deren Fülle wir schöpfen können. Feindesliebe – das Schwerste, was Jesus uns hinterlassen hat. Gewaltfreiheit ist keine Passivität, sondern eine aktive Haltung, bei Jesus, bei uns.

Gibt es Hoffnungszeichen? Aber ja! Hoffnung ist eben nicht Mangel an Information, wie Heiner Müller, der alte Zyniker, meinte, sondern das einzige, was wirklich alternativlos ist. Als sich Friedrich Merz so weit aus dem Fenster lehnte, dass ihn die AfD beinahe rausgeschubst hätte, haben sich an vielen Orten in Deutschland Zehntausende versammelt, um gegen rechts zu protestieren. In Berlin waren wir 160.000, und die Polizei war so verblüfft, dass sie realistische Schätzungen veröffentlichte, statt, wie sonst, ihrer notorischen Mathe-Schwäche zu erliegen. Vor zwei Wochen war ich am Brandenburger Tor auf

einer ziemlich kleinen Demonstration der russischen Opposition, *Pussy Riot* traten auf, deren Mitglieder schon einige Jahre russischer Lagerhaft erdulden mussten. *Wir* haben noch *alle* Möglichkeiten, denn unsere Demokratie wurde noch nicht geschleift. *Wir* sollten sie nutzen.

Damit aber der Schluss nicht zu pathetisch wird, hier noch zwei ganz kleine Hoffnungszeichen:

Borussia Dortmund hat gestern zu Hause gegen die Kicker aus Augsburg, der Stadt des Friedens, verloren, und die Düsseldorfer EG steigt sehr wahrscheinlich aus der Eishockeybundesliga ab. Beide Vereine werden seit letztem Jahr von Rheinmetall gesponsert. Das nennt man dann wohl eine Fehlinvestition. **D**

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Dr. Angelika Claußen

Ärztin für Psychiatrie und Psychotherapie,
Vorsitzende der IPPNW Deutschland, Bielefeld

Dr. Hajo Funke

Professor em. für Politikwissenschaften an der
Freien Universität Berlin

Dr. Wolfgang Gern

Pfarrer i. R., 2000–2016 Vorstandsvorsitzender
des Diakonisches Werkes in Hessen und Nassau
und dann der Diakonie Hessen mit Sitz in Frank-
furt a. M.; 2007–2011 Sprecher der Nationalen
Armutskonferenz; im Ruhestand Lehrauftrag u. a.
in Mainz, in Ruanda und Philippinen

Michael Karg

Pfarrer i. R., Reiskirchen, Stellvertretender
Vorsitzender der Martin-Niemöller-Stiftung und
des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins

Dr. Dr. h. c. Margot Käßmann

ehemalige Landesbischofin der Evangelisch-
lutherischen Landeskirche Hannovers und ehe-
malige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche

in Deutschland (EKD), anschließend Professorin
für Ökumene an der Ruhr-Universität Bochum

Reinhard Müller

Pfarrer i. R., Nieder Seifersdorf, Stellvertretender
Vorsitzender der Martin-Niemöller-Stiftung und
des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins

Dr. Andreas Pangritz

Osnabrück, Professor em. für Systematische
Theologie an der Universität Bonn

Dr. Uwe-Karsten Plisch

Referent für Theologie, Hochschule und Gender-
politik in der Bundesgeschäftsstelle der Evangelischen
Studierendengemeinden in Deutschland,
Hannover, Vorsitzender der Martin-Niemöller-
Stiftung und des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins

Dr. Franz Segbers

Professor em. für Sozialethik an der Universität
Marburg, zuletzt auch Referatsleiter Arbeit, Ethik
und Sozialpolitik im Diakonischen Werk in
Hessen und Nassau

Die Zeitschrift „Verantwortung“ wird herausgegeben im Auftrag von „Martin-Niemöller-Stiftung und Dietrich-Bonhoeffer-Verein für Frieden, Demokratie, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung e.V.“

Mit Namen oder Signum gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. der Herausgeber wieder. Leserbriefe, Artikel und Anzeigen werden an die Redaktionsadresse erbeten. Schicken Sie uns Ihre Beiträge bitte in digitaler Form im Word-Format per E-Mail.

Herausgeber

Uwe-Karsten Plisch
Michael Karg
Reinhard Müller

Redaktion

Andreas Pangritz

Redaktionsschluss

für Heft 76: 30. Oktober 2025

Zusammenstellung durch das Gemeinschaftswerk
der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH
Frankfurt am Main
Verantwortlicher Redakteur, Innenteil: Uwe Gepp
Veröffentlicht in: epd-Dokumentation Nr. 29-30/2025
am 15. Juli 2025

Druck

Strube Druck & Medien GmbH

Umschlaggestaltung: Klaus Pfeiffer

Grafik Cover: Commons

Fotos Cover: Stephan Krebs

Als epd-Dokumentation zu bestellen bei:
Gemeinschaftswerk der Evangelischen
Publizistik (GEP) gGmbH
Emil-von Behring-Str. 3
60439 Frankfurt am Main
E-Mail: kundenservice@gep.de

Oder als Sonderdruck:

Die „Verantwortung“ kann bestellt werden über
die unter „Kontakte“ genannten Möglichkeit, die Webseite
des dbv oder über jede Buchhandlung mit Angabe
der ISSN 0936-7454.

**Vorstand von „Martin-Niemöller-Stiftung und
Dietrich-Bonhoeffer-Verein e.V.“****Vorsitzender**

Uwe-Karsten Plisch
Parkstraße 40
13086 Berlin
ukp@bundes-esg.de

Stellvertretende Vorsitzende

Michael Karg
Dahlienweg 6
35447 Reiskirchen
michael.max.karg@web.de

Reinhard Müller
Arnsdorferstr. 25
02906 Waldhufen
reinhard.mueller44@gmail.com

Beisitzerinnen und Beisitzer

Gerd Bauz
Klaus-Dieter Höflich
Renate Höppner
Björn Rugenstein

Kontakte

Martin-Niemöller-Stiftung und
Dietrich-Bonhoeffer-Verein e.V.
Steingasse 9
65183 Wiesbaden
Telefon: (06 11) 9 54 54 86
E-Mail: niemoellerstiftung@t-online.de
<http://martin-niemoeller-stiftung.de/>
www.dietrich-bonhoeffer-verein.de

Regionalgruppe „Stuttgart“

Klaus-Dieter Höflich
Landauer Str. 74
70499 Stuttgart
Tel. (0711) 79485949
klaus.hoeflich@gmx.de

Bankverbindung

DEUTSCHE BANK AG–POSTBANK BRANCH
IBAN: DE26 5001 0060 0004 1516 04
BIC: PBNKDEFF

Der „MNS u. dbv e.V.“ ist als gemeinnützig anerkannt
und berechtigt, Zuwendungsbestätigungen für steuerliche
Zwecke auszustellen. Mitgliedsbeiträge an den Verein sind
wie Spenden absetzbar.

